D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 12
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

26. März 1982
Preis 1,80 DM

Geht Rechnung der CDU/CSU auf?

ghe.Hannover. Der CDU-Vorsitzende Kohl hat erklärt, daß die CDU/CSU in den vier Landtagswahlen in diesem Jahr (Niedersachsen, Hamburg, Hessen, Bayern) die Voraussetzungen für den Sturz der SPD/FDP-Regierung schaffen will. Es scheint, daß diese Rechnung aufgeht.

Anders als bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 1981 und den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen 1982 hat die CDU diesmal auch in der absoluten Stimmenzahl gewonnen. Allerdings nicht so stark. Sie gewann ca. 129000 Stimmen, die SPD verlor 197000 Stimmen, die FDP gewann 75000 Stimmen, die Grünen gewannen 116000 Stimmen. Berücksichtigt man, daß die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1978 um 161000 anstieg, und dadurch die Zahl der Wähler trotz sinkender Wahlbeteiligung (von 78,5% auf 76,9%) um 93000 stieg, dann wird deutlich, daß die SPD zwar vor allem durch Nichtwähler und Stimmen für die Grünen verloren hat, aber auch an die CDU. Obendrein hat die FDP dazugewonnen, deren erklärtes Ziel eine Regierung mit der CDU war, falls diese nicht die absolute Mehrheit kriegt.

Die Landtagswahlen in Niedersachsen waren die ersten Landtagswahlen seit der „Operation '82" der Bundesregierung und seit dem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Winter 81/82. Niedersachsen hat mit 10,5% die höchste Arbeitslosenquote der Bundesrepublik. Darauf hatte die SPD gesetzt. Auf ihren Plakaten hieß es: „25% mehr Arbeitslosigkeit in Niedersachsen als Bundesdurchschnitt. – Muß das eigentlich sein? Albrecht nimmt vielen Familien die Hoffnung. Wir schaffen Arbeit mit unserem 500

Anders als bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 1981 und den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen 1982 hat die CDU diesmal auch in der absoluten Stimmenzahl gewonnen. Allerdings nicht so stark. Sie gewann ca. 129000 Stimmen, die SPD verlor 197000 Stimmen, die FDP gewann 75000 Stimmen, die Grünen gewannen 116000 Stimmen. Berücksichtigt man, daß die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1978 um 161000 anstieg, und dadurch die Zahl der Wähler trotz sinkender Wahlbeteiligung (von 78,5% auf 76,9%) um 93000 stieg, dann wird deutlich, daß die SPD zwar vor allem durch Nichtwähler und Stimmen für die Grünen verloren hat, aber auch an die CDU. Obendrein hat die FDP dazugewonnen, deren erklärtes Ziel eine Regierung mit der CDU war, falls diese nicht die absolute Mehrheit kriegt.

Die Landtagswahlen in Niedersachsen waren die ersten Landtagswahlen seit der „Operation '82" der Bundesregierung und seit dem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Winter 81/82. Niedersachsen hat mit 10,5% die höchste Arbeitslosenquote der Bundesrepublik. Darauf hatte die SPD gesetzt. Auf ihren Plakaten hieß es: „25% mehr Arbeitslosigkeit in Niedersachsen als Bundesdurchschnitt. – Muß das eigentlich sein? Albrecht nimmt vielen Familien die Hoffnung. Wir schaffen Arbeit mit unserem 500
Mio. DM Beschäftigungsprogramm." Finanziert sollte dies Programm aus dem Förderzins auf niedersächsisches Erdöl werden, eine Erhöhung des Förderzinses von 32% auf 40% (Mehreinnahme 400 Mio. DM) sollte unter Umständen erfolgen. Gleichzeitig versuchte die Bundesregierung, Albrecht im Bundesrat zu einer Zustimmung zur Mehrwertsteuererhöhung für das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung zu drücken.

Das wurde ein Bumerang. Albrecht lehnte das Bundesprogramm ab und setzte ein eigenes „Beschäftigungsprogramm" in die Welt in Höhe von 227 Mio. DM. Mit anderen außerplanmäßigen Ausgaben für Investitionen seit Sommer 1981 addierte er sich ein „700 Mio.-Beschäftigungsprogramm" zusammen und in der Presse erschien die Anzeige: „1721% mehr Arbeitslosigkeit, seit die SPD in Bonn regiert. Muß das eigentlich sein? Wir schaffen Arbeit. Jetzt! Auch mit unserem 700 Mio.-Programm. Wir verstehen mehr von der Wirtschaft."

Die CDU brauchte die Demagogie, die im SPD-Wahlkampf angelegt war, nur umzukehren. Als dann Albrecht sein Investitionsprogramm im Landtag vorlegte, fiel der SPD nicht mehr ein, als von einem „Plagiat" ihrer Forderungen zu sprechen. Damit hatte sie zugegeben, daß sie auch nichts besseres als Albrecht vorhat. Im Landtag stimmte sie dem Albrecht-Programm zu („um jede Mark zu retten" – wofür sie ausgegeben wird, war in der Debatte sowieso sekundär). In Hannover stimmte eine große Koalition von SPD und CDU in Stadt und Land einer Finanzspritze von über 100 Mio. DM für den Hanomag-Besitzer Esch zu, damit der für 155 Mio. DM eine neue Fabrik bauen lassen kann.

Von dieser Sorte Politik versteht die CDU wahrscheinlich wirklich mehr und ist überdies „geschlossener". Der SPD fehlt Geschlossenheit – das ist denn auch der Ruf sowohl des SPD-Parteivorstandes als auch der bürgerlichen Presse nach diesen Wahlen. In Wirklichkeit ist die noch bestehende Geschlossenheit eher gerade ein Hemmnis für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften haben in diesen Landtagswahlen wenig Stellung genommen, und wo sie es getan haben, dann für Ravens Beschäftigungsprogramm. Die Linke in der SPD hat sich noch nicht selbständig formiert. So umfaßt die SPD heute sehr unterschiedliche Kräfte: solche, die Reformen von der Akkumulation und Prosperität des Kapitals abhängig machen, und solche, die diese Abhängigkeit durchbrechen wollen. Die Geschlossenheit der Sozialdemokratie in den drei Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg beruhte gerade darauf, daß dieser Widerspruch in Zeiten prosperierender Kapitalentwicklung überdeckt wurde. Im Bundestagswahlkampf 1980 gegen den Kanzlerkandidaten Strauß gelang noch einmal eine gewisse Geschlossenheit. Gegen den jetzigen Vormarsch der CDU/CSU wird sie nicht gelingen und auch nichts nützen, sondern bei der Entwicklung notwendiger Alternativen eher hemmen.

Die Entwicklung der Grünen ist ein Beleg dafür. Sie haben im Landesdurchschnitt 6,5% erreicht, in den größeren Städten bis zu 10%. Obwohl sie nicht

denn auch der Ruf sowohl des SPD-Parteivorstandes als auch der bürgerlichen Presse nach diesen Wahlen. In Wirklichkeit ist die noch bestehende Geschlossenheit eher gerade ein Hemmnis für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften haben in diesen Landtagswahlen wenig Stellung genommen, und wo sie es getan haben, dann für Ravens Beschäftigungsprogramm. Die Linke in der SPD hat sich noch nicht selbständig formiert. So umfaßt die SPD heute sehr unterschiedliche Kräfte: solche, die Reformen von der Akkumulation und Prosperität des Kapitals abhängig machen, und solche, die diese Abhängigkeit durchbrechen wollen. Die Geschlossenheit der Sozialdemokratie in den drei Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg beruhte gerade darauf, daß dieser Widerspruch in Zeiten prosperierender Kapitalentwicklung überdeckt wurde. Im Bundestagswahlkampf 1980 gegen den Kanzlerkandidaten Strauß gelang noch einmal eine gewisse Geschlossenheit. Gegen den jetzigen Vormarsch der CDU/CSU wird sie nicht gelingen und auch nichts nützen, sondern bei der Entwicklung notwendiger Alternativen eher hemmen.

Die Entwicklung der Grünen ist ein Beleg dafür. Sie haben im Landesdurchschnitt 6,5% erreicht, in den größeren Städten bis zu 10%. Obwohl sie nicht
viel für den Aufbau eines breiteren Wahlbündnisses getan haben, hat sich durch die Stimmabgabe faktisch ein Bündnis bis hinein in die linke SPD hergestellt. Dort kursierten verschiedene Aufrufe, diesmal grün zu wählen. Wer glaubt, die Grünen würden in der Krise, bei wachsender Arbeitslosigkeit in die Klemme geraten, hat sich getäuscht. Im „roten" Wahlkreis Hannover-Linden, wo die bedrohte Hanomag liegt, hat die SPD 5500 Stimmen verloren, die CDU (Wirtschaftsminister Breuel) 1000 Stimmen verloren und die Grünen haben 1400 Stimmen gewonnen. Die gesellschaftlichen Widersprüche und das Bewußtsein darüber sind bereits zu tief. Die Grünen – bzw. die neuen sozialen Bewegungen, auf denen sie fußen – zeichnet dabei gerade aus, was noch Mangel der Gewerkschaftsbewegung ist: die Entwicklung von Alternativen, für die jetzt gekämpft werden kann. Solche Alternativen liegen an verschiedenen Punkten durchaus nah, z.B. wenn in Hannover-Linden der Hanomag-Besitzer zwei Drittel einer neuen Fabrik aus der öffentlichen Hand bekommen soll, warum dann nicht gleich Entwicklung eines alternativen Produktionskonzepts durch Belegschaft und Gewerkschaften?

Ob man jetzt eine solche Alternative entwickeln kann, um damit die Rechnung der CDU/CSU sofort durchkreuzen zu können, ist sicher fraglich. Aber nur so kommt man aus der Lähmung heraus und die Kräfteverhältnisse werden sich nicht als so stabil erweisen, wie sie jetzt zu Gunsten der Reaktion erscheinen.



10000 auf der Nürnberger IGM-Kundgebung gegen die Zumutbarkeitsordnung. Am 27.3. um 10.00 Uhr findet die nächste in der Philipshalle Düsseldorf statt.

Generalstreik in den besetzten palästinensischen Gebieten

chm. Über die palästinensischen Städte el-Bireh, Nablus und Ramallah haben die israelischen Besatzer eine totale Ausgangssperre seit Montag verhängt. Am Montag war ein palästinensischer Jugendlicher – der zweite seit Beginn dieser Welle von Demonstrationen im Anschluß an die Absetzung des Bürgermeisters von el-Bireh, Tawil – er-



10000 auf der Nürnberger IGM-Kundgebung gegen die Zumutbarkeitsordnung. Am 27.3. um 10.00 Uhr findet die nächste in der Philipshalle Düsseldorf statt.

Generalstreik in den besetzten palästinensischen Gebieten

chm. Über die palästinensischen Städte el-Bireh, Nablus und Ramallah haben die israelischen Besatzer eine totale Ausgangssperre seit Montag verhängt. Am Montag war ein palästinensischer Jugendlicher – der zweite seit Beginn dieser Welle von Demonstrationen im Anschluß an die Absetzung des Bürgermeisters von el-Bireh, Tawil – er-
schossen worden. Nichts deutet darauf hin, daß die Verschärfung der Repression seitens der Besatzungsmacht die Bevölkerung eingeschüchtert hat: Der am Samstag ausgerufene Generalstreik wird fortgesetzt, auch in Ostjerusalem; die städtischen Angestellten, die zum Streik aufgerufen hatten, wurden mit Militärfahrzeugen an ihren Arbeitsplatz gezwungen und haben sich trotzdem geweigert, den Streik zu brechen. Der Funke des Aufstandes ist auf den Gazastreifen übergesprungen, wo am Montag ebenfalls Demonstrationen stattgefunden haben, auf die die israelischen Militärbehörden mit der Verhaftung von 40 Menschen allein in der Stadt Rafah geantwortet haben. Gerüchte sind im Umlauf, daß die Besatzermacht den Bürgermeister Tawil zusammen mit seinen Kollegen Shakaa (Nablus) und Khalaf (Ramallah) deportieren will, so wie sie es im Jahre 1980 mit den Bürgermeistern von Hebron und Halhoul gemacht hat.

Der abgesetzte Bürgermeister von el-Bireh ist wie seine Kollegen auch seit 1976 im Amt. Damals, um ihr „demokratisches" Image besorgt, hatten die israelischen Besatzer die Durchführung der turnusmäßig anfallenden Kommunalwahlen gestattet. Das Ergebnis war, daß die Bevölkerung nur solche Vertreter gewählt hat, die sich offen gegen die Besatzer gestellt haben. Anstatt eine Verwaltung von Quislingen und Kollaboranten aus den Wahlen hervorgehen zu sehen, befand sich Israel in Konfrontation mit nationalen Führern, die jegliche Zusammenarbeit mit ihm ablehnten. Prompt wurden die im Jahr 1980 anfallenden Neuwahlen verboten, in der Hoffnung, somit die Legitimität der Stadträte in Zweifel zu ziehen, was jedoch nicht gelang.

Unmittelbarer Anlaß für die Absetzung Tawils war seine Weigerung, mit der sogenannten „Zivilverwaltung" zusammenzuarbeiten. Diese „Zivilverwaltung" ist ein Ziehkind des israelischen Kriegsministers Scharon, dem

boten, in der Hoffnung, somit die Legitimität der Stadträte in Zweifel zu ziehen, was jedoch nicht gelang.

Unmittelbarer Anlaß für die Absetzung Tawils war seine Weigerung, mit der sogenannten „Zivilverwaltung" zusammenzuarbeiten. Diese „Zivilverwaltung" ist ein Ziehkind des israelischen Kriegsministers Scharon, dem
die besetzten Gebiete unterstehen. Sie wurde in die Welt gesetzt als „Abbau der militärischen Präsenz in den besetzten Gebieten und Vorbereiten der Autonomie" wie sie in den Camp David Verträgen vorgesehen ist. Als letztere hat die palästinensische Bevölkerung sie auch begriffen und sofort ihre Ablehnung manifestiert. Die von dieser Zivilverwaltung kreierten „Dorfligen" – Gegenorganisationen zu den gewählten Stadträten – sind in sich zusammengebrochen, vor allem seitdem Jordanien erklärt hat, daß es die Mitgliedschaft in den Dorfligen als Hochverrat betrachtet. (Die Bewohner des besetzten Westjordanlandes sind jordanische Staatsbürger.)

Daß Israel die Lage in den besetzten Gebieten eskaliert, hängt eng zusammen mit dem immer näherrückenden Rückzugstermin aus dem Sinai. Es muß demonstrieren, daß der Rückzug aus dem Sinai und die Aufgabe der dortigen Siedlungen das äußerste, was es an „Konzessionen" bereit ist zu machen. Andererseits will es Ägypten in Zugzwang bringen, da seit Sadats Tod die ägyptische Regierung gerade in der Frage der Autonomie nicht mehr bereit ist, den Steigbügelhalter Israels bei der „Verschönerung" seiner Besatzermacht zu spielen. Nach dem Abzug aus dem Sinai wird Israel kein Druckmittel gegen Ägypten mehr haben.

Im Gegenteil. Scharon hat schon damit gedroht, daß Israel das Ende der Zugeständnisse an Ägypten erreicht habe. Wenn es so weiter ginge, „werden wir besser daran tun, zu bleiben, wo wir jetzt im Sinai sind".

(siehe auch Seite 8)

Kein Verfahren gegen Härdle

moh. Seit nunmehr fast 5 Monaten sitzt der Heidelberger Rechtsanwalt Härdle im Gefängnis die Strafe des LG Heidelberg von 22 Monaten ab. Und doch scheint nun die Heidelberger Justiz ihr Ziel, Gerhard Härdle als Rechtsanwalt auszuschalten, nicht zu erreichen. Das Ehrengericht bei der Rechtsanwaltskammer Nordbaden hat es abgelehnt, das Ehrengerichtsverfahren gegen Härdle zu eröffnen, das von seiten der Generalstaatsanwalts unmittelbar nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit dem erklärten Ziel des Berufsverbots eingeleitet worden war. Dieser Beschluß des Ehrengerichts ist zwar noch nicht rechtskräftig, er beweist jedoch, daß der breite Widerstand gegen das Vorgehen des Staatsapparates im Fall Härdle trotz der Inhaftierung keineswegs erfolglos war.

Das Ehrengericht erklärt in seinem Beschluß klipp und klar, daß die Tatsachen, die zu einer Verurteilung Härdles geführt hätten, kein Grund seien, ihn aus der Anwaltschaft auszuschließen. Das Ehrengericht erklärt ferner, daß, selbst wenn die Feststellungen aus dem Urteil des LG Heidelberg richtig wären, daneben kein Raum mehr für eine ehrengerichtliche Ahndung sei. Es heißt in dem Beschluß: „Das Ehrengericht konnte nicht übersehen, daß bei einem in dieser Richtung geprägten Tatverhalten (politisches Engagement) eines Nichtvorbestraften der vom Landgericht Heidelberg gewählte Strafrahmen von 1 Jahr und 10 Monaten die Grenze dessen tangiert, was in strafrechtlichen Verfahren als notwendige Bestrafung derartiger Vorgänge üblicherweise für erforderlich gehalten wird. Als besonders gravierend hat dabei das Ehrengericht die Tatsache angesehen, daß die

telbar nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit dem erklärten Ziel des Berufsverbots eingeleitet worden war. Dieser Beschluß des Ehrengerichts ist zwar noch nicht rechtskräftig, er beweist jedoch, daß der breite Widerstand gegen das Vorgehen des Staatsapparates im Fall Härdle trotz der Inhaftierung keineswegs erfolglos war.

Das Ehrengericht erklärt in seinem Beschluß klipp und klar, daß die Tatsachen, die zu einer Verurteilung Härdles geführt hätten, kein Grund seien, ihn aus der Anwaltschaft auszuschließen. Das Ehrengericht erklärt ferner, daß, selbst wenn die Feststellungen aus dem Urteil des LG Heidelberg richtig wären, daneben kein Raum mehr für eine ehrengerichtliche Ahndung sei. Es heißt in dem Beschluß: „Das Ehrengericht konnte nicht übersehen, daß bei einem in dieser Richtung geprägten Tatverhalten (politisches Engagement) eines Nichtvorbestraften der vom Landgericht Heidelberg gewählte Strafrahmen von 1 Jahr und 10 Monaten die Grenze dessen tangiert, was in strafrechtlichen Verfahren als notwendige Bestrafung derartiger Vorgänge üblicherweise für erforderlich gehalten wird. Als besonders gravierend hat dabei das Ehrengericht die Tatsache angesehen, daß die
Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist." Motiv sei offenbar, Härtle als Rechtsanwalt besonders hart zu bestrafen.

---

kvz-extra zu den Ostermärschen
erscheint mit KVZ 14

Enthält u.a.: Die nächsten Aufgaben der Friedensbewegung und der Reagan-Besuch; Geschichte der Friedensbewegung; Genfer Verhandlungen; die Schwierigkeiten der Friedensbewegung mit der Sowjetunion. – Die Auslieferung der Osternummer der KVZ mit diesem Extra erfolgt einen Tag früher als üblich. Bestellungen für das Extra und für die KVZ bis zum 2. April.

Das Ehrengericht kommt auf Grund dieser Beurteilung zu dem Schluß, daß eine zusätzliche ehrengerichtliche Ahndung unzulässig sei. Doch offensichtlich nicht nur am Strafmaß hat das Ehrengericht etwas auszusetzen. Es teilt nämlich gleichzeitig mit, daß es für seine Entscheidung keine Rolle gespielt habe, ob die Feststellungen im Urteil des LG richtig seien.

Die Menschenrechtskommission in Straßburg hat Anfang März beschlossen, die Beschwerde von RA Härdle nicht zur Entscheidung anzunehmen. Eine Begründung liegt noch nicht vor.

Aus beiden Entscheidungen ergibt sich jedoch ganz sicher die Notwendigkeit, den dieser KVZ beiliegenden Appell bekannter Persönlichkeiten aus der BRD massiv zu unterstützen.

Der Winter ist vorbei ...

Von Annemarie Nikolaus

Westberlin. Seit Ende des letzten September herrschte in Westberlin in Bezug auf die besetzten Häuser eine Art status quo. Die angedrohten Räumungen blieben aus – Neubesetzungen waren aber nicht mehr möglich. „Winterruhe“ auf beiden Seiten der „Front“.

Ungenutzt verstrich die Zeit trotzdem nicht: Die Hausbesitzer nutzten sie, um für eine Reihe von Häusern entsprechend der „Berliner Linie“ die Räumungsvoraussetzungen zu schaffen. Die Hausbesetzer nutzten sie, um die Häuser weiter instandzusetzen, und begannen dann erneut die Diskussion um die Verhandlungsfrage.

Paten und Unterstützer der Häuser berieten über Treuhandmodelle und -verträge. Die Sonderausschüsse der Bezirksverordnetenversammlungen in Kreuzberg und Schöneberg tagten ebenfalls. – Der Senat hielt sich derweil bedeckt, und die Polizei zurück.

Klar war allen: Wenn der Frühling kommt, kann wieder mit Bauarbeiten begonnen werden. Die CDU, die zu den Wahlen im letzten Frühling angetreten war mit dem Versprechen, „die rechtsfreien Räume zu beseitigen“, wird sich dann entscheiden müssen, wie ihr Senat dies einlösen soll: durch Räumungen wie bisher – oder durch Legalisierung der Häuser?

Ende Februar entschied sich dann die Mehrzahl der besetzten Häuser für Verhandlungen; der Vorstand des „Netzwerk Selbsthilfe“ begann den Aufbau einer alternativen Treuhandgesellschaft für die besetzten Häuser vorzubereiten. CDU-Bausenator Rastemborski signalisierte Gesprächsbereitschaft. Grund AG-Häuser in Schöneberg begannen Verhandlungen mit den Eigentümern; Neue Heimat-Häuser in Charlottenburg wurden vom CDU-Baustadtrat zu Gesprächen eingeladen.

Da beginnt Anfang März eine Welle von Durchsuchungen und täglichem Psychoterror unter allen nur denkbaren Vorwänden. Mal kommt der Kob vorbei und erklärt, am nächsten Tag kämen die Bauarbeiter; mal werden mit großem Aufgebot in mehreren Stadtteilen gleichzeitig im Beisein von Staatsanwälten und Eigentümern Durchsuchungen gestartet, und alle Besetzer vorläufig festgenommen.

Am 15.3. steht in der taz: „Lummer verhindert Räumung“: Bei der Durchsuchung dreier Kreuzberger Häuser war es öffentlich zu Streit zwischen der Polizei und Teilen der Staatsanwaltschaft über den Verlauf der Aktion gekommen. Die Senatsverwaltungen für Inneres und Justiz erklärten daraufhin: „Für eine Räumung der am 11.3.1982 durchsuchten Häuser war die Staatsanwaltschaft ... nicht zuständig, eine Räumung von ihr daher auch nicht beabsichtigt. (...) Im übrigen hatten die Eigentümer der betroffenen Häuser zwar Ende Januar 1982 ein Räumungsbegehren gestellt, jedoch im Verlauf von Durchsuchungen am 11.3.1982 erklärt, daß sie gegenwärtig ihre Eigentumsrechte nicht wahrzunehmen beabsichtigen. Schon aus diesem Grunde kam eine Räumung der besetzten Häuser am 11.3.1982 nicht in Betracht.“ (Landespressedienst, 15.3.82)

Schon vor einem Jahr war von Teilen der Staatsanwaltschaft vertreten worden, man sei bei Durchsuchungen verpflichtet, sicherzustellen, daß „der rechtswidrige Zustand der Besetzung“ nicht fortdauere, sondern müsse versuchen, das Haus wieder seinem Eigentümer zur Verfügung zu stellen. Bei einer Reihe von Häusern kam es daher damals zu „staatsanwaltlichen Durchsuchungen mit Räumungsfolge“, wie es in der Senatsstatistik heißt.

Der Gesamtbesetzerrat hat seine Verhandlungsbereitschaft aber an ein generelles Räumungsmoratorium geknüpft! –

Am 12. Dezember 1980 hatte der damalige sozial-liberale Senat gerade begonnen, über Mittelsmänner mit den Besetzern über die Häuser zu verhandeln. Damals war es die Polizei, die gegen eine Neubesetzung vorging und damit den Beginn der Straßenschlachten und Massenverhaftungen provozierte, die eine politische Lösung für lange Zeit unmöglich machten. – Es wäre also nicht das erste Mal, daß mit gezielten Provokationen Politik gemacht und eine „friedliche Lösung“ vereitelt wird.

Es ist zu befürchten, daß sich die vorhandene Chance für eine Verhandlungslösung in Nichts auflöst, wenn jetzt ihre Voraussetzung nicht erhalten werden kann. Die Konsequenzen träfen nicht nur die besetzten Häuser; sie sind inzwischen für viele ein Symbol dafür, wie weit Widerstand gegen die Politik des Senats erfolgreich sein kann.

Lummer als „Sicherheitsrisiko“

Der Senator bekundet seine Sympathie für die NPD / AL fordert Rücktritt

nia. Westberlin. An diesem Donnerstag wird im Abgeordnetenhaus über einen erneut von der Alternativen Liste gestellten Mißtrauensantrag gegen Innensenator Lummer (CDU) abgestimmt. Anlaß sind diesmal Äußerungen Lummers, mit denen er das in Westberlin von den Alliierten aufrecht erhaltene Veranstaltungsverbot für die NPD bedauert.

Auf einer Veranstaltung der CDA (Christliche Arbeitnehmerschaft) Anfang März in Zehlendorf hatte Lummer öffentlich bedauert, daß sich die NPD in Westberlin nicht ungehindert entfalten kann, als die Sprache darauf kam, daß die Alliierte Kommandatura bei der Ankündigung der NPD, in Berlin einen Landesparteitag abzuhalten, erneut auf das Verbot öffentlicher Veranstaltungen hingewiesen habe. Teilnehmer der Veranstaltung spielten diese Äußerung der Presse zu. Auf Nachfragen von Presse und Fernsehen präzisierte Lummer dann seine Äußerungen dahin, er kritisiere, „daß in der Frage extremer Parteien mit zweierlei Maß gemessen werde“, denn die in Westberlin zugelassene SEW sei gleichermaßen wie die NPD für eine Diktatur. Am Allierten-Verbot der NPD-Aktivitäten wolle er aber nichts ändern, und keiner Lockerung des Verbots das Wort reden, beeilte er sich hinzuzufügen.

SPD, FDP, und AL forderten daraufhin den Senat auf, zu prüfen, ob Lummer noch tragbar sei; Jungsozialisten und Jungdemokraten forderten Lummer zum sofortigen Rücktritt auf.

Nach intensiver Diskussion, ob es richtig sei, einen Abwahlantrag an einem Punkt anzusetzen, der nicht – wie nach den Räumungen – eine breite Basisbewegung zur Grundlage hat, entschied sich der Delegiertenrat der AL dafür. In der Abgeordnetenhaus-Sitzung am 11.3. brachte die Fraktion daher den Mißtrauensantrag ein, über den aufgrund eines Geschäftsordungstricks der CDU erst diesen Donnerstag abgestimmt wird.

Schon die Nominierung Heinrich Lummers zum Innensenator nach den Neuwahlen im vergangenen Jahr war damals von vielen, vor allem von solchen, die sich der linken und alternativen Szene zurechnen, – gerade angesichts der Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser – als Provokation empfunden worden. Nach den Räumungen am 22. September, die Lummer veranlaßt hatte; nach der Pressekonferenz in der geräumten Bülowstr. 89, mit der er der Anlaß für den Polizeieinsatz wurde, bei dem Rattay ums Leben kam; nach dem von ihm in den Senat eingebrachten Vorschlag für einen neuen Ausländererlaß, ist Lummer wahrscheinlich der bestgehaßte Mann in der Stadt. – In die Begründung des Mißtrauensantrags schrieb die AL daher, daß diese Kette von politischen Handlungen „kein Ende ohne den Einsatz aller denkbaren Widerstandsformen“ finden werde. „Lummer ist eine Gefahr für die demokratischen Kräfte und ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung“.

Die Aussichten für einen Erfolg des Abwahlantrags sind aber dieses Mal mehr als gering; alles spricht dafür, daß die FDP wieder dafür sorgen wird, daß Lummer Innensenator bleibt. Zwar mahnte der FDP-Fraktionsvorsitzende, „ein Minister müsse sich bei der Äußerung von Abneigungsgefühlen zurückhalten“, und müsse bedenken, daß er heute eine andere Rolle habe als früher, der er gerecht werden müsse. Doch galt die Sorge der FDP weniger Lummers Einstellung zur NPD. Wesentlich ist für sie vielmehr der Status der Stadt; den will sie auf keinen Fall in Frage gestellt sehen mit einer Kritik an den Verfügungen der Alliierten.

Der regierende Bürgermeister von Weizsäcker erklärte ausdrücklich, Lummer habe nicht auf Änderung des Tätigkeitsverbots der NPD abzielen wollen. Und, wer Lummer Integrität anzweifle, habe den ganzen Senat gegen sich. Darin aber ist sich die FDP auf jeden Fall mit der CDU einig, daß an Lummer der CDU-Senat nicht scheitern soll.

Vogel dagegen bedauerte für die SPD, „daß Lummer Innensenator und Bürgermeister dieser Stadt ist“. Er enthüllte zudem, daß Lummers „unerträgliche“ Gedankengänge keine einmaligen Entgleisungen waren. Vogel verwies auf einen Briefwechsel, den Lummer jeweils vor Wahlen mit der NPD geführt habe, und in der er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß sie nicht zu den Wahlen zugelassen sei. Darüber hinaus soll es eine Reihe von Briefen an rechtsgerichtete Zeitungen geben. Sicher ist auf jeden Fall, daß Lummer schon seit Anfang der Siebziger Jahre immer wieder als Teilnehmer oder gar Referent von Veranstaltungen aufgefallen ist, die von rechtsgerichteten Organisationen wie dem „Bund der Preußen“ oder dem „Zollernkreis in Berlin“ u.a. ausgerichtet worden sind.

Lummers Aktivitäten sind immer wieder ein dankbares Objekt für den Bürgerzorn. Eines darf man aber darüber nicht aus dem Blick verlieren: Ob Lummer Innensenator bleibt oder nicht, wird an der Senatspolitik insgesamt nichts *wesentliches* ändern. Die Abschaffung des Null-Tarifs für die Kitas; die Betten- und Personalstreichungen im Gesundheitswesen – um nur zwei Beispiele zu herauszugreifen – stammen nicht aus seiner Feder, und sind doch nicht weniger reaktionär.



„Es ist doch gar nicht wahr, daß wir antiamerikanisch sind!“ waz-Zeichnung: Klaus Pielert

her – oder durch Legalisierung der Häuser?

Ende Februar entschied sich dann die Mehrzahl der besetzten Häuser für Verhandlungen; der Vorstand des „Netzwerk Selbsthilfe“ begann den Aufbau einer alternativen Treuhandgesellschaft für die besetzten Häuser vorzubereiten. CDU-Bausenator Rastemborski signalisierte Gesprächsbereitschaft. Grund AG-Häuser in Schöneberg begannen Verhandlungen mit den Eigentümern; Neue Heimat-Häuser in Charlottenburg wurden vom CDU-Baustadtrat zu Gesprächen eingeladen.

Da beginnt Anfang März eine Welle von Durchsuchungen und täglichem Psychoterror unter allen nur denkbaren Vorwänden. Mal kommt der Kob vorbei und erklärt, am nächsten Tag kämen die Bauarbeiter; mal werden mit großem Aufgebot in mehreren Stadtteilen gleichzeitig im Beisein von Staatsanwälten und Eigentümern Durchsuchungen gestartet, und alle Besetzer vorläufig festgenommen.

Am 15.3. steht in der taz: „Lum-

es in der Senatsstatistik heißt.

Der Gesamtbesetzerrat hat seine Verhandlungsbereitschaft aber an ein generelles Räumungsmoratorium geknüpft! –

Am 12. Dezember 1980 hatte der damalige sozial-liberale Senat gerade begonnen, über Mittelsmänner mit den Besetzern über die Häuser zu verhandeln. Damals war es die Polizei, die gegen eine Neubesetzung vorging und damit den Beginn der Straßenschlachten und Massenverhaftungen provozierte, die eine politische Lösung für lange Zeit unmöglich machten. – Es wäre also nicht das erste Mal, daß mit gezielten Provokationen Politik gemacht und eine „friedliche Lösung“ vereitelt wird.

Es ist zu befürchten, daß sich die vorhandene Chance für eine Verhandlungslösung in Nichts auflöst, wenn jetzt ihre Voraussetzung nicht erhalten werden kann. Die Konsequenzen träfen nicht nur die besetzten Häuser; sie sind inzwischen für viele ein Symbol dafür, wie weit Widerstand gegen die Politik des Senats erfolgreich sein kann.

SPD, FDP, und AL forderten daraufhin den Senat auf, zu prüfen, ob Lummer noch tragbar sei; Jungsozialisten und Jungdemokraten forderten Lummer zum sofortigen Rücktritt auf.

Nach intensiver Diskussion, ob es richtig sei, einen Abwahlantrag an einem Punkt anzusetzen, der nicht – wie nach den Räumungen – eine breite Basisbewegung zur Grundlage hat, entschied sich der Delegiertenrat der AL dafür. In der Abgeordnetenhaus-Sitzung am 11.3. brachte die Fraktion daher den Mißtrauensantrag ein, über den aufgrund eines Geschäftsordungstricks der CDU erst diesen Donnerstag abgestimmt wird.

Schon die Nominierung Heinrich Lummers zum Innensenator nach den Neuwahlen im vergangenen Jahr war damals von vielen, vor allem von solchen, die sich der linken und alternativen Szene zurechnen, – gerade angesichts der Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser – als Provokation empfunden worden. Nach den Räumungen am 22. September, die Lummer veranlaßt hatte; nach der Pressekonferenz in der geräumten Bülowstr. 89, mit der er der Anlaß für den Polizeieinsatz wurde, bei dem Rattay

Tätigkeitsverbots der NPD abzielen wollen. Und, wer Lummer Integrität anzweifle, habe den ganzen Senat gegen sich. Darin aber ist sich die FDP

nur zwei Beispiele zu herauszugreifen – stammen nicht aus seiner Feder, und sind doch nicht weniger reaktionär.



„Es ist doch gar nicht wahr, daß wir antiamerikanisch sind!“ waz-Zeichnung: Klaus Pielert

Volksbegehren über Apartheid in Schulen

axl.Bochum. Die „Bürgerinitative Ausländerstopp“ bereitet nach der Ablehnung ihres Antrages auf ein Volksbegehren „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen“ durch die NRW-Landesregierung 1981 einen neuen Coup vor: Am 17.3.1982 legte sie NRW-Innenminister Schnoor (SPD) die erforderliche Anzahl von 3000 Unterschriften vor, um ein Volksbegehren über Schulapartheid zu beantragen. Zukünftig sollen ausländische Kinder ausschließlich in eigenen Klassen, getrennt von deutschen Kindern unterrichtet werden, und zwar so, daß ihre Bereitschaft „gefördert“ wird, in ihr Heimatland zurückzukehren. CDU, SPD und Landtag NRW hatten sich schon vorher dagegen ausgesprochen. Wenn der Antrag auf Volksbegehren zugelassen wird, dann müssen mindestens 20% der wahlberechtigen NRW-Bürger, d.h. ca. 2,5 Millionen, die landesweit auszulegenden Listen unterschreiben, um den Landtag zu verpflichten, sich mit dem Volksbegehren zu befassen. Lehnt das Parlament ein erfolgreiches Volksbegehren durch Verweigerung des entsprechenden Gesetzes ab, muß innerhalb von 10 Wochen ein Volksentscheid stattfinden.

100%ige Erhöhung der U-Bahn-Preise in London

kvz. Noch vor zehn Monaten hatte der nach einem Wahlsieg an die Macht gekommene Labour-Bürgermeister von Groß-London, Livingstone, sein Wahlversprechen wahrgemacht und die Preise für die U-Bahn um ein Viertel gesenkt, danach wurde jede Fahrkarte zu 46% subventioniert. Das war konservativen Bourgeois in den Vororten ein Dorn im Auge – und sie klagten vor Gericht. Das Gericht entschied jetzt, die Fahrpreissenkung ist rückgängig zu machen, eine Preiserhöhung in Richtung Kostendeckung muß durchgeführt werden. Das Gerichtsurteil wirkte quasi als Gesetzesgrundlage. Seit letzten Montag dürfen die Londoner daher die wohl teuersten Fahrkarten der Welt zahlen – für drei Stationen umgerechnet mehr als 3 DM. Wer umsteigt auf Bus, muß nochmal zahlen. Für eine Monatskarte für Fahrten aus dem Randbezirk in das Zentrum müssen jetzt 260 DM gezahlt werden. Schon in der vorletzten Woche hatten die städtischen Beschäftigten bei den Verkehrsbetrieben gegen das Gerichtsurteil gestreikt, jetzt äußerte sich der Chef des städtischen Verkehrsausschusses, Wetzel, so: Ein Zahlstreik der Schaffner und Fahrgäste nach dem Motto „Kann nicht zahlen – werde nicht zahlen“ solle durchgeführt werden. „Es ist ein schlechtes Gesetz, das uns von niedrigen Fahrpreisen fernhält; schlechte Gesetze muß man brechen.“

SPD zur Anerkennung von Zivildienstpflichtigen

kvz. Der SPD-Fraktionsvorstand hat sich zum Anerkennungsverfahren für Wehrdienstverweigerer geäußert. 19 Monate, noch ein Monat mehr als bei der Reform 1978, und Wegfall der Gewissensprüfung (jedenfalls in der Regel), das strebe die SPD an. Die FDP hatte sich etwa gleichlautend schon im Januar geäußert. Auch die CDU will auf ein Anerkennungsverfahren in der Regel verzichten, die Dauer aber auf 21 Monate erhöhen, die CSU gar auf 24 Monate. Demgegenüber hatte der Karlsruher Verfassungsrichter Simon vor kurzem festgestellt, daß die Abschaffung der Gewissensprüfung durchaus auch ohne Verlängerung des Zivildienstes möglich sei, ja daß eine Verlängerung sogar selbst verfassungswidrig sei.

Neofaschistischer Jugendtag verhindert

osh.Köln. „Schuleschwänzen, Pennen, Klauen, Saufen, Rauchen, Rumlungern, auf nix Bock haben sind Begriffe, die der Vergangenheit angehören! Denn jetzt steigen wir ein bei der Wiking-Jugend ... Die WJ setzt dagegen den Willen, die Kraft und den Charakter eines jeden Jungen und Mädchen, nicht vor der kalten Wohlstands- und Leistungsgesellschaft zu kapitulieren, sondern sie zu meistern.“ Soweit ein Aufrufflugblatt der Wiking-Jugend zum Gau-Jugendtag in Köln. Die WJ ist 1952 gegründet, wichtigster nazistischer Jugendverband, durch Doppelmitgliedschaften Verbindung zur Wehrsportgruppe Hoffmann, zur verbotenen NSDAP/AO usw. NRW-Gauleiter ist E. Wittig, seine Frau Helga ist Bundesmädelführerin, Sohn Rudi Herausgeber der Schülerzeitung GÄCK (Auflage 10000, 2000 in Köln). Die Kölner Neonazis haben u.a. auf eine linke Kneipe einen Brandanschlag verübt, und etliche ausländerfeindliche Schmiereien zu verantworten. Durch ein breites Aktionsbündnis, v.a. von Schülern und Gewerkschaftsjugend konnten zugesagte Räume gekündigt werden. Als die Wiking-Jugend einen konspirativen Treff am Bahnhof organisierte, um von hier zu einem Saal zu fahren, besetzten ca. 400 Antifaschisten den Bahnhof. Nach der Vertreibung des Kölner Wiking-Aktivs vom Bahnhof kann davon ausgegangen werden, daß das Gaujugendtreffen in Köln nicht stattgefunden hat.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

März

27. Böblingen. Bundesangestelltenkonferenz der IG Bau, Steine, Erden, bis 28.3.

28. El Salvador. „Freie“ Wahlen in El Salvador

29. Brüssel. EG-Gipfel

30. Brüssel. Bauerndemonstration

April

2. 25. Jahrestag des Abzugs der UN-Truppen vom Suez-Kanal

Brüssel. Kongreß des Interkirchlichen Friedensrates über Abrüstung und Entwicklung, bis 4.4.

3. Hannover. Vorbereitungskongreß zur Militärelektronikausstellung IDEE, bis 4.4.

Hamburg. Global 2000 – Langfristige Auswirkungen und Alternativen zur Umweltzerstörung. Symposium der Jusos

4. Bonn. Aktionskonferenz zur Vorbereitung des Reagan-Besuchs

5. Athen. XIV. Internationaler Hegelkongreß, Thema: Der Weltgeist, bis 11.4.

9. BRD. Beginn der Ostermärsche in verschiedenen Städten

Dortmund. Zentrale Veranstaltung der DGB-Jugend „Für Frieden und Abrüstung. Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen.“

11. BRD. Ostermärsche mit zentralen Abschlußkundgebungen

BRD. 25. Jahrestag des Einrückens der ersten zehntausend Wehrpflichtigen zur Bundeswehr

12. 25. Jahrestag des Göttinger Manifests der Physiker gegen die Atombombe

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Nachholbedarf an Parteigründung:

Nichts Bewegendes aus Recklinghausen

Von Hans-Gerhart Schmierer

Ein Forum fand in Recklinghausen nicht statt, eher eine Kundgebung, um die ausgemachte Parteigründung der Demokratischen Sozialisten einzuleiten. Freilich gab es beschränkte Gelegenheit zu abweichenden Voten. Als Forum war die Sache auch von vornherein kaum angelegt. Sieben Kundgebungsteilnehmer begründeten zunächst in längeren Beiträgen vom Podium herab, warum die verschiedensten Faktoren und Erscheinungen des Zeitgeschehens nichts anderes zur Konsequenz haben können denn die Gründung einer neuen Partei, eben die Partei der Demokratischen Sozialisten. Daß die Beweiskette dabei jeweils Brüche aufweisen mußte, ist nicht erstaunlich.

Aus der wachsenden Kriegsgefahr kann man zwar ohne weiteres die Notwendigkeit ableiten, verstärkt den Kampf gegen den drohenden Krieg zu führen, aber der Nachweis, daß dieser Kampf gegen den drohenden Krieg, der allenthalben bereits aufgenommen worden ist, ausgerechnet die Gründung einer Partei der Demokratischen Sozialisten als „organisiertes Gegengewicht gegen den herrschenden Block" zwingend nach sich ziehen muß, verlangt schon ein paar Beweisglieder mehr als den Hinweis auf die wachsende Kriegsgefahr.

Aus der Tatsache, daß die Interessen der Frauenbewegung bei der Sozialdemokratie und der Regierung schlecht aufgehoben sind, hat jedenfalls die Frauenbewegung von sich aus nicht geschlossen, daß die Partei der Demokratischen Sozialisten her müsse.

Bloß wer allemal von der Prämisse ausgeht, daß das Parlament der wichtigste Kampfboden sei und nur Parteien sich auf diesem Kampfboden bewegen könnten, kann auf die Idee kommen, aus der Tatsache, daß sich die Arbeiterbewegung nicht mehr mit der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie begnügen kann, folge zwingend als nächste und wichtigste Konsequenz die Gründung einer neuen Partei.

Unter den Kundgebungsrednern machte es sich lediglich Alexander Schubart nicht ganz so einfach. „Auf den Straßen und in den Wäldern" fielen die wirklichen Entscheidungen. Nur aus einem „ganz neuen Politikverständnis" könne eine wirklich neue Partei entstehen. Ob freilich aus der bloßen Gegenüberstellung von parlamentarischem Kampfboden einerseits und Straßen und Wäldern als eigentlicher Wallstatt andererseits das „neue Politikverständnis" entstehen kann, mag man wenigstens nach den polnischen Erfahrungen bezweifeln, wo sich immer noch Betrieb, Universität etc. als der Ort erwiesen haben, in dem Basisdemokratie, oder wenn man will Rätedemokratie als Machtorgan der Ausgebeuteten und Unterdrückten wurzelt.

Bloß wer allemal von der Prämisse ausgeht, daß das Parlament der wichtigste Kampfboden sei und nur Parteien sich auf diesem Kampfboden bewegen könnten, kann auf die Idee kommen, aus der Tatsache, daß sich die Arbeiterbewegung nicht mehr mit der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie begnügen kann, folge zwingend als nächste und wichtigste Konsequenz die Gründung einer neuen Partei.

Unter den Kundgebungsrednern machte es sich lediglich Alexander Schubart nicht ganz so einfach. „Auf den Straßen und in den Wäldern" fielen die wirklichen Entscheidungen. Nur aus einem „ganz neuen Politikverständnis" könne eine wirklich neue Partei entstehen. Ob freilich aus der bloßen Gegenüberstellung von parlamentarischem Kampfboden einerseits und Straßen und Wäldern als eigentlicher Wallstatt andererseits das „neue Politikverständnis" entstehen kann, mag man wenigstens nach den polnischen Erfahrungen bezweifeln, wo sich immer noch Betrieb, Universität etc. als der Ort erwiesen haben, in dem Basisdemokratie, oder wenn man will Rätedemokratie als Machtorgan der Ausgebeuteten und Unterdrückten wurzelt.

Nach rund zwei Stunden Kundgebung, wobei die Redner sich immer dann des Beifalls sicher waren, wenn sie betonten, daß jetzt oder nie die Partei gegründet werden könne, wurde die Diskussion eröffnet, wobei sich dann herausstellte, daß die Rednerliste im stillen schon überfüllt war. Da bis spätestens 6 Uhr abends über die „Recklinghauser Thesen" und die „Einleitung der Gründung" der Partei der Demokratischen Sozialisten entschieden sein mußte, wurde die Redezeit zunächst auf fünf, bald auf zwei Minuten beschränkt. Daß unter diesen Bedingungen in den Redebeiträgen nur ziemlich einfältig zum Für und Wider der geplanten Parteigründung Stellung genommen werden konnte, wundert nicht.

Viele Grüne ließen sich dadurch nicht abhalten, Stellung zu nehmen, womit sie zunehmend das Mißfallen der Teilnehmer erregten, die jede Gelegenheit wahrnahmen, mit der Auffassung eines Problems durch diesen oder jenen Grünen das Problem selber beiseitezuschieben. Wies ein Grüner darauf hin, daß seiner Ansicht nach Arbeitszeitverkürzung und voller Lohnausgleich schwer zusammen durchsetzbar seien, dann war seine Arbeiterfeindlichkeit erwiesen, während doch die Frage bleibt, ob unter den jetzigen Bedingungen der Überfüllung des Arbeitsmarktes die 35-Stunden-Woche überhaupt in der gleichen Weise durchzusetzen ist wie seinerzeit die 40-Stunden-Woche und ob sie nicht nur im Rahmen eines Programms der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und einer Neuverteilung der Arbeit praktisches Kampfziel bleiben kann. Otto Schily, der etwas weiter ausholend als Sprecher der Alternativen Liste seine Bedenken gegen die Gründung der Demokratischen Sozialisten als Partei vortragen wollte, konnte mit Mühe 5 Minuten reden, dann war es aber auch endgültig aus. Am Ende mußten sich die Grünen, die beharrlich Auseinandersetzung, aber auch Zusammenarbeit gesucht hatten, von Manfred Coppik dann noch sagen lassen, sie hätten mit „ihrer Taktik", sich zahlreich auf die Rednerliste statt einen der Ihren aufs Podium zu setzen, ein ganz bestimmtes Bild des Forums herbeiführen wollen. Dabei konnte von gemeinsamer Taktik der Grünen beim besten Willen nicht die Rede sein, höchstens von gemeinsamer Sorge.

Die Theorie vom ‚Vakuum'

Als einer der Gründe für die Notwendigkeit einer Parteigründung wird von den Initiatoren immer wieder behauptet, das „Terrain" der sozialen Frage sei gegenwärtig nicht besetzt. So berichtet die „Neue" über „gute Chancen" für die demokratischen Sozialisten im Ruhrgebiet: „Eine Partei, die vor allem an den sozialen Problemen anknüpft und die zudem nicht mit der ‚Kulturschranke' belastet ist, die gerade viele Arbeiter und Angestellte davon abhält, Sympathie für die Grünen und Alternativen zu entwickeln, eine solche Partei hätte in Nordrhein-Westfalen gute Ausgangsbedingungen. Und genau hier sehen die örtlichen einzelnen Initiativen der ‚Demokratischen Sozialisten', die in den letzten Wochen entstanden sind, auch ihr hauptsächliches Betätigungsfeld."



neue Parteigründung tatsächlich angebracht?

Wird obigen wegen der Formierung der „Demokratischen Sozialisten" das Lachen

richtet die „Neue" über „gute Chancen" für die demokratischen Sozialisten im Ruhrgebiet: „Eine Partei, die vor allem an den sozialen Problemen anknüpft und die zudem nicht mit der ‚Kulturschranke' belastet ist, die gera-

nehmend als Schranken der Krisenüberwindung durch das Kapital beseitigt. In dieser Situation gerät die Arbeiterbewegung praktisch in die Enge und sieht sich ein wachsender Teil der Arbeiter zu Ratlosigkeit und Passivität

Demokratischen Sozialisten in der Eigentumsfrage immer noch dem Staatsmonopolismus verhaftet bleiben. Bloß so ist es auch zu verstehen, daß Christoph Butterwege, ein sozialdemokratischer Anhänger der Stamokaptheorie,



Wird obigen wegen der Formierung der „Demokratischen Sozialisten" das Lachen vergehen? Und, ist die Freude der nebenstehenden über eine neue Parteigründung tatsächlich angebracht?

Wie andere auch begründete Frieder O. Wolff, bis vor kurzem einer der Promotoren der Sozialistischen Konferenz und jetzt einer der Redakteure von „Moderne Zeiten", die zügige Gründung der Partei damit, daß für die Arbeiter eine Alternative in den Wahlen geschaffen werden müsse. Wenn es in Bonn zu einem Bruch der Koalition und zu vorgezogenen Neuwahlen käme, „wäre es nicht nur aus der gesamten Opposition gegen den herrschenden Block heraus sehr wichtig, daß ein handlungsfähiger Partner sich mit den Grünen in einem Wahlbündnis verbinden könnte, das auch für resignierte Ex-Wähler der SPD in den Arbeitervierteln attraktiv wäre".

In der „Vakuum-Theorie", speziell wenn sie auf parlamentarische Wahlen bezogen wird, scheint mir einer der Haupttrugschlüsse der jetzigen Parteigründer zu liegen, der gleichzeitig zeigt, wie sehr sie dem Parlamentarismus verhaftet bleiben. Interessen konnten noch nie wirksam vertreten werden, bevor sie sich in der Bewegung und in wirklichen Kämpfen auch tatsächlich artikuliert hatten. Das Problem ist doch nicht, daß es innerhalb der Linken nicht ausreichend Kräfte geben würde, die die Bedeutung der sozialen Frage hochschätzen. Das Problem besteht vielmehr darin, daß die Arbeiterbewegung einschließlich der Linken in der jetzigen Situation der Krise und bei der jetzigen Konstellation der Kräfte die Mittel und Wege noch nicht gefunden hat, um ihre sozialen Interessen wirksam zu verteidigen und durchzusetzen, und daß dies auch nicht gehen wird, ohne den eigenen Weg zu suchen, auf dem die Arbeiterbewegung die Gesellschaft aus ihrer tiefen Krise herausführen kann. Mit bloßen Reformen, die dem Kapital in der Ausbeutung von Mensch und Natur gewisse Schranken ziehen, geht es jedenfalls nicht mehr; umgekehrt werden diese Schranken bei Verschärfung der Krise und Fortexistenz der Kapitalverhältnisse von der herrschenden Klasse, von Staat und Regierung zunehmend als Schranken der Krisenüberwindung durch das Kapital beseitigt. In dieser Situation gerät die Arbeiterbewegung praktisch in die Enge und sieht sich ein wachsender Teil der Arbeiter zu Ratlosigkeit und Passivität verurteilt. Es ist völlig illusorisch, zu denken, daß jener Teil der Arbeiterbewegung, der entweder gar nicht mehr wählt, und das ist wohl die Mehrheit, oder für die Reaktion anfällig wird, aus dieser Situation durch eine neue parteimäßige Interessen*vertretung* herausgeführt werden könne und daß die Demokratischen Sozialisten im Gegensatz zu den Grünen dazu in der Lage wären.

Die Grünen sind gerade nicht dadurch zu einem politischen Faktor geworden, daß sie ein Vakuum besetzten, sondern dadurch, daß sie Interessen artikulierten, für die bereits mannigfache Kämpfe durch zahlreiche Bewegungen, unter anderem auch die Arbeiterbewegung, geführt wurden. Bevor es der Arbeiterbewegung nicht gelingt, mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte praktisch aus der Sackgasse herauszufinden, in die sie aufgrund ihrer sozialdemokratischen Tradition und der Entwicklung der Krise geraten ist, ist überhaupt nicht daran zu denken, daß sie ihr Heil in der Stimmabgabe für eine neue Partei suchen würde. Freilich setzt diese praktische Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Kampf gegen Sozial- und Lohnabbau theoretische und politische Klärung der Bedingungen voraus, unter denen die Arbeiterbewegung kämpft, und der Ziele, die sich aus diesen Bedingungen ergeben. Zu dieser notwendigen Klärung hat die Einleitung der Gründung der Demokratischen Sozialisten bisher keinen Strich beigetragen, und sie kann auch nur in den Gewerkschaften und in der Arbeiterbewegung selber herbeigeführt werden. Wenn zu diesem Zweck die verschiedenen politischen Richtungen in der Arbeiterbewegung sich besser organisieren und besser zusammenarbeiten, wird das helfen. Wenn irgendwelche Kräfte glauben, sie könnten das „Vakuum" durch die Proklamation ihrer Existenz füllen, ist es eine Täuschung, vor allem eine Selbsttäuschung.

Ohne Begriff der neuen Gesellschaft geht es nicht

Die Demokratischen Sozialisten legen gegenüber den Grünen großen Wert darauf, daß sie sich mit ihrer Richtung und ihrem Namen ausdrücklich in die sozialistische Tradition der Arbeiterbewegung stellen. Dabei handelt es sich vorläufig jedoch nur um Worte. Außer im Namen der Demokratischen Sozialisten findet sich in ihrem Recklinghauser Manifest keinerlei Begriff der sozialistischen Gesellschaft, für die sie kämpfen wollen. Es ist ja wahr, daß die Eigentumsfrage als Alternative von Privateigentum und Staatseigentum erwiesenermaßen nicht über die Emanzipation des Menschen entscheidet. Daraus den Schluß zu ziehen, man könne in einem Manifest Demokratischer *Sozialisten* einfach die Frage umschiffen, in welchen Eigentumsformen die arbeitenden Klassen ihre Emanzipation anstreben können, halte ich für ganz verfehlt. Es deutet darauf hin, daß die programmatischen Vorstellungen der Demokratischen Sozialisten in der Eigentumsfrage immer noch dem Staatsmonopolismus verhaftet bleiben. Bloß so ist es auch zu verstehen, daß Christoph Butterwege, ein sozialdemokratischer Anhänger der Stamokaptheorie, auf dem Recklinghauser Forum viel Beifall erhielt, als er darauf hinwies, die soziale Frage entspringe aus dem Kapitalismus, während es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gebe.

Sicher ist es auch wahr, daß die Übernahme des Staatsapparates durch sozialistische oder kommunistische Parteien nicht den Weg zur Emanzipation der arbeitenden Klasse eröffnet. Daraus aber den Schluß zu ziehen, wie es in den Recklinghauser Thesen unausgesprochen geschieht, man würde der Macht- und Staatsfrage am besten gar keine Erwähnung tun, ist ein Fehler. Wiederum zeigt sich nur, daß die Vorstellungen der Demokratischen Sozialisten über die zu erkämpfende Gesellschaft noch weitgehend mit dem existierenden Staatsapparat verknüpft bleiben. So muß man fürchten, daß sie bisher nicht nur keinen Begriff von der zu erkämpfenden Gesellschaft haben, sondern einen falschen, den sie hinter dem Wort Sozialismus verbergen. Daher auch wohl kein Wort der Kritik an der SU und die Verwandtschaft zur DKP.

Umgekehrt tragen die Grünen das Wort Sozialismus nicht in ihrem Namen und kommt es wohl auch sonst in ihren programmatischen Dokumenten nicht vor. Dennoch haben sie mit ihrer Betonung der Notwendigkeit, die Produktion auf Bedürfnisbefriedigung und Gebrauchswerte auszurichten, damit sich Mensch und Natur entfalten können, mit ihrem Beharren auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, mit ihrer Kritik der Arbeitsteilung etc. bisher mehr dazu beigetragen, aus der Kritik des Kapitalismus den Begriff der sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln als die Demokratischen Sozialisten in ihrem Recklinghauser Manifest. Auf der Ebene des Forderungskatalogs aber gibt es keine Unterschiede der Demokratischen Sozialisten zum Rest der Linken einschließlich der Grünen, höchstens, daß wichtige Forderungen wie die Selbstverwaltung der Versicherungen und der Kommunen fehlen, also die Richtung, in der bereits jetzt gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat, wie er aus Privateigentum und Klassengegensatz entspingt, Position bezogen werden muß. Lange genug hat sich die Linke über Worte zerstritten, wo es notwendig ist, sich durch gemeinsame Anstrengungen einen hinreichenden Begriff von dem zu machen, wogegen und wofür gekämpft wird. In dieser schlechten Tradition befindet sich die Parteigründung der Demokratischen Sozialisten immer noch.

Ist die Parteifrage wirklich so entscheidend?

In der jüngeren Geschichte der Arbeiterbewegung und der Linken, d.h. seit der Niederlage der Pariser Kommune, steht die „Partei", verstanden als Organisation einer engen politischen Richtung im Zentrum aller Überlegungen über Handlungsfähigkeit und Einheit der Arbeiterklasse und der politischen Bewegungen gegenüber herrschender Klasse und Staat, obwohl die Arbeiterbewegung immer dann, wenn sie selbständig die politische Bühne betrat, sich in Gewerkschaften und Räten zusammenschloß und hier das Zentrum ihrer Bemühungen der Selbstorganisation suchte und fand. Immer, wo die Arbeiterbewegung oder andere kämpferische und revolutionäre Bewegungen sich entwickelten, fanden sie Formen der *Selbst*organisation, in denen sie sich *gesellschaftlich* der herrschenden Klasse und dem Staatsapparat entgegenstellten. Immer wurden in solchen Phasen zugespitzten Kampfes die bestehenden politischen Parteien gehörig durcheinandergewürfelt und mußten sich umgruppieren. Dennoch hat die Linke über Kautsky, Lenin und Stalin immer an der Partei als höchster Organisationsform der Klasse festgehalten, mit wenigen Ausnahmen. Sie tut es immer noch, obwohl diese Auffassung der wirklichen Bewegung immer weniger entspricht. Auch bei den Demokratischen Sozialisten und ihrer Gründung schlägt einmal mehr diese Auffassung durch. Sie speist sich wohl aus der Ansicht, daß die Partei die beste Form der Verbindung des außerparlamentarischen mit dem parlamentarischen Kampf sei, obwohl die Erfahrung zeigt, daß *diese* Verbindung bisher immer zugunsten des Parlamentarismus und des Staates ausschlug.

Arbeiterbewegung immer dann, wenn sie selbständig die politische Bühne betrat, sich in Gewerkschaften und Räten zusammenschloß und hier das Zentrum ihrer Bemühungen der Selbstorganisation suchte und fand. Immer, wo die Arbeiterbewegung oder andere kämpferische und revolutionäre Bewegungen sich entwickelten, fanden sie Formen der *Selbst*organisation, in denen sie sich *gesellschaftlich* der herrschenden Klasse und dem Staatsapparat entgegenstellten. Immer wurden in solchen Phasen zugespitzten Kampfes die bestehenden politischen Parteien gehörig durcheinandergewürfelt und mußten sich umgruppieren. Dennoch hat die Linke über Kautsky, Lenin und Stalin immer an der Partei als höchster Organisationsform der Klasse festgehalten, mit wenigen Ausnahmen. Sie tut es immer noch, obwohl diese Auffassung der wirklichen Bewegung immer weniger entspricht. Auch bei den Demokratischen Sozialisten und ihrer Gründung schlägt einmal mehr diese Auffassung durch. Sie speist sich wohl aus der Ansicht, daß die Partei die beste Form der Verbindung des außerparlamentarischen mit dem parlamentarischen Kampf sei, obwohl die Erfahrung zeigt, daß *diese* Verbindung bisher immer zugunsten des Parlamentarismus und des Staates ausschlug.

Meines Erachtens sprechen die Erfahrungen dagegen, daß man diese Auffassungen beibehält. Warum soll die Bewegung mit Hilfe ihrer Selbstorganisation nicht direkt die Parlamentsfraktionen kontrollieren, wenn nicht formell so doch praktisch? Aufgabe der politischen Organisationen bleibt, die Entscheidungsfindung der Bewegung zu erleichtern, indem sie in ihr arbeiten und an ihrer Selbstorganisation teilnehmen, statt sie „zusammenzufassen" und sich gegenüber der amorphen Masse als „organisiertes Gegengewicht zum herrschenden Block an der Macht" mißzuverstehen.

Daß sich die Demokratischen Sozialisten als politische Richtung organisieren, kann man nur begrüßen, wenn es dann eine *bestimmte* Richtung ist. Daß sie einmal mehr glauben, sie seien *die* Partei der Linken, kann nur Schaden anrichten. Schon wird die Konkurrenz zu den Grünen organisiert und verschiedentlich, wie in einer Frankfurter Mitgliederversammlung, auf die Spaltung der Grünen spekuliert. In der Linken ist ein Prozeß der politischen Auseinandersetzung und Umgruppierung in Gang gekommen. Die Demokratischen Sozialisten scheinen es auf sich nehmen zu wollen, diesen Prozeß durch Parteihuberei abzubrechen. Sie sind kein neuer Ausdruck einer neuen Bewegung bisher, sondern scheinen ein Zusammenschluß von Altlinken zu sein, die eine Chance wittern. Als „Frühlingsforum" war die Sache angekündigt. Hoffentlich handelt es sich nicht um einen zweiten Frühling. Sektierertum kann auch demokratisch sozialistisch auftreten.

Grüne und Alternative über Polen, die Friedensbewegung und die DKP

Erklärung der Alternativen Liste Westberlin

Die polnischen Ereignisse stellen auch die radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte im Westen vor die Frage, ob sie die Arbeiter- und Volksbewegung in Polen so akzeptieren, wie sie ist oder ob sie, wie es immer noch weit verbreitet ist, sich die gesellschaftlichen Bewegungen in Osteuropa nach ihren Wünschen modeln wollen. Viele lassen sich durch ihre Angst, den „Antikommunismus" zu unterstützen, davon abhalten, aktive Solidarität mit Solidarność zu üben. Sie stellen erstens nicht die Frage, gegen welchen „Kommunismus als Realität" sich die Abwehrhaltung des „Anti" stellt. Zweitens wirft die Politik eines Reagan die Frage auf, wie wir gegen seine fanatisch prokapitalistische Politik eine humane sozialistische Perspektive stellen können, nicht aber die Frage der Verteidigung der oligarchischen Systeme in Osteuropa. Die KPI hat angesichts der polnischen Ereignisse erklärt, daß sich die „vorwärtstreibende Kraft der Oktoberrevolution" erschöpft habe. Wir stellen darüberhinaus in Frage, daß überhaupt eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus im Bezugsrahmen der Oktoberrevolution entwickelt werden kann; jenseits der falschen Gegenpole Kapitalismus – Tradition der Oktoberrevolution ist das Problem einer sozialistischen Perspektive neu aufgeworfen. (...)

Während in der Ablehnung der Nachrüstung die Friedensbewegung geeint ist und durch ihre Aktionen bereits die offizielle Politik mit beeinflußt, hat sich in der Nicht-Reaktion bzw. der Reaktion nur von Einzelnen oder Teilen der Friedensbewegung auf Polen politische Handlungsunfähigkeit gezeigt. Wir werden die polnischen Ereignisse in der Friedensbewegung zur Diskussion stellen, um

– den engen Zusammenhang zwischen friedenspolitischen Zielen und der Unterstützung der polnischen Emanzipationsbewegung deutlich zu machen,
– zu vermeiden, daß Polen als Alibi für die Rüstungsschraube und militärische Konfliktlösungen in Ost und West mißbraucht wird,
– in der Friedensbewegung die Entwicklung politischer Perspektiven über Aktionen gegen die Nachrüstung hinaus zu fördern.

Die polnischen Ereignisse zeigen erneut, daß die politischen und militärischen Blöcke ein wesentliches Hindernis für soziale Emanzipation in Ost oder West sind. Jedes militärische Auseinanderrücken der Machtblöcke, das die Vorherrschaft der Supermächte beschränkt, erweitert den Spielraum für die betroffenen Völker. Gerade weil jede Emanzipationsbewegung als Bedrohung für die Sicherheit des jeweiligen Blocks gesehen wird, ist es notwendig, daß ein Land nicht isoliert bleibt. Wenn eine solche Entwicklung nicht auf ein Land und einen Block begrenzt bleibt, sondern sich mehrere Länder blockübergreifend stützen und ihre Interessen ausgleichen, wird es für die Vormächte schwieriger, eine solche Entwicklung zu unterbinden.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 12.2.

zelnen oder Teilen der Friedensbewegung auf Polen politische Handlungsunfähigkeit gezeigt. Wir werden die polnischen Ereignisse in der Friedensbewegung zur Diskussion stellen, um
– den engen Zusammenhang zwischen friedenspolitischen Zielen und der Unterstützung der polnischen Emanzipationsbewegung deutlich zu machen,
– zu vermeiden, daß Polen als Alibi für die Rüstungsschraube und militärische Konfliktlösungen in Ost und West mißbraucht wird,
– in der Friedensbewegung die Entwicklung politischer Perspektiven über Aktionen gegen die Nachrüstung hinaus zu fördern.
Die polnischen Ereignisse zeigen erneut, daß die politischen und militärischen Blöcke ein wesentliches Hindernis für soziale Emanzipation in Ost oder West sind. Jedes militärische Auseinanderrücken der Machtblöcke, das die Vorherrschaft der Supermächte beschränkt, erweitert den Spielraum für die betroffenen Völker. Gerade weil jede Emanzipationsbewegung als Bedrohung für die Sicherheit des jeweiligen Blocks gesehen wird, ist es notwendig, daß ein Land nicht isoliert bleibt. Wenn eine solche Entwicklung nicht auf ein Land und einen Block begrenzt bleibt, sondern sich mehrere Länder blockübergreifend stützen und ihre Interessen ausgleichen, wird es für die Vormächte schwieriger, eine solche Entwicklung zu unterbinden.
Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 12.2.

Beschluß des Bundesvorstandes der Grünen vom 19./20. Dezember 1981

1. Die Haltung der Grünen zur Entwicklung in Polen ist eine grundsätzliche Frage, die bestimmend ist für alle laufenden und zukünftigen Aktionen und sonstigen Bündnisse.
2. Diese Haltung wird bestimmt durch
a) die Ablehnung jeder Militärdiktatur und jedes militärische Einschreiten in emanzipatorische Entwicklungen,
b) die Befürwortung emanzipatorischer Entwicklungen, wie sie in Polen sichtbar werden, hin zu basisdemokratischen, selbstbestimmenden Strukturen,
c) die Ablehnung der Bevormundung in den Blöcken und die Zielsetzung einer atomwaffenfreien, blockfreien Zone in Mitteleuropa (von Skandinavien bis Griechenland),
d) die Einschätzung des BuVo zum polnischen Widerstand in seiner Bedeutung für die Entwicklung von Konzepten Sozialer Verteidigung!

Stellungnahme der Grünen NRW zur Lage in Polen

Die Theorie von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten, auch Breschnew-Doktrin genannt, ist eine der gefährlichsten Waffen zur Unterdrückung der Völker Europas. Sie hat den Einmarsch in die CSSR 1968 legitimiert und wäre zweifellos die Grundlage für eine Intervention in Polen.

Wir wissen, daß die Verträge der Bundesrepublik mit den ehemaligen westlichen Besatzungsmächten diesen das „Recht" geben würden, bei einer Gefährdung der Ordnung in der BRD oder bei einer Gefahr für ihre Truppen in der BRD zu intervenieren. Die BRD ist durch diese Besatzungsverträge weniger souverän als andere westeuropäische Länder. Wir fordern außer dem Abzug aller fremden Truppen aus der BRD auch eine Aufhebung solcher Verträge. Solche Einschränkungen unserer Souveränität lehnen wir ebenso ab wie die Breschnew-Doktrin. Auch hier gilt: Wir treten für eine vollständige Souveränität aller Länder und Völker ein. (...)

Unsere Bündnispartner in der internationalen Solidarität gegen die Bedrohung des Lebens und der Rechte der Völker sind in keinem Fall die Vertreter der jeweiligen Militärblöcke, die Solidarität nur aus dem Machtkalkül ihrer Supermacht heraus definieren. Übereinstimmungen zwischen uns und der CDU in der Ablehnung der Unterdrückung der Völker Osteuropas sind ebenso vordergründig wie die Gemeinsamkeit mit der DKP in der Ablehnung der Unterdrückung der Völker Lateinamerikas und anderer Bereiche der Dritten Welt durch die USA und die Länder der EG.

Daß die etablierten Parteien für uns auch in der Innenpolitik nur in Einzelaktionen Bündnispartner sein können, ist uns von Anfang an klar gewesen. Daß dies auch für die DKP gilt, drängt sich auch den letzten Zweiflern in unserer Partei inzwischen geradezu auf. Solange die DKP jede Unterdrückungsmaßnahme der polnischen Militärjunta und der anderen Regierungen des Warschauer Paktes als Verteidigung von Demokratie und Sozialismus ansieht, ist sie für uns in all ihren Forderungen nach mehr Demokratie in unserem Land zutiefst unglaubwürdig. Dies hat mit Antisozialismus oder Antikommunismus nichts zu tun. Verschiedene kommunistische Parteien und Organisationen in Westeuropa haben gegen den Putsch in Polen protestiert und stehen mit uns in einer gemeinsamen Haltung der Solidarität mit Solidarność. Die Anhänger der DKP müssen sich von uns fragen lassen, wie lange sie sich noch zum Sprachrohr einer Politik machen lassen wollen, die gegen die Interessen der Völker Europas gerichtet ist. (...)

Diese Stellungnahme wurde vom Landesvorstand der Grünen NRW am 18. bzw. 20.1.1982 einstimmig beschlossen.

Auszug aus dem Rundbrief 3/82 „An alle Kreisverbände der Grünen in Baden-Württemberg":

Wir halten die Frage Polen im Zusammenhang mit der Friedensbewegung für ein exi-

Daß die etablierten Parteien für uns auch in der Innenpolitik nur in Einzelaktionen Bündnispartner sein können, ist uns von Anfang an klar gewesen. Daß dies auch für die DKP gilt, drängt sich auch den letzten Zweiflern in unserer Partei inzwischen geradezu auf. Solange die DKP jede Unterdrückungsmaßnahme der polnischen Militärjunta und der anderen Regierungen des Warschauer Paktes als Verteidigung von Demokratie und Sozialismus ansieht, ist sie für uns in all ihren Forderungen nach mehr Demokratie in unserem Land zutiefst unglaubwürdig. Dies hat mit Antisozialismus oder Antikommunismus nichts zu tun. Verschiedene kommunistische Parteien und Organisationen in Westeuropa haben gegen den Putsch in Polen protestiert und stehen mit uns in einer gemeinsamen Haltung der Solidarität mit Solidarność. Die Anhänger der DKP müssen sich von uns fragen lassen, wie lange sie sich noch zum Sprachrohr einer Politik machen lassen wollen, die gegen die Interessen der Völker Europas gerichtet ist. (...)
Diese Stellungnahme wurde vom Landesvorstand der Grünen NRW am 18. bzw. 20.1.1982 einstimmig beschlossen.
Auszug aus dem Rundbrief 3/82 „An alle Kreisverbände der Grünen in Baden-Württemberg":
Wir halten die Frage Polen im Zusammenhang mit der Friedensbewegung für ein exi-

stentielles Problem, da die Bewegung der Solidarność unserer Ansicht nach objektiv die Funktion erfüllt hat, zum Zerbröckeln beizutragen. Machtergreifung durch das Militär ist der letzte friedliche Versuch, demokratische Entwicklungen aufzuhalten. Wir müssen daher in der Friedensbewegung wegkommen von allzu kurzfristigen Orientierungen auf 1983 und die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, müssen wir eine inhaltliche Ausweitung der Friedensbewegung vorantreiben dahingehend, uns einzusetzen für eine atomwaffenfreie Zone, für die Auflösung der Blöcke. Letzten Endes ist die Haltung der Friedensbewegung zu Polen auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und es fällt sehr schwer, mit Kräften zusammenzuarbeiten, die die Machtergreifung durch das Militär in Polen legitimieren mit fadenscheinigen Argumenten, wie beispielsweise, daß Solidarność CIA-gesteuert sei.

Wir haben daher beschlossen, im Rahmen der Landesberatung den Friedensinitiativen nicht mehr als Koordinationsstelle zu fungieren.

In diesem Zusammenhang haben wir auch den Vorstoß der DKP bzw. der DKP-nahen Gruppen diskutiert, an Ostern die Tradition der Ostermärsche wieder aufleben zu lassen. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß die Inszenierung der Ostermärsche ein erneuter Versuch der DKP ist, in die Offensive zu gehen. Jedoch sollte man aufgrund dieser Tatsache nicht der DKP das Feld überlassen, vielmehr sollten sich Grüne immer dort, wo diese Frage diskutiert wird, eindeutig zu Polen äußern.

Stirbt die Freiheit zentimeterweise in der Friedensbewegung

Ein offener Brief an unsere kommunistischen Friedensfreunde (an die Adresse der DKP und DKP-nahen Gruppen) – von Petra Karin Kelly (Februar 1982)

Vor einigen Tagen las ich diese Zeilen von Heinrich Albertz: „Was auf uns zukommt – nicht nur eine Neuauflage des kalten Krieges und das Aufleben aller alten Feindbilder, sondern auch eine Unterordnung aller Menschenrechte unter die scheinbar unausweichlichen Zwänge der übernationalen Konfrontation, die wir jetzt erleben."

Diese Zeilen haben mich auch überzeugt, daß ich in aller Freundschaft und mit Offenheit diese Zeilen an Euch richten möchte – im Februar 1982. Es sind persönliche Gedanken an Euch in der DKP gerichtet. (...)

Zu allererst möchte ich betonen, daß in keiner Weise die Gefahren der NATO-Aufrüstung zerredet oder vernebelt werden dürfen – die Friedensbewegung in der BRD, in Europa muß in der Lage sein, sich in den nächsten Monaten mit allen gewaltfreien Kräften und Energien auf die gewalt-

sche ein erneuter Versuch der DKP ist, in die Offensive zu gehen. Jedoch sollte man aufgrund dieser Tatsache nicht der DKP das Feld überlassen, vielmehr sollten sich Grüne immer dort, wo diese Frage diskutiert wird, eindeutig zu Polen äußern.
Stirbt die Freiheit zentimeterweise in der Friedensbewegung
Ein offener Brief an unsere kommunistischen Friedensfreunde (an die Adresse der DKP und DKP-nahen Gruppen) – von Petra Karin Kelly (Februar 1982)
Vor einigen Tagen las ich diese Zeilen von Heinrich Albertz: „Was auf uns zukommt – nicht nur eine Neuauflage des kalten Krieges und das Aufleben aller alten Feindbilder, sondern auch eine Unterordnung aller Menschenrechte unter die scheinbar unausweichlichen Zwänge der übernationalen Konfrontation, die wir jetzt erleben."
Diese Zeilen haben mich auch überzeugt, daß ich in aller Freundschaft und mit Offenheit diese Zeilen an Euch richten möchte – im Februar 1982. Es sind persönliche Gedanken an Euch in der DKP gerichtet. (...)
Zu allererst möchte ich betonen, daß in keiner Weise die Gefahren der NATO-Aufrüstung zerredet oder vernebelt werden dürfen – die Friedensbewegung in der BRD, in Europa muß in der Lage sein, sich in den nächsten Monaten mit allen gewaltfreien Kräften und Energien auf die gewalt-

freie Verhinderung der sog. „Nachrüstung" zu konzentrieren. (...)

Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und die Diskussion darüber innerhalb der breiten Friedensbewegung hat aber auch etwas mit unseren Zielsetzungen und mit unserer Glaubwürdigkeit zu tun. So wie auch unsere Unterstützung der Unterdrückten und Leidenden in El Salvador, in Chile, in Pakistan etwas damit zu tun hat. Es gibt viele Strömungen als Reaktion auf die Militärregierung in Warschau ... und wir sind uns einig, daß wir uns in dieser Friedensbewegung nicht neben den Heuchlern der Politik (Reagan, Strauß mit Kerze in der Hand) hinstellen werden! Wir alle haben verschiedene Reaktionen in bezug auf den Weg, den Solidarność gegangen war – doch kann es nicht so sein, daß wir hier und heute, wie arrogante Staatsanwälte, darüber richten, was und wie sie es falsch gemacht haben. (...)

Die Mehrheit der Solidarność-Bewegung wollte Befreiung – strebte Selbstbestimmung und Selbstverwaltung und Zugang zu den Medien an ... strebte soziale und demokratische Rechte an! Unsere Solidarität muß dem ganzen polnischen Volk gelten – und darum kann und darf die sogenannte „Polenfrage" nicht ausgeklammert werden – so wie dies während der Hambacher Fest Vorbereitung geschieht oder z.T. während des Friedensgruppen-Treffens am 6.2. in Bonn zu spüren war. (...)

„Polen" darf nicht zur Sprachlosigkeit führen ... die, die es ausklammern wollen (Teile der DKP, DFU, KOFAZ usw.), haben uns vorgeworfen, daß wir die Bewegung spalten wollen ... Das ist falsch – denn wenn diese Friedensbewegung eine Chance hat, eine historische Chance, dann ist es die der völligen Unabhängigkeit, dann ist es die der Aufrichtigkeit der Zivilcourage, dann ist es die Chance der „blockfreien" Friedensbewegung! Wer die Utopie der Welt *ohne* Polizeistaat aufgibt, soll sich an der Utopie einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen nicht versuchen – sagte mir vor kurzem eine 88jährige Friedensfrau. Sie hat Recht.

Wir können nicht selektiv vorgehen mit unserem Humanismus, mit unserer Solidarität, das wäre so heuchlerisch wie Ronald Reagan, der vor lauter Polen kein Chile, keine Türkei, kein El Salvador, kein Pakistan, kein Nicaragua sieht. Umgekehrt **bitte ich Euch**, vor lauter Gangsterrepubliken in dem Hinterhof Amerikas, vor lauter Kriegsrecht in der Türkei und in Pakistan nicht Polen zu vergessen!!! (...)

Stefan Heym schrieb: „Überhaupt wäre darüber nachzudenken, was das für ein Sozialismus sein mag, in dem die Armee und andere Sicherheitskräfte mit der Waffe in der Hand und gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden. Denn eine Gewerkschaft mit neuneinhalb Millionen Mitgliedern bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 36 Millionen – das ist die Arbeiterklasse." (aus: „Die Zeit")

Ich habe in der UZ und DVZ sowie in der TAT Berichterstattung in den letzten Wochen die kritischen Stimmen zu Polen völlig vermißt. Woran liegt das? Warum habt Ihr nicht detailliert berichtet über die Auseinandersetzungen in der KPI – die größte kommunistische Partei des Westens? Wird Berlinguer „exkommuniziert" – so wie das in der repressiven katholischen Amtskirche passiert? Wird die KPI wegen ihrer Haltung vis à vis Polen aus der Gemeinschaft der Bruderparteien verstoßen? War die Kritik Berlinguers an der allgemeinen Politik im Ostblock nur Ketzerei in Euren

Welt ohne Polizeistaat aufgibt, soll sich an der Utopie einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen nicht versuchen – sagte mir vor kurzem eine 88jährige Friedensfrau. Sie hat Recht.
Wir können nicht selektiv vorgehen mit unserem Humanismus, mit unserer Solidarität, das wäre so heuchlerisch wie Ronald Reagan, der vor lauter Polen kein Chile, keine Türkei, kein El Salvador, kein Pakistan, kein Nicaragua sieht. Umgekehrt bitte ich Euch, vor lauter Gangsterrepubliken in dem Hinterhof Amerikas, vor lauter Kriegsrecht in der Türkei und in Pakistan nicht Polen zu vergessen!!! (...)
Stefan Heym schrieb: „Überhaupt wäre darüber nachzudenken, was das für ein Sozialismus sein mag, in dem die Armee und andere Sicherheitskräfte mit der Waffe in der Hand und gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden. Denn eine Gewerkschaft mit neuneinhalb Millionen Mitgliedern bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 36 Millionen – das ist die Arbeiterklasse." (aus: „Die Zeit")
Ich habe in der UZ und DVZ sowie in der TAT Berichterstattung in den letzten Wochen die kritischen Stimmen zu Polen völlig vermißt. Woran liegt das? Warum habt Ihr nicht detailliert berichtet über die Auseinandersetzungen in der KPI – die größte kommunistische Partei des Westens? Wird Berlinguer „exkommuniziert" – so wie das in der repressiven katholischen Amtskirche passiert? Wird die KPI wegen ihrer Haltung vis à vis Polen aus der Gemeinschaft der Bruderparteien verstoßen? War die Kritik Berlinguers an der allgemeinen Politik im Ostblock nur Ketzerei in Euren

Augen? Und warum habt Ihr so gut wie nichts über die Erneuerung der holländischen Kommunistischen Partei berichtet? (...)

Die Forderungen der Solidarność in bezug auf Arbeiterselbstverwaltung gehören auch auf die Forderungsliste der deutschen Arbeiter ... die Forderung nach Halbierung des Rüstungshaushalts in Polen – das gehört auch in einen DGB-Appell an die Regierung. Wo also sind die Schwierigkeiten bei Euch, „Polen" auszusprechen, mit uns zu diskutieren. Es kann nicht sein, daß neuneinhalb Millionen Menschen Konterrevolutionäre sind ... es kann nicht sein, daß wir dort politisch enthaltsam reagieren, wo es uns gerade nicht paßt. Ihr werdet gegen Grenzen anrennen ... wenn Ihr versucht, eine Art „Selbstzensur" in die Friedensbewegung hineinzutragen. Wir müssen fähig bleiben zu trauern für die Gefolterten in Chile und Bolivien, für die Entrechteten in Polen, in Afghanistan, in allen Teilen der Welt, wo die beiden Supermächte um Einflußsphären raufen! (...)

Laßt uns alle Themen, die den Frieden betreffen, diskutieren – dazu gehören auch Polen, auch Atomkraftwerke. Wir können uns keine Selbstzensur auferlegen ... wir können nicht immer „ausklammern" um angeblich nicht zu spalten ... wir müssen uns gegenseitig achten und respektieren, doch niemandem unterstellen, daß er wegen seiner Aufrichtigkeit oder Ehrlichkeit die Bewegung spalten will. Und wir können es uns **nicht** leisten, „historische Täuschungen" vorzunehmen um den Preis der „politischen Bequemlichkeit" – d.h. das Thema „Polen" darf auf dem Hambacher Fest 1982 nicht ausgeklammert werden.

Laßt uns ehrlich bleiben, auch wenn es manchen etwas weh tut.

In Freundschaft und Solidarität mit allen, die Frieden anstreben,

Eure Petra

Antwortbrief der DKP an Petra Kelly

Nun, liebe Petra Kelly, etwas zu den von Dir aufgeworfenen Fragen, in denen wir ganz offensichtlich sehr unterschiedlichen Auffassungen haben. Hierbei geht es vor allem um die Ereignisse in Polen. Da Du Dich ganz entschieden gegen jene wendest, deren Heuchelei in Sachen Polen keine Grenzen kennt, könnten wir uns ersparen, hier über die Kräfte zu sprechen, die sich zu „Verfechtern" der Interessen des polnischen Volkes aufschwingen, denen es in Wirklichkeit aber darum geht, Polen zu einem Herd der Spannungen in Europa zu machen.

Und dennoch, das Wirken dieser Kräfte darf man nicht aus den Augen verlieren. Sie, die in den USA, bei uns und anderswo zu finden sind, wollen ganz offensichtlich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme durch die Doktrin der Drohungen, der Einmischung und des kalten Krieges ablösen. (...)

Sie wollen – das ist mit vielen Fakten zu belegen – mit der Destabilisierung Polens und des sozialistischen Systems die Destabilisierung der Sicherheit Europas und folglich auch unseres Landes. (...)

Für uns ist völlig unverständlich, daß Du ein Gleichheitszeichen setzt zwischen dem in Polen gegenwärtig existierenden Militärrat und den Militärdiktaturen in Chile, El Salvador, der Türkei und anderen Staaten. Wir können die Auffassung nicht teilen, daß Militär gleich Militär ist und Militärre-

Antwortbrief der DKP an Petra Kelly
Nun, liebe Petra Kelly, etwas zu den von Dir aufgeworfenen Fragen, in denen wir ganz offensichtlich sehr unterschiedlichen Auffassungen haben. Hierbei geht es vor allem um die Ereignisse in Polen. Da Du Dich ganz entschieden gegen jene wendest, deren Heuchelei in Sachen Polen keine Grenzen kennt, könnten wir uns ersparen, hier über die Kräfte zu sprechen, die sich zu „Verfechtern" der Interessen des polnischen Volkes aufschwingen, denen es in Wirklichkeit aber darum geht, Polen zu einem Herd der Spannungen in Europa zu machen.
Und dennoch, das Wirken dieser Kräfte darf man nicht aus den Augen verlieren. Sie, die in den USA, bei uns und anderswo zu finden sind, wollen ganz offensichtlich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme durch die Doktrin der Drohungen, der Einmischung und des kalten Krieges ablösen. (...)
Sie wollen – das ist mit vielen Fakten zu belegen – mit der Destabilisierung Polens und des sozialistischen Systems die Destabilisierung der Sicherheit Europas und folglich auch unseres Landes. (...)
Für uns ist völlig unverständlich, daß Du ein Gleichheitszeichen setzt zwischen dem in Polen gegenwärtig existierenden Militärrat und den Militärdiktaturen in Chile, El Salvador, der Türkei und anderen Staaten. Wir können die Auffassung nicht teilen, daß Militär gleich Militär ist und Militärre-

gierung in jedem Falle militärischen Terror gegen das eigene Volk bedeutet. Es gibt grundsätzliche Unterscheidungsmerkmale zwischen dem polnischen Militärrat und den reaktionären Militärregimen in anderen Ländern.

In der Türkei, in Chile, El Salvador, Guatemala und anderen Ländern im Einflußbereich der USA enstanden Militärjunten durch die Beseitigung der jeweiligen verfassungsmäßigen Regierungen als Terrorinstrumente gegen die Volksmassen mit dem Ziel, die Profite für das nationale und internationale Großkapital zu erhalten und zu sichern.

In Polen dagegen beauftragte das zuständige Verfassungsorgan, der Staatsrat, die Armee mit der Wahrnehmung von Aufgaben, die der Sicherung der Verfassung und der sozialistischen Ordnung Polens dienen. Das Parlament als gesetzgebende Körperschaft stimmte diesen Vollmachten für das Militär zu. (...)

14 Monate lang wurde den Führern der „Solidarność" die Mitbestimmung bei der sozialistischen Überwindung der Schwierigkeiten Polens angeboten. Sie waren dazu zu keinem Zeitpunkt bereit, nicht weil die Massen, sondern weil die Regie im Hintergrund es nicht wollte. Sie wollten die Vertiefung von Krise und Anarchie, um, gestützt auf wachsende Not des Volkes, den Sozialismus zu beseitigen. (...)

... sind wir uns wohl darüber einig, daß die Bereitschaft, über alle unterschiedlichen Meinungen zu diskutieren, nicht dazu führen darf zu vergessen, daß das Wichtigste der gemeinsame Kampf für die gemeinsamen aktuellen Forderungen und Ziele ist. (...)

Mit solidarischen Grüßen
Martha Buschmann
– Mitglied des Präsidiums –

Mit Genossenschaften gegen Wohnungsnot?

Westberliner SPD will Wohnungsgesellschaften auflösen / Wiederbelebung der Bauvereine

nia. Westberlin. Der Skandal um die Geschäftspraktiken des Neue Heimat-Vorstands war für die Westberliner SPD Aufhänger, ein Papier zu veröffentlichen, das die Arbeitsgruppe ,,Städtische Wohnungsgesellschaften'' verfaßt hatte. Am 23.3. wurde es vom Landesvorstand auf einer Pressekonferenz erläutert.

Über die Neue Heimat, die Berlins größter Wohnungseigentümer ist, wird in der Studie allerdings kein Wort verloren. Kern des Papiers ist vielmehr die Kritik an den städtischen, d.h. senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften: ,,zu anonym, technokratisch und oft auch rücksichtslos bauen, verwalten und modernisieren sie in der Stadt.'' (Berliner Stimme, 6.3.82)

Der Vorschlag der SPD gliedert sich im wesentlichen in vier Punkte:

● ,,1. Alle städtischen Wohnungsgesellschaften werden als Institutionen der Verwaltung von Wohnungsbeständen aufgelöst. Die Bestände werden gemeinsam mit dem städtischen Wohnungsbestand in neu gegründete Genosssenschaften überführt. Dabei soll zunächst mit dem Bestand an Altbauwohnungen begonnen werden.''

57000 Altbauwohnungen – das sind über 10% des Althausbestandes – sind in Westberlin in der Hand von ganz oder teilweise senatseigenen Gesellschaften. Weitere 20000 Altbauwohnungen sind im Besitz des Landes oder der Bezirke und werden von den Grundstücksämtern der jeweiligen Bezirke verwaltet.

● ,,2. Für eine Übergangszeit bis 1990 bleiben städtische Wohnungsgesellschaften zur Verwaltung der Bestände im sozialen Wohnungsbau bestehen. Die Gesellschaften werden jedoch deutlich verkleinert. Sie verwalten jeweils die Neubaubestände einer bestimmten überschaubaren städtischen Region. Diese neuen Gesellschaften unterstehen der Aufsicht durch die Bezirksämter jener Bezirke, in denen sich die Wohnungen befinden. Die Mieter sind durch Vertreter ebenfalls an der Aufsicht zu beteiligen.

● 3. Die neuen regionalen Gesellschaften bleiben zunächst im Neubau und bei der Modernisierung weiterhin tätig. Nach Abschluß der Bautätigkeit sollen die Wohnungen jedoch unverzüglich in Genossenschaften überführt werden. Auch bei der Modernisierung müssen sich die Gesellschaften als Service-Unternehmen begreifen. Langfristig muß eine Konzentration der Neubautätigkeit durch städtische Gesellschaften auf ein bis zwei verbleibende Unternehmen in Anpassung an den kontinuierlichen Bedarf erfolgen.

● 4. Bei der Stadterneuerung durch städtische Wohnungsgesellschaften muß eine Abkehr vom Prinzip der ‚Eigentümer-Sanierung' und eine Hinwendung zur ‚Betreuungs-Sanierung' erfolgen.''

Ausgangspunkt der Vorschläge sind die Baugenossenschaften und Bauvereine der Zwanziger Jahre. Da sie die geschichtlichen Wurzeln der heutigen städtischen Wohnungsgesellschaften seien, müßten diese dahin zurückkehren, um wieder gemeinnützig zu werden, und zur Verwirklichung der Selbstbestimmung des Menschen auch in seiner Wohnung beizutragen. Genossenschaft bedeute die Bildung von Gemeinschaftseigentum in demokratischer Verwaltung bei Größenordnungen, die der Einzelne eigenverantwortlich überblicken kann und die ihm eine Identifikation erlauben. Gegenüber der von der CDU propagierten Umwandlung des Wohnungseigentums in Einzeleigentum verringere Gemeinschaftseigentum das materielle Risiko des einzelnen. Da bei Ausscheiden eines Mitglieds dieses nur das eingezahlte Kapital zurückerhalten soll, bleibe einerseits der Vermögenszuwachs der Gemeinschaft erhalten. Andererseits sei damit Spekulation ausgeschaltet und damit ,,das Krebsübel der gegenwärtigen Probleme im Wohnungsbereich für diesen Teil der Wohnhäuser beseitigt''.

Gedacht sind die Genossenschaften als Einheiten von mindestens 1000 (wegen der Wirtschaftlichkeit) bis maximal 3000 (aus Gründen der Überschaubarkeit) Wohnungen. Jedes Genossenschaftsmitglied soll 10-15% Eigenkapital für den Kaufpreis der Wohnung einbringen, für das er Genossenschaftsanteile erhält. Die verbleibende Kaufsumme soll nicht über Fremdfinanzierung aufgebracht werden, sondern nach und nach mit einer Verzinsung von 4%. Zu dieser Belastung kommen die umgelegten Kosten der laufenden gemeinsamen Bewirtschaftung; nach Ablauf der Tilgung bleiben diese alleine übrig. Wer nicht Mitglied in der Genossenschaft werden will, soll Mieter bleiben können, ohne aus seiner Wohnung zu fliegen. Für ihn sollen dieselben Bestimmungen bezüglich Mietpreisgestaltung und Mieterschutz gelten wie für andere Altbaumieter auch.

Reichlich makaber muten die Überlegungen zu den Realisierungschancen dieser Vorschläge an: Neben der Feststellung, daß in keiner anderen Stadt der Anteil an stadteigenen oder im Besitz von städtischen Gesellschaften befindlicher Wohnungen so hoch ist wie in Westberlin, fallen als Argumente: – Die bis 1990 geplante Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauten. Sie fördere die Bereitschaft, sich finanziell zu engagieren, um die Belastung für die Wohnung kalkulierbar zu halten. – In Berlin könne ,,der nahezu allgemeine Wunsch breiter Schichten nach dem eigenen Haus'' wegen des fehlenden Umlandes nur in geringem Umfang realisiert werden. – Die Modernisierungslücke im Berliner Altbau könne leichter geschlossen werden, weil durch Genossenschaften die Modernisierungsmaßnahmen an den individuellen Wünschen und finanziellen Möglichkeiten orientiert bleiben. – Sodann könnten durch Gemeinschaftseigentum ,,die in Berlin besonders verbreiteten negativen Merkmale einer ‚Mieter-Mentalität' '' am leichtesten überwunden werden, weil der Schritt vom Mieter zum Gemeinschaftseigentümer leichter sei als vom Mieter zum Einzeleigentümer.

Manches aus dem SPD-Papier kommt einem bekannt vor: kleine dezentrale Einheiten, Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit durch die einzelnen Mieter, Selbstbestimmung auch über die Wohnung, Ausschaltung von Fremdfinanzierung, stadteigene Baugesellschaften, Beseitigung der Spekulation,... Greift die SPD endlich Forderungen der Westberliner Mieterbewegung auf?

Es scheint nur so. Schaffung von alternativen – blockweise organisierten – Trägergesellschaften, und dabei Ansetzen am städtischen Bestand, um einen Teil der Wohnungsversorgung ,,aus der Marktlogik'' herauszubrechen und sie zu demokratisieren, wird im Mieterverein, in der AL und bei einem Teil der Mieterinitiativen als Möglichkeit diskutiert. Sie zielen damit aber nicht auf Genossenschaften ab, sondern haben die *Kommunalisierung der Wohnungsversorgung* im Auge: Das Eigentum der senatseigenen Gesellschaften soll in den Besitz der Stadt übergehen; der städtische Besitz soll in Erbpacht an die Hausgemeinschaften oder Träger gegeben werden. Die Träger haben nur Nutzungs- und Verfügungsrechte; die Verwertung erfolgt durch die Bezirke. Innerhalb des Gesamtbestandes soll ein Ausgleich des Mietniveaus oder der Erbpacht erfolgen, so daß die Beträge erschwinglich bleiben und trotzdem neue Ausgaben für die Wohnungsversorgung möglich werden.

,,Man vereinigte nämlich die Mieter eines Hauses zu einer Mietgenossenschaft, in der Absicht, ihnen das Haus nach dreißig Jahren zu freiem Eigentum zu übergeben, während die früher ausziehenden Mieter eine Abfindungssumme erhalten sollten. Später ergab es sich aber, daß die Mietgenossenschaften nicht die notwendige Verzinsung von sechs Prozent des Anlagekapitals herauswirtschafteten; (...) Zudem hatten die Mieter keine Neigung, die Grundstücke zu übernehmen, sondern zogen es vor, abgefunden zu werden. (...) Es war das Unzweckmäßige der Mietgenossenschaften für die große Stadt hierdurch klar geworden und führte dies zur Revision des Statuts. (...) Überblickt man nun die hier angeführten gemeinnützigen Einrichtungen zur Besserung der Wohnverhältnisse, so fällt zunächst für eine so große Stadt, in welcher die Wohnungsfrage seit einem halben Jahrhundert auf der Tagesordnung steht, die sehr geringe Ausdehnung ins Auge. (...) Die Ursache liegt zum großen Teil in dem teuren Grund- und Bodenwert, welcher direkte Opfer à fonds perdu erheischt, zu welchen sich sobald niemand zu verstehen scheint. Dies nötigt entweder entfernte Vororte mit billigerem Bauterrain aufzusuchen, oder die Mieten zu hoch anzusetzen. (...) Es ist aber nicht der teure Grund und Boden allein, welcher der gemeinnützigen Tätigkeit die wünschenswerten Erfolge versagt hat, sondern auch vielfach die Unausführbarkeit der gesteckten Ziele. ... daran haben die Versuche Schiffbruch erlitten, welche ... den Berliner Arbeiter an die ‚Scholle' fesseln wollten, ohne zu beachten, daß damit nur dem kleinen Teil der Arbeiterschaft gedient ist, welcher sich durch hohen Lohn oder eine ihm dauernd zusagende Tätigkeit an einen bestimmten Betrieb gefesselt fühlt. Was soll z.B. dem Bauarbeiter, der heute im Norden, nach einigen Monaten im Süden von Berlin beschäftigt ist, ein Eigenhaus nützen? Was eine Wohung mit einer erst nach Jahren eintretenden Mietvergünstigung? Aber ... (man) hat auch den richtigen Nutzen aus der Stastistik zu ziehen vergessen. Es kam nicht so sehr darauf an, *bessere* als billigere Wohnungen zu beschaffen.''

Geschrieben 1897! Nicht Vision über die Zukunft des SPD-Vorschlags. – Nachzulesen in: ,,Häuserkämpfe 1872/1920/1945/1982'', S. 105; R. Nitsche, Berlin 1981.

---

uwd. Stuttgart. - Über 1000 Menschen nahmen am Samstag, 20.3.1982, an der Kundgebung der Bundschuh-Genossenschaft gegen die geplante Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg (Main-Tauber-Kreis) in Stuttgart teil. ,,Im 5. Jahr des erfolgreichen Widerstands gegen das industriell-militärische Großprojekt kommt unser Kampf nun in die entscheidende Phase. Wir haben rechtzeitig alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausgeschöpft und sehen deshalb gute Chancen, das Projekt zu Fall zu bringen. Gerade jetzt ist es deshalb wichtig, daß unsere entschlossene Ablehnung weiterer Umweltzerstörung massenhaft zum Ausdruck kommt. Daimler Benz-Betriebsrat Willi Hoss sprach, trotz Repressalien des Daimler-Vorstandes gegen ihn, auf der Kundgebung. Die Plakat-Gruppe unterstützt die Bundschuh-Genossenschaft.



Hinweise zu den Arbeitsgruppen:

AG Fragen der Friedensbewegung

Die Arbeitsgruppe ,,Fragen der Friedensbewegung'' hatte am 20./21. Februar getagt. In der Diskussion über das Taschenbuch ,,Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik'' wurden die Probleme in der Analyse von NATO und Warschauer Pakt herausgearbeitet. Das Buch selber hat dieser Analyse eine vorausgehende, nicht bewiesene Implikation unterlegt: Der Warschauer Pakt und die Sowjetunion sind, im Gegensatz zur NATO, ein Militärbündnis mit friedlichem Charakter. Aus den 5 Vorschlägen, die für eine alternative Sicherheitspolitik gemacht wurden, ergaben sich einige Anregungen, im Hinblick auf eine Politik der Blockfreiheit (aber auch an anderen Stellen) waren die Aussagen jedoch reichlich verwaschen, so daß auch keine klare Konzeption erkennbar war.

Aus dieser Diskussion, wie auch über Polen und die weiteren Aufgaben der Friedensbewegung, ergab sich als Thema für das nächste Treffen der Arbeitsgruppe: die Außenpolitik der Sowjetunion, insbesondere im Hinblick auf ihre Europa-Politik, nach dem II. Weltkrieg und die sich daraus ergebende Militärstrategie und -doktrin. Als Ergänzung soll ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe ,,Sozialismus'' zu einem Referat über die innere Entwicklung der Sowjetunion eingeladen werden. Auf einzelne Teilaspekte der oben angesprochenen Thematik werden sich einzelne Teilnehmer der Arbeitsgruppe vorbereiten. Den Teilnehmern der AG werden hierzu in Kürze erste Unterlagen, Literaturangaben, Thesen o.ä. zugehen. Termin: 8./9. Mai, Beginn: 8. Mai, 14.00 Uhr.

Der darauffolgende Termin der Arbeitsgruppe soll sich mit der Außenpolitik der USA, der Militärstrategie der USA und der NATO befassen.

Veranstaltungen

Aachen
Sozialistische Kritik der Sowjetunion heute (Seminar). Von Sozialistischem Forum, GIM und KBW Aachen. Vorträge von Karl Schlögel, Hermann Dirkes (GIM) und Hans-Gerhart Schmierer (KBW) von 14.00 bis 17.30 Uhr. Diskussionsveranstaltung ab 19.30 Uhr. TH-Mensa, Turmstraße 3
Samstag, 27. März, ab 14.00 Uhr

Bremen
Demonstration gegen eine US-Intervention in El Salvador. Ab Hauptbahnhof
Samstag, 27.3., 11.00 Uhr

Iranisches Neujahrsfest. Veranstaltung der CIS (Conföderation Iranischer Studenten). Konsul Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34
Samstag, 27.3., 19.30 Uhr

Hamburg
Iranisches Neujahrsfest. Veranstaltung der CIS. Mensa der Universität, Schlüterstraße
Freitag, 26.3., 19.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 24. April, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag bis spätestens 16.00 Uhr

Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus
Beginn: Samstag, 24. April, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25. April gegen 16.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
siehe oben
Beginn: Samstag, 8. Mai, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag bis spätenstens 16.00 Uhr

Anmeldungen zur den Arbeitsgruppen spätestens eine Woche vorher

Arbeitsseminar **Staat und Revolution**
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Samstag, 29.5., bis Montag, 31.5.1982

Lektüre-Zirkel
Zur Vorbereitung des Arbeitsseminars. Texte: Lenin: Staat und Revolution · Carillo: Eurokommunismus und Staat · Poulantzas: Staatstheorie (VSA) · Bischoff (Hrsg.): Marxismus und Staat.
Beginn: Freitag, 9.4., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 11.4., 18.00 Uhr
Anmeldungen hierzu jeweils 14 Tage vorher

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Einem Teil der Auflage liegt ein Flugblatt des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., Sensbachtal bei.

Der „Schutzbund für das deutsche Volk" und einer der Mitinitiatoren

Der „Schutzbund" wurde am 31.1.1982 in Mainz gegründet, sein Manifest drucken wir unten ab. Als Professoren versuchen die Initiatoren, dieser ausländerfeindlichen und rassistischen Sumpfblüte einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Prof. Schmidt-Kaler – in Bochum Professor für Astronomie – ist einer der aktivsten Mitinitiatoren und Förderer dieses Unternehmens.

Das „Manifest" ist nicht das erste Dokument dieses Kreises, sondern die überarbeitete Fassung des „Heidelberger Manifest (HM)" vom 17. Juni 1981. Durch Umformulierung bzw. Streichung einzelner Passagen des HM sollte der rassistische und faschistische Charakter übertüncht werden, wie er in den folgenden Formulierungen des Heidelberger Manifestes zum Ausdruck kommt:

„... die *Unterwanderung* des Deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die *Überfremdung* unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums ... Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen *Systemeigenschaften*, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden.

Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger *Erhaltung unseres Volkes* nicht möglich und führt zu den bekannten *ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften*." (Hervorhebungen d.Verf.)

Einer der fleißigsten Publizisten der braunen Professorenriege, die sich als „wissenschaftlicher Beirat" dem Schutzbund andienert, ist der Bochumer Professor für Astronomie Schmidt-Kaler, der seine These vom „Aussterben des deutschen Volkes" in der Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament" vom 7.7.1979 unter dem Titel „Wie sicher sind unsere Renten?" auswalzen konnte. In der Zeitschrift „Geo" 12/80 führte Schmidt-Kaler, vorgestellt als „einer der profiliertesten deutschen Bevölkerungswissenschaftler" ein Streitgespräch mit dem damaligen Planungschef im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller, unter dem Titel „Sterben die Deutschen aus?". Dort spekulierte Schmidt-Kaler über die „notwendige Kinderzahl" pro Ehepaar, um den „Bestand unseres Volkes" zu sichern angesichts einer „drastischen Abnahme der Zahl der gebärfähigen Frauen", die er als das „grüne Holz des Volkes" titulierte. In einem Leserbrief zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung an die FAZ vom 14.8.1981 schlägt Schmidt-Kaler vor, Ausländern kein Kindergeld mehr zu zahlen, dann würden auch viele wieder ihre Kinder nach Hause schicken, ein „solcher Nebeneffekt kann nur als wohltätig angesehen werden."

„Durch Zuwanderer droht Bürgerkrieg – Bochumer: Schon 1990 kritischer Punkt" schlägt es einem auf Seite 3 der überregionalen WAZ vom 21.10.1981 entgegen. Schlußfolgerungen Schmidt-Kalers aus Rechenmodellen über die anhaltende Zuwanderung aus dem islamischen Raum und der sinkenden Geburtenzahl der einheimischen Bevölkerung. Was in der WAZ verschwiegen wird: Schmidt-Kaler entwickelte diese Thesen am 20.10.1981 in einer Rede vor dem Rhein-Ruhr-Klub

Titel „Wie sicher sind unsere Renten?" auswalzen konnte. In der Zeitschrift „Geo" 12/80 führte Schmidt-Kaler, vorgestellt als „einer der profiliertesten deutschen Bevölkerungswissenschaftler" ein Streitgespräch mit dem damaligen Planungschef im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller, unter dem Titel „Sterben die Deutschen aus?". Dort spekulierte Schmidt-Kaler über die „notwendige Kinderzahl" pro Ehepaar, um den „Bestand unseres Volkes" zu sichern angesichts einer „drastischen Abnahme der Zahl der gebärfähigen Frauen", die er als das „grüne Holz des Volkes" titulierte. In einem Leserbrief zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung an die FAZ vom 14.8.1981 schlägt Schmidt-Kaler vor, Ausländern kein Kindergeld mehr zu zahlen, dann würden auch viele wieder ihre Kinder nach Hause schicken, ein „solcher Nebeneffekt kann nur als wohltätig angesehen werden."
„Durch Zuwanderer droht Bürgerkrieg – Bochumer: Schon 1990 kritischer Punkt" schlägt es einem auf Seite 3 der überregionalen WAZ vom 21.10.1981 entgegen. Schlußfolgerungen Schmidt-Kalers aus Rechenmodellen über die anhaltende Zuwanderung aus dem islamischen Raum und der sinkenden Geburtenzahl der einheimischen Bevölkerung. Was in der WAZ verschwiegen wird: Schmidt-Kaler entwickelte diese Thesen am 20.10.1981 in einer Rede vor dem Rhein-Ruhr-Klub
in Düsseldorf, ein Gremium von Großindustriellen und Finanziers. Wohlwollende Unterstützung aus Kreisen der Großindustrie für Schmidt-Kaler gab es auch schon vorher: Die VW-Stiftung übergab dem Astronomischen Institut der Ruhr-Universität, dessen Geschäftsführer Schmidt-Kaler ist, in den Jahren 1979/80 25000 DM für ein Projekt „Untersuchungen zum Problem Bevölkerungsrückgang und Alterssicherungssystem". Über die publizistische Tätigkeit und Vergangenheit der übrigen Unterzeichner des „Heidelberger Manifests" und des Manifests vom 31.1.1982, die nicht identisch sind, gibt ausführlich Auskunft eine Dokumentation „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch!", zu beziehen beim AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studentenhaus, 463 Bochum.

Ein Interview Schmidt-Kalers im Januar durch das „Morgenmagazin" des WDR wurde zum Auslöser einer breiten Diskussion an der Ruhr-Universität über Schmidt-Kaler und das Heidelberger Manifest. Fachschaftsrat Physik und Astronomie, Assistentenschaft, Universitätsparlament und Rektorat distanzierten sich von den Äußerungen Schmidt-Kalers, es bildeten sich eine „Initiative Ausländer Willkommen" bei der ESG und ein „Arbeitskreis zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für reaktionäre Zwecke", zu dem 24 Professoren, die Assistentenschaft, die GEW und die ESG-Initiative öffentlich aufriefen.

Schmidt-Kaler trat daraufhin die Flucht nach vorn an und distanzierte sich vom Heidelberger Manifest in der ursprünglichen Fassung („... durch Indiskretion an die Öffentlichkeit ... Unterzeichnerfassung ... nur zur Gewinnung neuer Unterzeichner ...") und vom Schmutzbund und sandte dem Wissenschaftsministerium eine „autorisierte Fassung" des Manifestes (s.u.), einschließlich eines Maßnahmenkatalogs zur Ausländerpolitik, sozusagen zur Anregung. Diese Distanzierung erfolgte in einem Gespräch mit dem Rektor der Ruhr-Universität und das Rekatorat sah daraufhin die Angelegenheit als erledigt an. (Ruhr-Nachrichten vom 18.2.1982)

Erledigt ist aber gar nichts: Schmidt-Kaler und sein wissenschaftlicher Beirat sprechen nur das unverblümt aus,

nuar durch das „Morgenmagazin" des WDR wurde zum Auslöser einer breiten Diskussion an der Ruhr-Universität über Schmidt-Kaler und das Heidelberger Manifest. Fachschaftsrat Physik und Astronomie, Assistentenschaft, Universitätsparlament und Rektorat distanzierten sich von den Äußerungen Schmidt-Kalers, es bildeten sich eine „Initiative Ausländer Willkommen" bei der ESG und ein „Arbeitskreis zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für reaktionäre Zwecke", zu dem 24 Professoren, die Assistentenschaft, die GEW und die ESG-Initiative öffentlich aufriefen.
Schmidt-Kaler trat daraufhin die Flucht nach vorn an und distanzierte sich vom Heidelberger Manifest in der ursprünglichen Fassung („... durch Indiskretion an die Öffentlichkeit ... Unterzeichnerfassung ... nur zur Gewinnung neuer Unterzeichner ...") und vom Schmutzbund und sandte dem Wissenschaftsministerium eine „autorisierte Fassung" des Manifestes (s.u.), einschließlich eines Maßnahmenkatalogs zur Ausländerpolitik, sozusagen zur Anregung. Diese Distanzierung erfolgte in einem Gespräch mit dem Rektor der Ruhr-Universität und das Rekatorat sah daraufhin die Angelegenheit als erledigt an. (Ruhr-Nachrichten vom 18.2.1982)
Erledigt ist aber gar nichts: Schmidt-Kaler und sein wissenschaftlicher Beirat sprechen nur das unverblümt aus,
was Inhalt der Politik der herrschenden Parteien ist. NRW-Innenminister Schnoor (SPD) plädierte kürzlich öffentlich dafür, daß ausländische Arbeiter ihre Kinder nur bis 6 (sechs!) Jahren nachkommen lassen dürfen, um sie besser in den Schulen integrieren zu können. Westberlins Innensenator Lummer (CDU) verfügte am 20.11.1981 in einem Ausländererlaß ein Zuzugsverbot für Familienangehörige über 12 Jahre und im Ausland lebende Ehepartner. Ein weiterer Vorschlag Schmidt-Kalers „Einführung eines Strafbestandes Asylbetrug" ist nicht weit (vgl. KVZ 10/82 und 11/82). Es ist leicht, Schmidt-Kaler und Konsorten die Sprache des Untermenschen und der Herrenvölker nachzuweisen, aber entscheidend ist es, die reaktionären Maßnahmen der Regierungen auf den verschiedenen Ebenen zurückzuweisen.

uni.Bochum

weisen. uni.Bochum



Girgensohns Vorschlag wird mittlerweile schon von der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" fortgeführt. *(s. Seite 2)*

länderstopp" fortgeführt. (s. Seite 2)

Dokument

Manifest des „Schutzbundes für das deutsche Volk"

Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der – ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik – dazu führte, daß inzwischen 5 Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten. Offensichtlich ist es nicht gelungen, trotz Anwerbestopp den Zustrom zu begrenzen. Im Jahr 1980 hat allein die Zahl der gemeldeten Ausländer um 309000 zugenommen, davon 194000 Türken. Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären; die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.

Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung. Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hem-

nicht darüber befragt. Deshalb halten wir die Gründung einer parteipolitisch unabhängigen Arbeitsgemeinschaft für nötig, die eine möglichst allseitige Lösung eines Problems angeht – im Gespräch mit den verantwortlichen Politikern –, das gelöst werden muß, soll es nicht zur Schicksalsfrage für Gastarbeiter und Gastland werden. Was die Lösung dieses Problems so erschwert, ist die Tatsache, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die Fragesteller der Vorwurf des Nazismus erhoben wird. Wir betonen daher, daß wir bei allen Bemühungen um eine Lösung entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Links-Extremismus wenden.

Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht

möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden?

Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.

Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, die Beschäftigung von Gastarbeitern überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern – und nicht hier bei uns. Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre ange-

Dokument
Manifest des „Schutzbundes für das deutsche Volk"
Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der – ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik – dazu führte, daß inzwischen 5 Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten. Offensichtlich ist es nicht gelungen, trotz Anwerbestopp den Zustrom zu begrenzen. Im Jahr 1980 hat allein die Zahl der gemeldeten Ausländer um 309000 zugenommen, davon 194000 Türken. Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären; die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.
Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung. Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hem-
mungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch

nicht darüber befragt. Deshalb halten wir die Gründung einer parteipolitisch unabhängigen Arbeitsgemeinschaft für nötig, die eine möglichst allseitige Lösung eines Problems angeht – im Gespräch mit den verantwortlichen Politikern –, das gelöst werden muß, soll es nicht zur Schicksalsfrage für Gastarbeiter und Gastland werden. Was die Lösung dieses Problems so erschwert, ist die Tatsache, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendigen Fragen nicht mehr gestellt werden können, ohne daß gegen die Fragesteller der Vorwurf des Nazismus erhoben wird. Wir betonen daher, daß wir bei allen Bemühungen um eine Lösung entschieden auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Links-Extremismus wenden.
Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht
auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung"). Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden. „Jede Nation ist die einmalige Facette eines göttlichen Plans" (Solschenizyn). Die Vielvölkernation Schweiz hat am 5.4.1981 mit ihrer in freier Abstimmung der Wähler erzielten Entscheidung ein Modell gegeben.

Obgleich wir um den Mißbrauch des Wortes Volk wissen, müssen wir mit allem Ernst daran erinnern, daß das Grundgesetz vom Begriff „Volk" und zwar vom deutschen Volk ausgeht, und daß der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung den Amtseid leisten: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde." Wer diesem Eid seinen Sinn läßt, wird sich nicht dagegen wehren können, daß es das deutsche Volk ist, um dessen „Erhaltung" es geht. Wer aus diesem Begriff folgert, daß es auch nichterhaltenswerte Völker gäbe, interpretiert gegen die Regeln wissenschaftlicher Hermeneutik und mißdeutet gröblich unser Anliegen.

Wir scheuen uns auch nicht, daran zu erinnern, daß das von der Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgegebene Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik auf Schwerste gefährdet werden könnte. Wie soll Wiedervereinigung

möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden?
Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden? Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.
Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, die Beschäftigung von Gastarbeitern überflüssig zu machen, muß es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen. Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern – und nicht hier bei uns. Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre ange-
stammte Heimat – selbstverständlich ohne Zwangsmaßnahmen – wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten.

Nahezu keiner der Verantwortlichen und Funktionäre der großen gesellschaftlichen Körperschaften hat es gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen, geschweige denn, ein realistisches Konzept einer langfristigen Politik vorzuschlagen. Wir halten deshalb die Bildung einer überparteilichen Arbeitsgemeinschaft für notwendig, die allen Verbänden, Vereinigungen usw., die sich der Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, Kultur, Religion und Lebensweise widmen, aber auch Einzelpersonen Mitarbeit ermöglicht. Gerade wir Hochschullehrer, zu deren vornehmer Aufgabe und Pflicht es nach wie vor gehört, Ausländern (insbesondere aus der sogenannten Dritten Welt) eine zweckentsprechende und sinnvolle Ausbildung in unserem Lande zu ermöglichen, müssen aufgrund unserer beruflichen Legitimation auf den Ernst der Lage und die bedrohlichen Konsequenzen der im Gang befindlichen Entwicklung in aller Öffentlichkeit hinweisen.

Mainz, den 31.1.1982

Prof. Dr. phil. M. Bambeck (Frankfurt), Prof. Dr. rer.pol. R. Fricke (Karlsruhe), Prof. Dr. phil. W. Haverbeck (Vlotho), Prof. Dr. rer.nat. J. Illies (Schlitz), Prof. Dr. theol. P. Manns (Mainz), Prof. Dr. jur. H. Rasch (Bad Soden), Prof. Dr. rer.nat. W. Rutz (Bochum), Prof. Dr. rer.nat. Th. Schmidt-Kaler (Bochum), Prof. Dr. med. K. Schürmann (Mainz), Prof. Dr. phil. F. Siebert (Mainz), Prof. Dr. phil. G. Stadtmüller (München)



Die Autonomen Friedensgruppen in Osnabrück

gkr. 85 Friedensgruppen hatten sich angemeldet, weit mehr sind tatsächlich zu dem Arbeitstreffen autonomer Friedensgruppen am 20./21. März in Osnabrück erschienen. Die etwa 300 Teilnehmer diskutierten in vier Arbeitsgruppen und im Plenum über den Reagan-Besuch und die geplanten Aktionen dagegen, über die Militärelektronikausstellung IDEE in Hannover, die Möglichkeiten und Notwendigkeiten weiterer Koordination und Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen und über das Verhältnis der Friedensbewegung hier zu der in den Ländern des Warschauer Paktes, insbesondere in der DDR. Es war ein breites Spektrum von Friedensgruppen vertreten, von „Krieg dem Krieg"-Gruppen über Russell-Initiativen bis zu DKP-nahen Gruppen (die hier allerdings im Gegensatz z.B. zu dem Treffen am 6. Februar in Bonn weit in der Minderheit waren). Um so stärker waren dafür als politische Strömung KB und „Z"-Gruppen.

Der einzige Punkt, auf den man sich einigen konnte, war die Notwendigkeit einer Demonstration gegen den Nato-Gipfel und Reagan-Besuch am 10. Juni in Bonn. Trotz einiger kritischer Stimmen (u.a. von BBU-Sprecher Jo Leinen) hielten es die Teilnehmer für notwendig, einen eigenen Aufruf gegen den Aufruf der 37 Organisationen (siehe nebenstehend) zu verabschieden. Einerseits aus Kritik an dem vorgelegten Aufruf: „– mangelnde Präzisierung der Politik der Nato; – Orientierung auf die Genfer Vehandlungen als Voraussetzung für eine wirkliche Abrüstung" (so in dem Beschluß), andererseits auch, um eine Plattform für das eigene Selbstverständnis zu dieser Demonstration zu haben. So wurde auch ausdrücklich die Konferenz am 4. April, auf der endgültig über den Aufruf entschieden werden soll, als Entscheidungsorgan für alle, die eine Demonstration am 10. Juni mittragen wollen, akzeptiert.

Ausgehend von der Auffassung zumindest der Mehrheit der Versammel-
in der DDR. Es war ein breites Spektrum von Friedensgruppen vertreten, von „Krieg dem Krieg"-Gruppen über Russell-Initiativen bis zu DKP-nahen Gruppen (die hier allerdings im Gegensatz z.B. zu dem Treffen am 6. Februar in Bonn weit in der Minderheit waren). Um so stärker waren dafür als politische Strömung KB und „Z"-Gruppen.
Der einzige Punkt, auf den man sich einigen konnte, war die Notwendigkeit einer Demonstration gegen den Nato-Gipfel und Reagan-Besuch am 10. Juni in Bonn. Trotz einiger kritischer Stimmen (u.a. von BBU-Sprecher Jo Leinen) hielten es die Teilnehmer für notwendig, einen eigenen Aufruf gegen den Aufruf der 37 Organisationen (siehe nebenstehend) zu verabschieden. Einerseits aus Kritik an dem vorgelegten Aufruf: „– mangelnde Präzisierung der Politik der Nato; – Orientierung auf die Genfer Vehandlungen als Voraussetzung für eine wirkliche Abrüstung" (so in dem Beschluß), andererseits auch, um eine Plattform für das eigene Selbstverständnis zu dieser Demonstration zu haben. So wurde auch ausdrücklich die Konferenz am 4. April, auf der endgültig über den Aufruf entschieden werden soll, als Entscheidungsorgan für alle, die eine Demonstration am 10. Juni mittragen wollen, akzeptiert.

Ausgehend von der Auffassung zumindest der Mehrheit der Versammelten, es müsse sich am 10.6. um eine „Anti-Nato-Demonstration" handeln, wird die Nato-Politik ausführlich kritisiert. Das ist gut. Tatsächlich aber *beschränkt* sich der Aufruf auf die Nato, und das nicht nur, weil eben die Nato am 10.6. ihre Ratstagung in Bonn durchführt, sondern auch, weil, zumindest nach Auffassung der überwiegenden Mehrheit, die Kriegsgefahr gegenwärtig ausschließlich von der Nato ausgeht und von den mehr oder weniger selbständigen Kriegsvorbereitungen der BRD-Imperialisten. Was kann unter einer solchen Stoßrichtung anderes herauskommen als die Konfrontation: hie die CDU mit ihren Nato-Befürwortern am 5. Juni (sie legt es offensichtlich auf einen quantitativen Vergleich an) und dort die Nato-Gegner am 10. Juni. Angesichts der Ereignisse in Afghanistan und Polen (um nur die letzten Verbrechen der Sowjetunion zu nennen) ist das sicher kein politischer Fortschritt der Friedensbewegung, ja es steht zu befürchten, daß die positiven Aspekte einer blockübergreifenden Politik innerhalb der Friedensbewegung, wie sie auf der Demonstration am 10. Oktober zum Ausdruck kamen, hinter dieser einseitigen Ausrichtung „Anti-Nato" untergehen werden. Es sei hier die Schlußpassage des Aufrufs der „Autonomen" zitiert, die als einzige Passage zu beiden Blöcken Stellung nimmt und dabei noch weniger aussagt als die Passage des Aufrufs der 37 Organisationen – wobei hinter beide sich ohne weiteres die DKP stellen kann:

„Wir können uns aus der geographischen Lage zwischen den beiden Großmächten nicht befreien. Wir können aber dafür eintreten, daß wir weder für die Interessen der einen noch der anderen Großmacht den Kopf hinhalten und wir können verhindern, daß die Bundesrepublik die offene Interventions- und Kriegspolitik der USA und der Nato unterstützt. Wir haben keinerlei Vertrauen in die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allein eine starke Friedensbewegung kann zuammen mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Politik der USA und der Nato durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das ‚andere' Amerika ist längst zu einem mächtigen Vebündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Ausnahme und überall auf der Welt."

Der letzte Satz ist übriggeblieben gegenüber einem Antrag, der sich explizit auch gegen den anderen Block, den Warschauer Pakt, richtete und für Blockfreiheit eintrat. Die ganze Frontstellung, die so aufgebaut wird, ist wenig geeignet für eine Erweiteung der Friedensbewegung und wird den Reaktionären für ihre Argumentation gerade recht sein.

Die weitere Koordination der Gruppen soll in erster Linie regional verlaufen, insbesondere auch in Vorbereitung von Aktionen in der Woche vor dem Nato-Gipfel. Nach langen Mühen hat sich die Hamburger Friedenskoordination bereit erklärt, ein Info zu erstellen, allerdings ausschließlich unter dem Blickwinkel eines durchzuführenden Bundeskongresses der autonomen Friedensinitiativen und dessen Vorbereitung. Daß dieser stattfinden soll, ist zwar Wille der großen Mehrheit, aber jegliche Festlegung, auch von Zeit oder Ort, scheiterte an doch zu unterschiedlichen Vorstellungen. Einige Gruppen haben zwar den durchaus verständlichen und vernünftigen Wunsch nach engerer Zusammenarbeit, aber der wird nicht überall geteilt, und der allseitige Ruf nach inhaltlicher Auseinandersetzung verhallte in der Weite des inhaltlichen Spektrums, das sich auf diesem Treffen eingefunden hatte.

Gegen den Versuch, SPD-Parteitag, Ostermärsche, IDEE etc. jeweils zu *dem wichtigsten* zu machen, gab es höchstens unterschwellig ausgesprochene Kritik, aber es stellte sich eben praktisch heraus, daß das nicht gehen kann. Mir scheint eine überregionale Konzentration an wenigen Punkten (dazu gehört der Reagan-Besuch, dazu wird auch der 1. September gehören) das sinnvollste und ansonsten regionale oder überregionale Arbeitstreffen zu bestimmten Themen, dazu dann auch ein Info-Dienst. Für örtliche und regionale Aktionen gibt es genügend Anregungen.

Vertrackte Polensolidarität

Stiller Boykott der DGB-Jugend-Kundgebung am Karfreitag

acm. Außerdordentliche Probleme mit der Osterkundgebung der DGB-Jugend dürfte es geben. Es war schon relativ überraschend, daß der Bundesjugendausschuß die Polensolidarität zum Kernpunkt dieser Kundgebung machen wollte. Und offensichtlich hat die Bekanntgabe von *Einstimmigkeit* auch nichts damit zu tun, daß dieser Beschluß und die Kundgebung von allen Kräften in der DGB-Jugend getragen wird. Jedenfalls ist von einer Mobilisierung in den meisten Städten nichts zu hören und zu sehen.

Die Einstimmigkeit ist tatsächlich unreal. Der Hintergrund der Beschlußfassung ist nach dem was wir wissen, etwa folgender: Die Abteilung Jugend beim DGB-Vorstand ist für diese Kundgebung im Bundesjugendausschuß eingetreten. Vertreter bei der IGM und der GGLF haben sich gleich der Abstimmung enthalten, andere sind nach dem Motto verfahren: kann ruhig beschlossen werden, wir machen eh nichts dazu, dann wird auch entsprechend wenig rauskommen. Aktiv getragen wurde und wird der Beschluß wohl nur von der Jugend der IG Bergbau und Energie, der IG Chemie und der Bau, Steine, Erden. Im Grunde ist der Beschluß ein Votum der Minderheit, gegen das die Mehrheit nur nicht *direkt* vorgeht, um dem offiziellen Krach aus dem Wege zu gehen. Dafür wird in der Praxis boykottiert.

Seit der Bundesjugendkonferenz haben sich die Fronten also nicht entspannt, sondern werden nur auf besondere Weise gepflegt. Die Herausgeber der „Solidarität", der Jugendzeitung des DGB, hatten noch im Februar eine Extraausgabe zur Unterstützung der Solidarność herausgegeben – für viele politische Kräfte der Jugendfunktionäre in den Einzelgewerkschaften der absolute Affront. Die Reaktion – auch schon auf der Bundesjugendkonferenz erprobt – lautet, die DGB-Jugend links liegen lassen, die Politik wie man sie für richtig hält in den Einzelgewerkschaften vorantreiben, den Auseinandersetzungen um die Streitpunkte also aus dem Wege gehen. So macht's jetzt die IGM, die ÖTV – die jeweils ihre entfaltete Jugendarbeit haben. Und in diesen Jugendfunktionärskreisen herrscht keineswegs die Polensolidarität vor – im Gegenteil. Reagan, Nicaragua, Türkei sind die Trumpfasse, um die Taten der Sowjetunion außen vor zu lassen. Die Kader der DKP tun sowieso schon die ganze Zeit das übrige dazu. Stehendes Argument (und bekannt): Mit der Kundgebung wird die Friedensbewegung gespalten.

Was also die jetzige Lage auszeichnet, ist nicht nur die Gefährdung der Kundgebung in Dortmund, sondern die Tendenz der Verwandlung der DGB-Jugend in eine leere Hülle, wo vielleicht noch viel beschlossen wird, aber in der Praxis nichts mehr bei rum kommt.

Wenn man die Kundgebung unterstützen will – und das sollte man – dann kann man sich auf nichts verlassen. Plakate sind kaum zu kriegen, Eintrittskarten (10 DM) sind teilweise nur über den DGB-Bundesvorstand erhältlich, Busse werden nur bei Quotenerfüllung angemietet – und die wird mangels Mobilisierung nicht erreicht.

Was bleibt ist, daß die Aktivisten an den Orten noch einigermaßen was machen, sonst wird das Kalkül der „Verweigerer" wohl aufgehen. Ganz zu ändern ist das scheints auch nicht mehr, denn die politische Kräftekonstellation ist halt so. Über die Kundgebung selbst wird sie nicht aufgebrochen werden.

„Ostern '82: Für Frieden und Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen"

– Kundgebung der DGB-Jugend –
Dortmund, 9.4. Westfalenhalle, 19.00 Uhr

Redner u.a.: Bisch H. Frenz, amnesty international, O. Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken
Künstler u.a.: Wolf Biermann, Gebrüder Engel, Stefan Heym, Erich Fried

Aufruf zur Demonstration gegen den NATO-Gipfel am 10.6. (Entwurf)
Im folgenden drucken wir den Aufruf zu einer Demonstration am 10. Juni anläßlich des Nato-Gipfels in Bonn und des Reagan-Besuchs ab. Der Aufruf wurde am 16. März von 37 Organisationen beraten und als Vorschlag an alle die Gruppen gerichtet, die die De-
USA wächst die Friedensbewegung. Das ‚andere' Amerika ist längst zu einem mächtigen Vebündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Ausnahme und überall auf der Welt."
Der letzte Satz ist übriggeblieben gegenüber einem Antrag, der sich explizit auch gegen den anderen Block, den Warschauer Pakt, richtete und für Blockfreiheit eintrat. Die ganze Frontstellung, die so aufgebaut wird, ist wenig geeignet für eine Erweiteung der Friedensbewegung und wird den Reaktionären für ihre Argumentation gerade recht sein.
Die weitere Koordination der Gruppen soll in erster Linie regional verlaufen, insbesondere auch in Vorberei-
führen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.
Die weltweite Aufrüstung hat unvor-
seitige Ruf nach inhaltlicher Auseinandersetzung verhallte in der Weite des inhaltlichen Spektrums, das sich auf diesem Treffen eingefunden hatte.
Gegen den Versuch, SPD-Parteitag, Ostermärsche, IDEE etc. jeweils zu dem wichtigsten zu machen, gab es höchstens unterschwellig ausgesprochene Kritik, aber es stellte sich eben praktisch heraus, daß das nicht gehen kann. Mir scheint eine überregionale Konzentration an wenigen Punkten (dazu gehört der Reagan-Besuch, dazu wird auch der 1. September gehören) das sinnvollste und ansonsten regionale oder überregionale Arbeitstreffen zu bestimmten Themen, dazu dann auch ein Info-Dienst. Für örtliche und regionale Aktionen gibt es genügend Anregungen.
zur tatsächlichen Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West führen. Die angebliche Null-Option des amerikanischen Präsidenten führt nicht zu diesem Ziel. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.
Frieden ist für uns mehr, als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit und die Achtung der Menschenrechte.
Wir wenden uns mit aller Entschie-
direkt vorgeht, um dem offiziellen Krach aus dem Wege zu gehen. Dafür wird in der Praxis boykottiert.
Seit der Bundesjugendkonferenz haben sich die Fronten also nicht entspannt, sondern werden nur auf besondere Weise gepflegt. Die Herausgeber der „Solidarität", der Jugendzeitung des DGB, hatten noch im Februar eine Extraausgabe zur Unterstützung der Solidarność herausgegeben – für viele politische Kräfte der Jugendfunktionäre in den Einzelgewerkschaften der absolute Affront. Die Reaktion – auch schon auf der Bundesjugendkonferenz erprobt – lautet, die DGB-Jugend links liegen lassen, die Politik wie man sie für richtig hält in den Einzelgewerkschaften vorantreiben, den Auseinandersetzungen um die Streitpunkte also
Amerika und der amerikanischen Friedensbewegung, die am 12. Juni eine Großdemonstration für Frieden und Abrüstung durchführt.
Kommt alle zur internationalen Großdemonstration am 10.6. in Bonn.
– Wir fordern das Einfrieren der Rüstungsausgaben in Ost und West
– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa
– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre
DGB-Jugend in eine leere Hülle, wo vielleicht noch viel beschlossen wird, aber in der Praxis nichts mehr bei rum kommt.
Wenn man die Kundgebung unterstützen will – und das sollte man – dann kann man sich auf nichts verlassen. Plakate sind kaum zu kriegen, Eintrittskarten (10 DM) sind teilweise nur über den DGB-Bundesvorstand erhältlich, Busse werden nur bei Quotenerfüllung angemietet – und die wird mangels Mobilisierung nicht erreicht.
Was bleibt ist, daß die Aktivisten an den Orten noch einigermaßen was machen, sonst wird das Kalkül der „Verweigerer" wohl aufgehen. Ganz zu ändern ist das scheints auch nicht mehr, denn die politische Kräftekonstellation ist halt so. Über die Kundgebung selbst wird sie nicht aufgebrochen werden.

Aufruf zur Demonstration gegen den NATO-Gipfel am 10.6. (Entwurf)

Im folgenden drucken wir den Aufruf zu einer Demonstration am 10. Juni anläßlich des Nato-Gipfels in Bonn und des Reagan-Besuchs ab. Der Aufruf wurde am 16. März von 37 Organisationen beraten und als Vorschlag an alle die Gruppen gerichtet, die die Demonstration am 10. Oktober in Bonn unterstützt haben. Er soll am 4. April bei einem erneuten Treffen in Bonn endgültig verabschiedet werden. Eine stärkere Bezugnahme auf die Politik der Nato und die Rolle der BRD wurde mit Mehrheit abgelehnt, ebenso wie ein Bezug auf die Person Reagan. Verworfen wurde auch die Kritik an der zu starken Orientierung auf die „Verhandlungen" und die Regierungen als Adressaten der Forderungen besonders des Aufrufs.

Ersichtlich ist der Aufruf ein mühsam ausgehandelter Balance-Akt; ersichtlich vor allem an den Passagen zu Polen und Afghanistan: einerseits die richtige Forderung der Grünen, zu Polen Stellung zu nehmen, um als Friedensbewegung glaubhaft zu sein, andererseits der Druck der DKP und ihr nahestehender Organisationen, keine Verurteilung des Jaruzelski-Regimes vorzunehmen. Gegenwärtig sind derlei „Kompromisse" wohl noch notwendig, nicht so sehr wegen der DKP, sondern weil ein breites Spektrum in der Friedensbewegung noch nicht bereit ist, die Sowjetunion und ihre aggressive Politik mit derselben Deutlichkeit zu verurteilen, wie dies gegenüber der Supermacht USA selbstverständlich ist.

•

Trotz der weltweit stattfindenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden Abrüstungskonferenz der UNO in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfelkonferenz durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die achtziger Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Wahrschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine Generation neuer atomarer Kriegsführungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1000 Milliarden DM für Rüstung ausgegeben. Diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt, wo jedes Jahr Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern auf engstem Raum mehr Atomwaffen, als sonst irgendwo auf der Welt. Neuartige Waffensysteme und die damit verbundene Strategie des begrenzten Atomkriegs erhöhen die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die atomare Bedrohung wird bei den Genfer Verhandlungen zwischen USA und UdSSR nur dann verringert, wenn sie zur tatsächlichen Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West führen. Die angebliche Null-Option des amerikanischen Präsidenten führt nicht zu diesem Ziel. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr, als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit und die Achtung der Menschenrechte.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika und in anderen Teilen der Welt. Die Grausamkeiten, die von proamerikanischen Marionettenregierungen dort tagtäglich an wehrlosen Menschen begangen werden und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns sind Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nr. 1 zu werden.

Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung in der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für eine Aufhebung des Kriegsrechts und für eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen benutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt und jegliche ausländische Einmischung beendet.

Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Deshalb rufen Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5.–12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf. Dies ist auch der Ausdruck unserer Verbundenheit mit dem „anderen" Amerika und der amerikanischen Friedensbewegung, die am 12. Juni eine Großdemonstration für Frieden und Abrüstung durchführt.

Kommt alle zur internationalen Großdemonstration am 10.6. in Bonn.

– Wir fordern das Einfrieren der Rüstungsausgaben in Ost und West
– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa
– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in Ost- und Westeuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
– Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden.
– Wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Null-Lösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen erreicht wird.

Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchsetzung all dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Bonn 16.3. Vorbereitungstreffen des Trägerkreises des 10.10.

(Anwesend waren Vertreter folgender Gruppen: DFG/VK, Aktion Sühnezeichen, BBU, SHB, KOFAZ, SDAJ, Christen für Abrüstung, DKP, DFU, VVN, ESG, Hamburger Friedenskoo., Grüne, SB, IB Nicaragua, Informationsstelle Lateinamerika, LHV, Informationsstelle für Friedensarbeit, Anti-Interventionsbewegung, AGDF, Föderation Gewaltfreier Gruppen, Ohne Rüstung leben, Russell-Gruppen, Judos, Jusos, Service Zivil International, MG, MSB Spartakus, AL Berlin, vds, Frauen für den Frieden, SJD – Die Falken und ein Beobachter des Göttinger AKs)

Verunsicherung in Südafrikas Regierungspartei

Daß sie die Befreiungs- und Gewerkschaftsbewegung nicht hat kaputtmachen können, wurde der Regierung in diesen Wochen an mehreren Ereignissen vor Augen geführt. Sie sucht nach Wegen, die Apartheid über die Runden zu retten. Den alten Kämpfern um Treurnicht ist der Rassismus des Premiers Botha zu liberal.

Einen großen Krach hat es in den vergangenen Wochen in der herrschenden Partei Südafrikas, der National Party (NP), gegeben. In einer spektakulären Aktion ist der Minister für den öffentlichen Dienst, Andries Treurnicht, gegen Premierminister Botha zu Felde gezogen. Bei dem Streit geht es um die Frage, wie das System der getrennten Entwicklung der verschiedenen Rassen in Südafrika, die Apartheid, über die Zeit gerettet werden kann. Botha und mit ihm die übergroße Mehrheit in der NP wollen gegen den sich verschärfenden Widerstand der unterdrückten Rassen, der Schwarzen, Mischlinge und Inder, an der Apartheid einige kosmetische Korrekturen anbringen: Inder und Mischlinge sollen durch die Beteiligung an einem „President-Council" oder Kabinettsrat aus der Front gegen das Regime herausgebrochen werden. Dieser Kabinettsrat soll aus zehn Weißen und zehn Indern und Mischlingen bestehen. Dieser Rat würde keinerlei Einfluß auf die Gesetzgebung und die Kontrolle des Staatsapparats haben, nicht einmal ein Anhörungsrecht. Die Mitglieder würden von der Regierung ernannt und nicht gewählt.

Selbst diese bedeutungslose Kosmetik wird von Treurnicht abgelehnt. Er und seine Anhänger sehen durch jede, auch noch so unwesentliche Konzession gegenüber den unterdrückten Rassen und Gruppen die weiße Vorherrschaft gefährdet. Sie verweisen auf die ehemaligen Kolonien in Afrika, deren Befreiungskampf auch von solchen Zugeständnissen erleichtert worden sei. Treurnicht konnte sich aber in der Partei nicht durchsetzen, die große Mehrheit unterstützt weiterhin Botha, was nicht heißt, daß dessen Politik einen Deut besser wäre. 22 von 131 Parlamentsabgeordneten der Nationalen Partei haben für Treurnicht gestimmt. Die absolute Mehrheit im 165-Sitze-Parlament hat er damit nicht brechen können, so daß für ihn nur die Wahl blieb, entweder eine neue Oppositionspartei zu bilden oder sich mit der offen faschistischen Herstigte (wieder hergestellte) Nasionale Party (HNP) zusammenzutun, deren Programmatik er

(Zusammen mit 7000 Anhängern hat Treurnicht inzwischen die „Konservative Partei Südafrikas" (CPSA) gegründet. Red.)

Der wahre Hintergrund für diesen Krach ist aber nicht in den Personen Botha und Treurnicht zu suchen, sondern im Aufschwung des Befreiungskampfes im letzten Jahr und dem verzweifelten Suchen des weißen Siedlerregimes nach einer Antwort darauf. In dieser Situation stehen sich dann die beiden Konzepte gegenüber.

Die Boykottkampagne gegen die Wahlen zum SAIC

Ein Beispiel für diesen Aufschwung ist die Boykottkampagne gegen die Wahlen zum South African Indian Council

und so dem Regierungsmanöver eine klare Absage erteilten. Das Ergebnis ist um so bedeutsamer, da ja die soziale Stellung der meisten Inder sich von der der Schwarzen unterscheidet; als Händler und kleine Gewerbetreibende könnten sie am ehesten dazu neigen, sich mit dem Rassistenregime zu arrangieren. Dieses Wahlergebnis zeigt aber, daß sich die übergroße Mehrheit der Inder als Unterdrückte sieht und in den anderen unterdrückten Rassen ihre Bündnispartner sucht.

Der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung

Diese bedeutsame Angelegenheit für den Befreiungskampf in Azania wurde in den letzten Wochen an einem sehr traurigen Beispiel klar: dem Mord an Neil Aggett, Sekretär für die Provinz Transvaal der African Food and Canning Workers Union, einer der ältesten und kampferprobtesten Gewerkschaften in Azania. Neil Aggett war zusammen mit vielen anderen Gewerkschaftern, Community-Führern und Studenten im November letzten Jahres verhaftet worden und unter Artikel 6 des Anti-Terrorismus-Gesetzes in Isolationshaft gehalten worden. Die Sicherheitspolizei versucht, bestimmte Führer der Bewegung für Schauprozesse gegen die Bewegung herzurichten, d.h. so lange zu foltern und zu brechen, bis sie gegen die eigenen Genossen und Freunde aussagen. Neil Aggett

ner einheitlichen Front gegen das Regime. Fahnen des verbotenen ANC führten die Demonstration an, Parolen wie „Amandla Ngawethu" (Alle Macht dem Volke) und „One Azania, one nation" ertönten.

Das Rassistenregime hat aber nicht aufgehört, den Versuch der Zerschlagung dieser Bewegung fortzusetzen. Nach dem Mord an Aggett mußten sie auf den öffentlichen Druck hin mehrere Gefangene in Krankenhäuser einliefern, die durch die Isolationsfolter auch dem Tode nahe waren. Unter ihnen ist auch Thozamile Gqeta, der für die Black-Consciousness-Bewegung fast eine solche Bedeutung als Führer hat wie früher Steve Biko.

Weitere Einschränkung der Pressefreiheit geplant

Die südafrikanische Regierung hatte im letzten Jahr eine Kommission eingesetzt, die die Bedrohung der Sicherheit durch die Presse des Landes untersuchen sollte. Herausgekommen ist das gewünschte Ergebnis: Die Kommission sieht Südafrika „einem totalen Angriff der sozialistischen Länder, des Westens, der Dritten Welt und der Kirchen ausgesetzt". Die Steyn-Kommission macht verschiedene Vorschläge, um die eh schon restriktive Pressefreiheit im Land noch weiter einzuschränken. Schon heute darf nur mit Genehmigung des Militärs oder der Staatssicherheit über sicherheitsempfindliche

All diese Probleme und Entwicklungen (und bestimmt noch einige mehr, wie die Verstärkung des bewaffneten Kampfes, auf die aber hier noch nicht eingegangen werden kann), bilden den Hintergrund für die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungspartei in Südafrika. Die weiße Minderheit sucht nach einem Ausweg, und Kräfte wie die HNP und Minister Treurnicht wollen die rassistische Politik Bothas noch verschärfen. Sie können sich dabei auf das Kleinbürgertum, die Farmer und große Teile der weißen Arbeiter stützen, für die jegliche Verbesserung im Standard der schwarzen Mehrheit eine Bedrohung ihrer eigenen Position ist. Botha selbst bemüht sich mit einigem Erfolg um Unterstützung der Großkapitalisten und ausländischen Konzerne für eine „gemäßigte Apartheid".

All dies kann aber auch nicht über eine große Verunsicherung und Furcht vor der zukünftigen Entwicklung innerhalb der weißen Bevölkerung hinwegtäuschen. Ganze Familien verlassen das Land, weil sie die Politik der Regierung nicht mitmachen wollen, die für viele ja durch den Krieg direkt lebensgefährlich ist. In den nördlichen Grenzgebieten Südafrikas ist die Situation schon fast so wie in Rhodesien zur Zeit des Krieges: verlassene Farmen, und wer geblieben ist, läuft nur noch bewaffnet herum.

Thomas Siepelmeyer



(SAIC), ein sogenanntes Selbstverwaltungsorgan der indischen Bevölkerungsgruppe. Alle unabhängigen Organisationen der Inder, vor allem der Natal Indian Congress (NIC), riefen dazu auf, dieser einzig vom Wohlwollen der weißen Rassistenregierung abhängigen Institution die Stimme zu verweigern. Unterstützt wurden sie dabei von den Organisationen der Schwarzen und Mischlinge, der Gewerkschaften und Community-Groups. Unter der Losung: „Eine Stimme für den SAIC ist eine Stimme für die Apartheid" wurde trotz Behinderung und Schikanierung durch die Sicherheitskräfte eine große Kampagne eingeleitet. Diese führte am

war einer von denen, die dafür vorgesehen waren, doch konnten sie ihn dazu nicht zwingen, so daß sie die schon oft gespielte Geschichte vom Selbstmord des Gefangenen wieder aufführten. Aggett war einer der Führer der Gewerkschaften, die auf eine einheitliche Front der staatsunabhängigen Gewerkschaftsbewegung hinarbeiteten und auch schon bestimmte Erfolge in dieser Hinsicht im letzten Jahr erzielt haben. Seine Beerdigung gestaltete sich dann auch zu einer Demonstration der Gewerkschaftseinheit: Alle unabhängigen Gewerkschaften unterstützten den landesweiten Trauerstreik, beteiligten sich an der großen Demonstration

Angelegenheiten geschrieben werden, dürfen Bilder von Internierten nicht veröffentlicht werden usw. Jetzt sollen auch noch alle Berichte verboten werden, die sich irgendwie günstig gegenüber den verbotenen Befreiungsorganisationen ANC und PAC äußern. Kritik an der Isolationshaft soll es nicht mehr geben. Artikel, die Südafrika in einem revolutionären Umbruch sehen, werden verboten. Berichte und Informationen über den schwarzen Widerstand gegen die Apartheid werden zensiert.

Gegen die Gewerkschaft der Medienarbeiter (MWASA) soll nach Meinung der Steyn-Kommission vorgegan-

Nachrichten aus Polen

gek. Ergebnislos sind offensichtlich die Gespräche geblieben, die die Vertreter des Militärregimes, zuerst Arbeitsminister Ciosek, danach Vize-Ministerpräsident Rakowski, mit dem inhaftierten Führer der „Solidarität", Lech Walesa, geführt haben. Walesa hat es abgelehnt, sich als Galionsfigur einer Regime-Gewerkschaft zur Verfügung zu stellen; ebenso hat er das „Angebot", ins Exil zu gehen, zurückgewiesen. Zur Taufe seiner neugeborenen Tochter erhielt er keinen Ausgang. 30000 sollen sich vor der Kirche zu Danzig versammelt haben. – Die Untergrundführung der „Solidarität" hat, nach informellen Berichten, eine Verhandlungslösung mit dem Regime nicht prinzipiell ausgeschlossen. Es sollen sogar indirekte Kontakte mit der Regierung stattgefunden haben. – Währenddessen hat ein Funktionär der Branchengewerkschaften auf dem Moskauer Gewerkschaftskongreß die volle Wiederherstellung der alten Gewerkschaften verlangt, von seinem Publikum dafür demonstrativ applaudiert. – Aufgelöst worden ist durch Verfügung des Militärrats der Journalistenverband. Einige Kreaturen haben bereits einen neuen Verband gegründet. Bratkowski, der Vorsitzende des aufgelösten Verbandes, ist in Warschau vor die Öffentlichkeit getreten und hat gerichtlich Widerspruch angekündigt. – Währenddessen hat Jaruzelski dem in einem Warschauer Kran-

sollen durch die Beteiligung an einem „President-Council" oder Kabinettsrat aus der Front gegen das Regime herausgebrochen werden. Dieser Kabinettsrat soll aus zehn Weißen und zehn Indern und Mischlingen bestehen. Dieser Rat würde keinerlei Einfluß auf die Gesetzgebung und die Kontrolle des Staatsapparats haben, nicht einmal ein Anhörungsrecht. Die Mitglieder würden von der Regierung ernannt und nicht gewählt.

Selbst diese bedeutungslose Kosmetik wird von Treurnicht abgelehnt. Er und seine Anhänger sehen durch jede, auch noch so unwesentliche Konzession gegenüber den unterdrückten Rassen und Gruppen die weiße Vorherrschaft gefährdet. Sie verweisen auf die ehemaligen Kolonien in Afrika, deren Befreiungskampf auch von solchen Zugeständnissen erleichtert worden sei. Treurnicht konnte sich aber in der Partei nicht durchsetzen, die große Mehrheit unterstützt weiterhin Botha, was nicht heißt, daß dessen Politik einen Deut besser wäre. 22 von 131 Parlamentsabgeordneten der Nationalen Partei haben für Treurnicht gestimmt. Die absolute Mehrheit im 165-Sitze-Parlament hat er damit nicht brechen können, so daß für ihn nur die Wahl blieb, entweder eine neue Oppositionspartei zu bilden oder sich mit der offen faschistischen Herstigte (wieder hergestellte) Nasionale Party (HNP) zusammenzutun, deren Programmatik er jetzt sehr nahe kommt. Die HNP erhielt bei den letzten Parlamentswahlen 14% der Stimmen, aber keinen Sitz.



(SAIC), ein sogenanntes Selbstverwaltungsorgan der indischen Bevölkerungsgruppe. Alle unabhängigen Organisationen der Inder, vor allem der Natal Indian Congress (NIC), riefen dazu auf, dieser einzig vom Wohlwollen der weißen Rassistenregierung abhängigen Institution die Stimme zu verweigern. Unterstützt wurden sie dabei von den Organisationen der Schwarzen und Mischlinge, der Gewerkschaften und Community-Groups. Unter der Losung: „Eine Stimme für den SAIC ist eine Stimme für die Apartheid" wurde trotz Behinderung und Schikanierung durch die Sicherheitskräfte eine große Kampagne eingeleitet. Diese führte am Wahltag, dem 4. November 1981, dazu, daß gerade 10% der wahlberechtigten 300000 Inder ihre Stimme abgaben

war einer von denen, die dafür vorgesehen waren, doch konnten sie ihn dazu nicht zwingen, so daß sie die schon oft gespielte Geschichte vom Selbstmord des Gefangenen wieder aufführten. Aggett war einer der Führer der Gewerkschaften, die auf eine einheitliche Front der staatsunabhängigen Gewerkschaftsbewegung hinarbeiteten und auch schon bestimmte Erfolge in dieser Hinsicht im letzten Jahr erzielt haben. Seine Beerdigung gestaltete sich dann auch zu einer Demonstration der Gewerkschaftseinheit: Alle unabhängigen Gewerkschaften unterstützten den landesweiten Trauerstreik, beteiligten sich an der großen Demonstration während der Beerdigung und bekräftigten, daß dieser Tod sie nur noch mehr bestärke in ihrer Suche nach ei-

Angelegenheiten geschrieben werden, dürfen Bilder von Internierten nicht veröffentlicht werden usw. Jetzt sollen auch noch alle Berichte verboten werden, die sich irgendwie günstig gegenüber den verbotenen Befreiungsorganisationen ANC und PAC äußern. Kritik an der Isolationshaft soll es nicht mehr geben. Artikel, die Südafrika in einem revolutionären Umbruch sehen, werden verboten. Berichte und Informationen über den schwarzen Widerstand gegen die Apartheid werden zensiert.

Gegen die Gewerkschaft der Medienarbeiter (MWASA) soll nach Meinung der Steyn-Kommission vorgegan-gen werden, ebenso soll die wichtigste Zeitung der schwarzen Massen, „The Sowetan", verboten werden.

Nachrichten aus Polen

gek. Ergebnislos sind offensichtlich die Gespräche geblieben, die die Vertreter des Militärregimes, zuerst Arbeitsminister Ciosek, danach Vize-Ministerpräsident Rakowski, mit dem inhaftierten Führer der „Solidarität", Lech Walesa, geführt haben. Walesa hat es abgelehnt, sich als Galionsfigur einer Regime-Gewerkschaft zur Verfügung zu stellen; ebenso hat er das „Angebot", ins Exil zu gehen, zurückgewiesen. Zur Taufe seiner neugeborenen Tochter erhielt er keinen Ausgang. 30000 sollen sich vor der Kirche zu Danzig versammelt haben. – Die Untergrundführung der „Solidarität" hat, nach informellen Berichten, eine Verhandlungslösung mit dem Regime nicht prinzipiell ausgeschlossen. Es sollen sogar indirekte Kontakte mit der Regierung stattgefunden haben. – Währenddessen hat ein Funktionär der Branchengewerkschaften auf dem Moskauer Gewerkschaftskongreß die volle Wiederherstellung der alten Gewerkschaften verlangt, von seinem Publikum dafür demonstrativ applaudiert. – Aufgelöst worden ist durch Verfügung des Militärrats der Journalistenverband. Einige Kreaturen haben bereits einen neuen Verband gegründet. Bratkowski, der Vorsitzende des aufgelösten Verbandes, ist in Warschau vor die Öffentlichkeit getreten und hat gerichtlich Widerspruch angekündigt. – Währenddessen hat Jaruzelski dem in einem Warschauer Kran-kenhaus liegenden früheren Parteichef Gomulka einen demonstrativen Besuch abgestattet.

Erklärung der Universität Bir Zeit im besetzten Westjordanien

Die Universität Bir Zeit im besetzten Westjordanland ist ein Hauptziel der Angriffe der israelischen Besatzer. Am 16. Februar verfügte der Zivilgouverneur erneut ihre Schließung. Wir veröffentlichen in Auszügen die von der Universität dazu herausgegebene Erklärung:

Die zweite Schließung innerhalb von 4 Monaten bekundet deutlich die Absicht der israelischen Behörden, das Militärgesetz 854 auf Institutionen der Höheren Schulbildung in den besetzten Gebieten anzuwenden. Die Durchführung dieses Gesetzes (Juli 1980) bedeutet die Beseitigung der akademischen Freiheit, indem das ganze höhere Erziehungswesen direkten militärischen Interventionen unterworfen wird …

Als Bir Zeit wieder eröffnet wurde, wurden die Universitätsangestellten aufgefordert, den Anordnungen der „Zivilverwaltung" Folge zu leisten und Besuche ihres Erziehungspersonals auf dem Universitätscampus zu empfangen. Konfrontiert mit der steigenden Verletzung ihrer akademischen Freiheit, standen die Universitätsangehörigen unter verständlicher Spannung. Diese spannungsgeladene Atmosphäre ausnutzend, schickte die Zivilverwaltung ihren Emissär, den Erziehungsoffizier Zion Gabai, um in einem überlegten Provokationsakt der Universität seine Anwesenheit aufzuzwingen. Trotz wiederholter Erklärungen durch die Universitätsverwaltung, daß solche erzwungenen Besuche unakzeptabel und natürlich aufreizend sind, erschien Zion Gabai unangeladen am Montag, den 15. Februar 1982. Er kam durch die Hintertür, und man wurde auf seine Anwesenheit aufmerksam, als er sich vor Studenten in seiner offiziellen Eigenschaft als Erziehungsvertreter der „Zivilverwaltung" vorstellte und sie über den Zweck des Besuchs unterrichtete.

Nach einem kurzen Treffen mit dem Vize-Präsidenten der Universität wurde Gabai von Mitgliedern der Verwaltung die überfüllte Treppe hinabgeleitet. Es folgte eine kleine Schlägerei, und Herr Gabai verließ hastig unter massiven Studentenprotesten das Universitätsgelände. Von seinen Begleitern wurden einige Schüsse abgegeben, aber es wurde niemand verletzt. Kurz danach wurde von der Armee ein Belagerungszustand über die Universität verhängt, obwohl die Studenten in keiner Weise eine Konfrontation mit dem Militär gesucht hatten. Nur dem Vize-Präsidenten wurde nachmittags erlaubt, die Universität zu verlassen, um einer Vorladung des Militärgouverneurs nachzukommen. Begleitet von Zion Gabai, kehrten die beiden auf das Universitätsgelände zurück, und zwei Stunden lang hatte das Universitätspersonal alle Arten von Schikanen zu bestehen. Es mußte eine Aufstellung der Studenten machen, um es Herrn Gabai zu ermöglichen, seine angeblichen „Angreifer" zu identifizieren …

Am Dienstag, den 16. Februar 1982 wurde der Vize-Präsident morgens in Milsons (der „Zivilgouverneur") Büro vorgeladen. Der Ton während dieses Treffens hatte sich in der Nacht drastisch geändert. Milson bestand ausdrücklich darauf, daß der aufgezwungene Besuch noch am gleichen Tage stattfinden solle, unabhängig von der gespannten Atmosphäre und der Provokation, die Gabais Erscheinen bedeutete. Verhüllte Drohungen unterstrichen die einstündige Frist, die man dem Vize-Präsidenten für seine Antwort gegeben hatte. Unterdessen erreichten die Universität Berichte von willkürlichen Verhaftungen von 10 Studenten an der Bushaltestelle nach Bir Zeit in Ramallah, außerdem von Verfolgungen wie Durchsuchungen, Beschlagnahme von Ausweisen, Verhöre usw. So hatten die israelischen Militärbehörden wieder einmal den Betrieb der Universität unterbrochen und das Klima von Angst und Unsicherheit fortgesetzt. Während einer außerordentlichen Sitzung, an der Fakultätsangehörige, Professoren und Studenten teilnahmen, wurde klar, daß die Universität als Ganze dieses Ultimatum ablehnte und nicht bereit war, diesen provozierenden und erzwungenen „Besuch" zu akzeptieren. Noch waren die Mitglieder bereit, mit Vertretern der „Zivilverwaltung" zusammenzuarbeiten, wie dies auch die erklärte Position aller nationalen Institutionen in der Westbank ist.

Militärische Kontrollposten wurden an beiden Seiten der Straßen aufgebaut, die zur Stadt Bir Zeit führen und alle Leute, die die Stadt verlassen wollten, wurden zurückgeschickt. Es gab weitere Verhaftungen von Studenten, und es wurde offensichtlich, daß die Militärbehörden nun zum letzten Schlag ausholten. Der Vize-Präsident wurde noch einmal zum Besatzungshauptquartier vorgeladen und um 20 Uhr wurde ihm der Militärbefehl ausgehändigt, in dem die Schließung der Universität vom 16. Februar an für weitere 2 Monate angeordnet wurde.

Während sich die öffentliche Wut und Empörung über diesen schweren Angriff auf die akademische Freiheit und auf demokratische Rechte in den besetzten Gebieten auf dem Höhepunkt befand, wurde gleichzeitig deutlich, daß die Universität wieder einmal als Sündenbock für die palästinensische Bevölkerung als ganze herausgegriffen wurde. Durch solche wiederholten Angriffe auf eine nationale palästinensische Universität wollen die Israelis die besetzten Gebiete insgesamt einschüchtern, indem sie ihnen die unterdrückende Realität der Besatzung der „Zivilverwaltung" aufzwingen. Der letzte Versuch von seiten der israelischen Behörden, die Existenz und die akademische Glaubwürdigkeit der ältesten Universität in den besetzten Gebieten zu untergraben, ist tatsächlich Grund zur Warnung und zur Entrüstung …

(aus: Palästina Bulletin 11/82, 12.3.1982)



Stolperdrähte in Reagans Hilfsplan

Obwohl man von der westlichen Supermacht ja nun einiges an Heuchelei gewöhnt ist, kommt einem die Reagan-Rede zum Thema Karibik hart an. Er ist z.B. „überzeugt, daß mein Land jetzt bereit ist, darüber hinauszugehen, nur ein guter Nachbar zu sein, und ein treuer Freund und Bruder in einer Gemeinschaft werden wird, die genauso anderen wie uns gehört. Das, und nicht Kanonen, ist der entscheidende Schlüssel zu Frieden und Sicherheit für uns alle.“

Der Plan wird dagegen auch in der US-Presse so interpretiert, daß hier in erster Linie die Kritik im Kongreß besänftigt werden soll, um dort weitere Militärhilfe durchdrücken zu können.

Wir drucken einen Artikel des „Guardian“ (USA) vom 10.3.1982 nach, der den Plan auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit solcher Art Hilfe vom großen Bruder erläutert.

Am 24. Februar hat die Reagan-Regierung den Schleier über der lange erwarteten „Initiative für das karibische Becken“ gelüftet – ein Programm, das nach den Worten des Präsidenten „eine langfristige Verpflichtung gegenüber den Ländern der Karibik und Mittelamerikas darstellt, damit sie durch den Einsatz der magischen Kräfte des Marktes der amerikanischen Staaten aus eigener Kraft zu einem Wachstum gelangen, das aus sich selbst heraus trägt“.

Die Initiative, die Präsident Ronald Reagan in einer Rede vor der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) vorstellte, zeugt jedoch eher von berechnendem Geschick als von magischen Kräften. Sie beschert den US-Konzernen sicherlich einigen Nutzen, aber für die Menschen in der Region bedeutet sie die verstärkte Fortsetzung von Unterentwicklung und wachsende Abhängigkeit.

Der Plan zielt auf eine zukünftige Wirtschaftsstruktur für die Region auf der Grundlage von Handel, Hilfen und Investitionen. Reagan wird den Kongreß um Zustimmung für eine Ergänzungszuweisung von 350 Mio. $ im laufenden Haushaltsjahr ersuchen, um den Ländern zu helfen, „die wirtschaftlich besonders hart betroffen sind“.

Damit sind in erster Linie Costa Rica, das 110 Mio. $ erhalten wird, und El Salvador gemeint, das 100 Mio. $



bekommen wird (und das im übrigen bis jetzt schon vor der US-Regierung mehr an Hilfsleistungen pro Kopf erhält als jedes andere Land der Hemisphäre). Der größte Teil dieser Hilfe „wird sich auf den privaten Sektor konzentrieren“ und soll dazu beitragen, „jenen Unternehmungsgeist zu fördern, der notwendig ist, um Vorteil aus den Handels- und Investitionsanteilen des Programms zu ziehen“.

Traditionell hieß das immer, mit Hilfe von US-Steuergroschen die Infrastruktur auszubauen, um die technischen Voraussetzungen zu schaffen und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, auf die die Geschäftstätigkeit in armen Ländern angewiesen ist. So läuft das ganze auf eine Unterstützung hinaus, die den US-Gesellschaften in diesen Ländern durch die amerikanischen Steuerzahler gewährt wird.

Ein weiterer Punkt des Programms schlägt vor, für die Dauer von 12 Jahren Zölle auf in der Karibik hergestellte Importgüter auszusetzen. Das soll die Preise dieser Waren senken und die Nachfrage in den USA steigern. Man hofft, damit potentielle Investoren zu veranlassen, exportorientierte Fertigungsstätten in den Ländern der Karibik zu errichten. Da bereits bislang 87% der Importe aus der Karibik zollfrei auf den US-Markt gelangen, würde Reagans Vorschlag ansonsten nur die verbleibenden 13% oder weniger betreffen, die derzeit verzollt werden müssen.

Aber Reagan geht ganz klar über die bisherigen Handelsbeziehungen hinaus und will den Status der Zollfreiheit auf solche Produkte ausdehnen, die bis jetzt nicht in der Karibik hergestellt oder von dort importiert werden. Der eigentliche Stachel im Plan des Präsidenten steckt in dieser Einladung an investitionsbereite Gesellschaften, eben solche Produkte dort herstellen zu lassen und zu importieren. Die Wirtschaft der karibischen Länder soll von der Produktion taditioneller Güter entsprechend ihrer natürlichen Ressourcen, ihrem Klima usw. abgehen, und stattdessen sollen Güter für den US-Markt hergestellt werden. Eine solche Umstellung der Produktion würde die Länder der Karibik einen Schritt weiter in die Abhängigkeit von der Marktwirtschaft der USA ziehen.

Der rechte Premierminister von Jamaika, Edward Seaga, einer der stärksten Verfechter von Reagans Plan, hat mehrfach für sein Land eine solche Umstellung der Wirtschaftsstruktur vorgeschlagen. Es ist bezeichnend, wenn Seaga den Plan mit dem „Modell Puerto Rico“ oder dem „Süd-Korea-Modell“ gleichsetzt. Das bedeutet eine exportorientierte Fertigung in Feinmontage und Leichtindustrie (Schuhe, Bekleidung, Sportartikel, elektronische Bauteile u.ä.), wo schlecht bezahlte Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung (meistens Frauen) geschaffen werden.

Für eine Regierung, die sich Sorgen über die wachsende Arbeitslosigkeit macht, ist ein solches Modell eine starke Versuchung. Kritische Stimmen aber fragen, was passiert mit einem kleinen Land in der Karibik wie Jamaika, wenn es seine Wirtschaft gänzlich auf die Nachfrage des US-Marktes orientiert, mit all seinen Schwankungen und Tricks. Sie verweisen auf die Erfahrungen in Puerto Rico: „Wenn das beherrschende Land niest, holen wir uns eine Erkältung.“

Einige US-Firmen fürchten inzwischen wachsende Konkurrenz von billigen Produkten aus der Region, und einige Gewerkschaftsführer sagen einen Verlust von Arbeitsplätzen im leichtindustriellen Sektor der USA als vermutliches Ergebnis des Plans voraus.

Ein dritter wesentlicher Punkt des Wirtschaftsprogramms umfaßt weitere direkte Anreize für US-Investitionen, darunter „beträchtliche Steueranreize für Investitionen im karibischen Becken“. Das heißt teilweise oder vollständige Steuerfreiheit für die Profite, die US-Gesellschaften in den karibischen Ländern erzielen.

Außerdem schlug der Präsident mit großem Eifer vor, „zweiseitige Investitionsverträge mit interessierten Ländern des Beckens auszuhandeln“. In der Vergangenheit bedeutete das die vertragliche Verpflichtung, daß die betroffenen Staaten sich nicht in die Geschäftstätigkeit der US-Konzerne in ihren Ländern einmischen. Enteignung, steuerliche Erschwernisse oder ähnliche Maßnahmen gegen die Geschäftsinteressen der USA würden dann von Washington mit Sanktionen beantwortet. Während solche Verträge einerseits dazu gedacht sind, potentielle Investoren zu beruhigen, steigern sie auf der anderen Seite die Möglichkeit militärischer oder wirtschaftlicher Intervention in jedem Staat der Karibik, der so töricht ist, eine größere Kontrolle über die Tätigkeit fremder Investoren innerhalb seiner Grenzen zu verlangen.

Einige karibische Regierungsstellen betonen inzwischen, daß ihre Wirtschaft zum großen Teil auf öffentlichen Aufwendungen und staatlicher Initiative beruht und von erheblichen Einbrüchen bedroht wäre, müßte sie sich dem privatwirtschaftlichen Kern von Reagans Plan anpassen. Als die Erörterungen über eine Initiative für die Karibik vor mehr als einem Jahr begannen, äußerte Tom Adams, Premier von Barbados, betroffen, daß Bemühungen, wie sie Reagan jetzt vorgeschlagen hat, „das Wesen der Entwicklungsprobleme der Karibik über-

großem Eifer vor, „zweiseitige Investitionsverträge mit interessierten Ländern des Beckens auszuhandeln“. In der Vergangenheit bedeutete das die vertragliche Verpflichtung, daß die betroffenen Staaten sich nicht in die Geschäftstätigkeit der US-Konzerne in ihren Ländern einmischen. Enteignung, steuerliche Erschwernisse oder ähnliche Maßnahmen gegen die Geschäftsinteressen der USA würden dann von Washington mit Sanktionen beantwortet. Während solche Verträge einerseits dazu gedacht sind, potentielle Investoren zu beruhigen, steigern sie auf der anderen Seite die Möglichkeit militärischer oder wirtschaftlicher Intervention in jedem Staat der Karibik, der so töricht ist, eine größere Kontrolle über die Tätigkeit fremder Investoren innerhalb seiner Grenzen zu verlangen.

Einige karibische Regierungsstellen betonen inzwischen, daß ihre Wirtschaft zum großen Teil auf öffentlichen Aufwendungen und staatlicher Initiative beruht und von erheblichen Einbrüchen bedroht wäre, müßte sie sich dem privatwirtschaftlichen Kern von Reagans Plan anpassen. Als die Erörterungen über eine Initiative für die Karibik vor mehr als einem Jahr begannen, äußerte Tom Adams, Premier von Barbados, betroffen, daß Bemühungen, wie sie Reagan jetzt vorgeschlagen hat, „das Wesen der Entwicklungsprobleme der Karibik über-

sehen . . . Sie werden oft als Rechtfertigung dafür benutzt, daß die Erfordernisse einer angemessenen Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung der wenig profitablen Aspekte des Entwicklungsprozesses ignoriert werden“.

Adams und mit ihm viele andere fürchten, daß fremde Hilfe und private Investitionen immer dem Geber nützen, aber nichts tun, was für die karibischen Länder und ihre Völker auf einer bestimmten Entwicklungsstufe von Vorteil wäre. Befürchtungen über eine verzerrte Entwicklung – im Interesse der ausländischen Konzerne, auf Kosten der örtlichen Bevölkerung – wurden durch Reagans Initiative weiter angeheizt.

Was veranlaßt Reagan überhaupt zu diesem Schritt? Der erste Grund ist offensichtlich: den US-Konzernen in spürbarer Profitsteigerung mittels wirksamerer Ausbeutung der Armut der Menschen in der Karibik zu verhelfen. Ob die ins Auge gefaßten Nutznießer das Angebot annehmen, bleibt abzuwarten. (Die US-Gesellschaften zögern in letzter Zeit mit Anlagen in der Karibik aufgrund hoher Zinssätze, die auf den Profit drücken, der Instabilität der Region und wegen eines gesättigten Marktes.)

Welche anderen Gründe stecken hinter dem Plan? Reagan und Außenminister Haig haben eine Begründung konstruiert, die auf rassistische und antikommunistische Ängste und die wirtschaftlich unsichere Lage in den USA anspielt. Was Reagan eher vorsichtig einflocht, hat Haig klar und deutlich festgestellt: Der massive Einwanderungsstrom aus der Karibik und Mittelamerika in den letzten Monaten ist das Ergebnis kommunistischer Tyrannei. „Stellen Sie sich vor“, sagte Haig auf der Nationalkonferenz der Gouverneure vor zwei Wochen, „welches Ausmaß die Immigration erreichen würde, wenn die Radikalisierung dieser Hemisphäre fortschreitet . . .“ (Haig verlor kein Wort über den enormen Flüchtlingsstrom aus Haiti als Folge einer brutalen, von den USA unterstützten Diktatur.) Und wird der Plan die wirtschaftlichen Verhältnisse der karibischen Völker tatsächlich verbessern und ihnen helfen, in ihrer Heimat bleiben und sich ernähren zu können? Alle bisherige Erfahrung spricht dafür, daß die Art von Entwicklung, wie sie Reagan vorschlug, die Lage in weiten Teilen der Region eher verschlimmert.

Falls Reagans Initiative oder etwas ähnliches von einer Mehrheit in der Region und vom Kongreß angenommen wird, muß man von vorangegangenen Erfahrungen auf das vermutliche Resultat schließen. Eine stärkere Ausrichtung der karibischen Wirtschaft auf den US-Markt wird die ökonomische Abhängigkeit und Instabilität in der Region verschärfen.

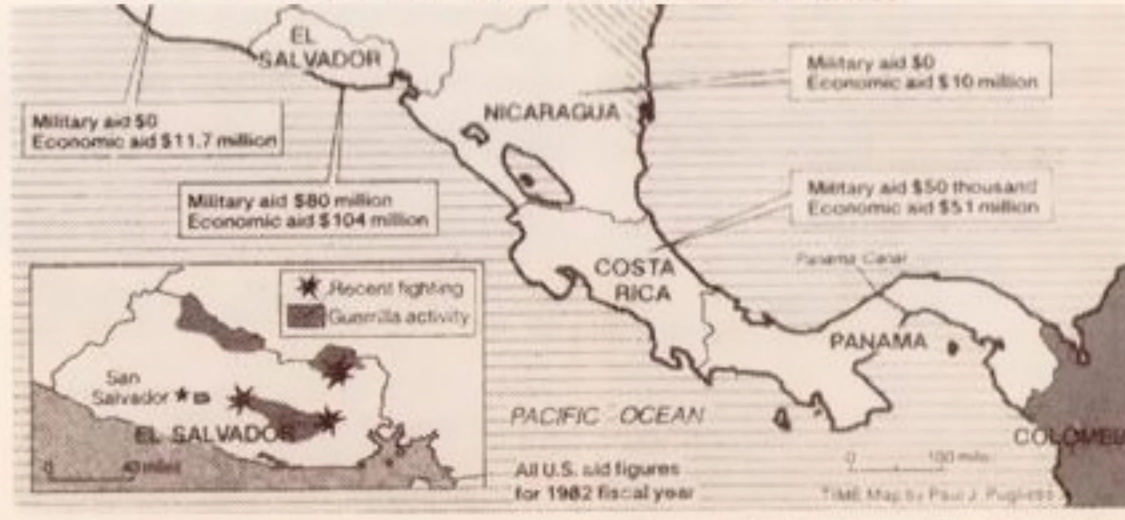
Kleinbäuerliche Produktion und einheimische Verarbeitung können leicht noch weiter verdrängt werden, wenn die Leichtindustrie im Montagebereich sich ausdehnt und Teile der Landbevölkerung anzieht oder wenn exportorientiertes Agrobusiness auf Kosten der heimischen Bauern expandiert. Die Erfahrung Puerto Ricos ist tatsächlich ein Modell: seine Landwirtschaft in Trümmern, seine Wirtschaft im höchsten Grad von den USA abhängig.

Reagans Initiative für das karibische Becken würde die wirtschaftliche Entwicklung der Region den Launen des US-Marktes und fremden Investitionen unterwerfen, statt diese Entwicklung auf die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen in der Region auszurichten. Der Handel macht den Kern des Programms aus Washington aus und hat Vorrang vor einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern hat Reagan mit seiner Rede über Selbsthilfe und Selbstvertrauen den Völkern der Karibik nur einen Plan für ihre noch größere Abhängigkeit angeboten.



Bisher beschlossene Hilfsleistungen der USA im laufenden Haushaltsjahr (1.10.1981 – 30.9.1982). In der ersten Zeile jeweils die Höhe der militärischen Hilfe, in der zweiten Zeile der Umfang der wirtschaftlichen Hilfe. Die Vorschläge der Karibik-Initiative sehen zusätzliche Zahlungen vor.

Kongreß gegen die Intervention der USA in Zentralamerika



Bisher beschlossene Hilfsleistungen der USA im laufenden Haushaltsjahr (1.10.1981 – 30.9.1982). In der ersten Zeile jeweils die Höhe der militärischen Hilfe, in der zweiten Zeile der Umfang der wirtschaftlichen Hilfe. Die Vorschläge der Karibik-Initiative sehen zusätzliche Zahlungen vor.

Diktatur.) Und wird der Plan die wirtschaftlichen Verhältnisse der karibischen Völker tatsächlich verbessern und ihnen helfen, in ihrer Heimat bleiben und sich ernähren zu können? Alle bisherige Erfahrung spricht dafür, daß die Art von Entwicklung, wie sie Reagan vorschlug, die Lage in weiten Teilen der Region eher verschlimmert.

Falls Reagans Initiative oder etwas

genden Bedürfnisse der Menschen in der Region auszurichten. Der Handel macht den Kern des Programms aus Washington aus und hat Vorrang vor einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung. Insofern hat Reagan mit seiner Rede über Selbsthilfe und Selbstvertrauen den Völkern der Karibik nur einen Plan für ihre noch größere Abhängigkeit angeboten.

Kongreß gegen die Intervention der USA in Zentralamerika

sit. Am Wochenende fand in Münster der Kongreß gegen die Intervention der USA in Zentralamerika statt. Die Mittelamerika-Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik und eine große Anzahl anderer politischer, sozialer und kirchlicher Organisationen hatten zu diesem Kongreß aufgerufen, um eine Front aufzubauen gegen die drohende direkte militärische Intervention der USA in Zentralamerika, besonders in El Salvador. Ebenso ging es darum, die Revolution in Nicaragua gegen die Angriffe der Reagan-Regierung und der vertriebenen Somoza-Banden zu verteidigen. Alle Befreiungsbewegungen und revolutionären Organisationen Mittelamerikas hatten Vertreter zu diesem Kongreß entsandt.

Der Vertreter der Revolutionsregierung in *Nicaragua* stellte fest, daß die Regierung aufgrund der letzten Angriffe der Somozisten dazu gezwungen worden sei, den Notstand im Land zu verhängen. Die damit zusammenhängenden Einschränkungen beziehen sich aber nur auf militärische Angelegenheiten und berühren nicht die garantierten Bürger- und Menschenrechte. Außerdem ist dieser Notstand auf 30 Tage beschränkt. Er verurteilte die Berichterstattung über diese Frage in Europa, die sich der amerikanischen Propaganda bedient, um Lügen über Nicaragua auszustreuen.

Die Vertreter der FDR/FMLN aus *El Salvador* stellten die Lage im Befreiungskampf dar, besonders im Hinblick auf die am Wochenende stattfindende Wahlfarce. Sie vertraten die Auffassung, daß die Entwicklung des Kampfes die Abhaltung der Wahlen unmöglich machen wird. Während des Kongresses wurde der Mord an den vier niederländischen Journalisten bekannt, für den die FDR sofort die Junta verantwortlich machte. Diese Auffassung hat sich dann auch in den nächsten Tagen durch die vorgebrachten Beweise voll bestätigt.

Der Kongreß beschäftigte sich in 16 Arbeitsgruppen mit den verschiedenen Aspekten des Befreiungskampfes und der Anti-Interventionsbewegung. Er verabschiedete mehrere Resolutionen, so unter anderem für die Freilassung der politischen Gefangenen in diesen Ländern und zur Unterstützung der Flüchtlinge. In der Hauptresolution werden die USA aufgefordert, alle Schritte gegen die zentralamerikanischen Länder einzustellen, die Militärberater abzuziehen und einer Verhandlungslösung, wie sie Mexiko und andere Länder vorgeschlagen haben, zuzustimmen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Unterstützung der Junta aufzugeben, die FDR/FMLN anzuerkennen, und sie wird scharf angegriffen, daß sie zugelassen hat, daß ein westdeutsches Kriegsschiff im Augenblick an einem Nato-Manöver in der Karibik teilnimmt. Diese Resolution unterstützten auch die drei anwesenden sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten.

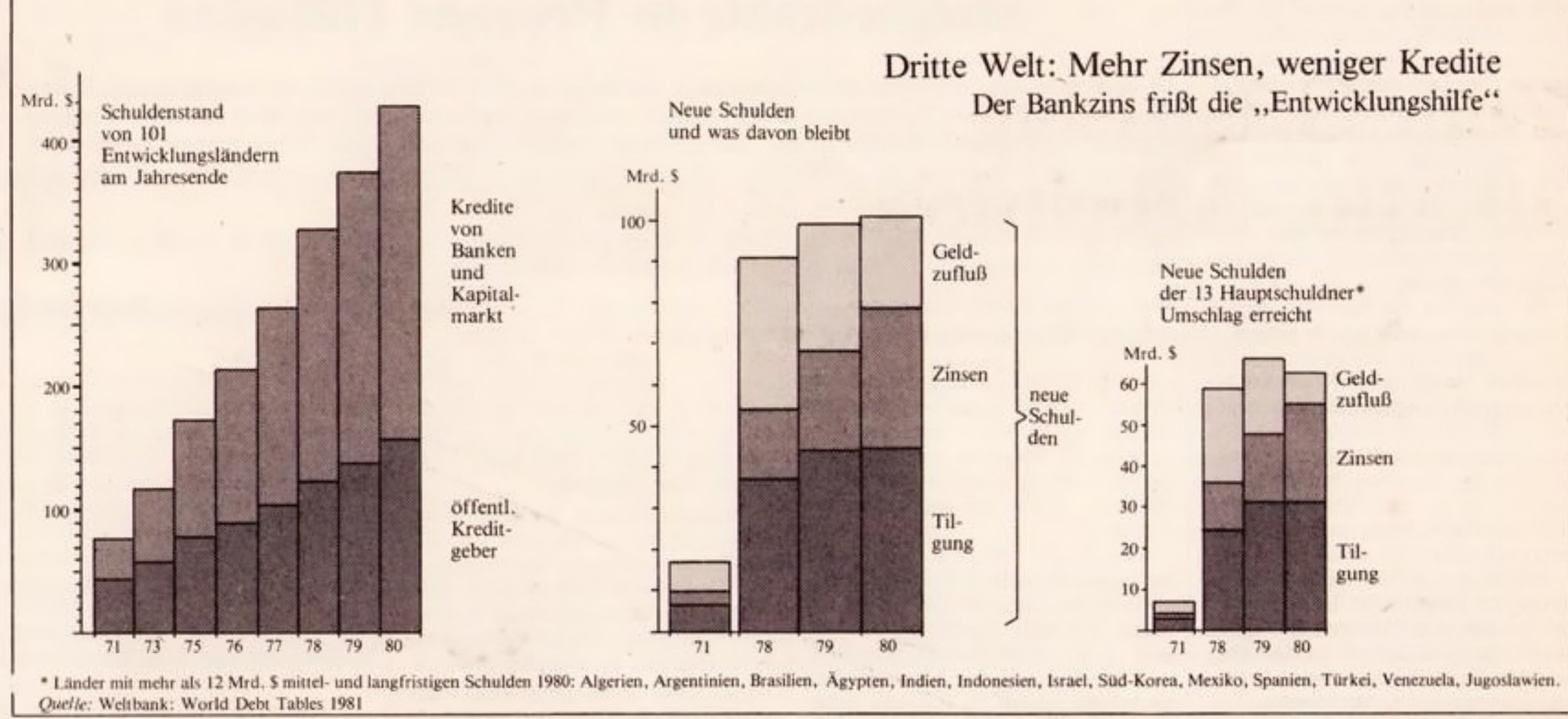
Außerdem beschloß der Kongreß, daß sich die Anti-Interventionsbewegung mit den Gruppen der Friedensbewegung an der Demonstration gegen den Besuch Reagans im Juni beteiligen soll.

OPEC auf der Suche nach dem Marktpreis

frb. Rascher als von der Presse vorher prognostiziert, haben sich die 13 OPEC-Länder letztes Wochenende in Wien auf Maßnahmen zur Regulierung des Ölmarktes geeinigt. Sie werden ihre Produktion auf etwa 17 Mio. Faß/Tag senken gegenüber 22,5 im Durchschnitt des Jahres 1980. Saudi-Arabien, das letzten August noch 10,5 Mio. Faß/Tag produzierte, will jetzt seinen Ausstoß auf 7 Mio. Faß oder weniger senken. Nur Irans Ölminister hat lauthals erklärt, sein Land werde sich an die zugewiesene Produktionsquote nicht halten. Der einheitliche Listenpreis wird unverändert bei 34 $ pro Faß bleiben.

Die derzeitige Lage am Ölmarkt kennzeichnet eine Wende. Angebot wie Nachfrage haben sich seit der großen Preisanpassung von 1973 erheblich verändert. Einerseits hat sich die Nachfrage der Industrieländer nach Öl sowohl infolge von Energiesparmaßnahmen als auch infolge der Wirtschaftskrise seit 1969 um rund 14% verringert. Andererseits erhöhten die USA ihre eigene Produktion und wurden neue Ölquellen in der Nordsee und in Mexiko erschlossen. Der Anteil der OPEC an der weltweiten Förderung ist daher 1981 auf 39,4% gesunken, während er noch 1979 47,8% betragen hatte. Seit der ersten Hälfte des vorigen Jahres zeichnete sich daher eine Überfüllung des Ölmarktes ab.

Hätte die OPEC sich jetzt nicht zu einer Produktionskürzung entschlossen, wo wäre der Preis von 34 $ pro Faß immer weniger zu halten gewesen. Einige ihrer Mitgliedsländer sind wegen der ausbleibenden Öleinnahmen bereits unter argen finanziellen Druck geraten. Bemerkenswert ist, daß sich in die hiesigen Kommentare trotz aller Schadenfreude ob der Schwierigkeiten des „mächtigsten Wirtschaftskartells" auch Ermahnungen mischen. Sinkende Erdölpreise hätten auch Schattenseiten, wird gesagt. Der Zwang zur Einsparung und zum Ersatz von Öl ließe dadurch nämlich nach. Das Öl hat also offenbar jetzt erst ein Niveau erreicht, das seine allzu forsche Verschwendung durch eine Minderheit der Erdbevölkerung verhindert.



* Länder mit mehr als 12 Mrd. $ mittel- und langfristigen Schulden 1980: Algerien, Argentinien, Brasilien, Ägypten, Indien, Indonesien, Israel, Süd-Korea, Mexiko, Spanien, Türkei, Venezuela, Jugoslawien.
Quelle: Weltbank: World Debt Tables 1981

Viele Länder der Dritten Welt hatten sich versprochen, durch Aufnahme von Krediten, ihre Entwicklung zu beschleunigen. Doch die bestehende Weltwirtschaftsordnung verhindert, daß sie ausreichende Erträge erzielen, um daraus die Zinsen zu zahlen. Steigende Zinsen und Kürzungen der Industrieländer bei ihren verbilligten „Entwicklungshilfe"-Krediten haben jetzt eine Situation geschaffen, in der sich die Entwicklungsländer immer weiter verschulden, ihnen von dieser Neuverschuldung aber nur noch ein geringer Betrag zur Verfügung bleibt. Der größte Teil der neuen Schulden wird durch die Zahlung fälliger Zinsen auf Altschulden aufgefressen. Das Verhängnis solcher Entwicklungsmethoden zeigt sich am deutlichsten bei den fortgeschrittensten Entwicklungsländern.

Die Woche im Rückblick

Die Industrieproduktion der zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist 1981 um 3,4% gesunken. Im Konjunkturjahr 1979 hatte sie 118,1% im Vergleich zu 1975 erreicht, war dann bereits 1980 auf 117% gefallen. Im Dezember 1981 erreichte sie noch 113% des Niveaus von 1975. Die Entwicklung in der BRD entspricht fast genau diesem Verlauf. In Frankreich ist die Produktion etwas weniger gesunken, in Großbritannien mehr.

In den USA ist das Sozialprodukt im ersten Quartal real um 4,5% gesunken. Mit diesen vorläufigen Angaben des amerikanischen Handelsministeriums bestätigt sich, daß der seit Monaten vorhergesagte wirtschaftliche Aufschwung immer noch in weiter Ferne ist.

Eine Mustervereinbarung für Modernisierungsmaßnahmen durch Mieter hat Justizminister Schmude vorgelegt. Kern des Entwurfs ist ein Abwohnrecht des Mieters, wenn er auf eigene Kosten Modernisierungsmaßnahmen vornimmt. Der Mieter muß das Einverständnis des Eigentümers haben und ist diesem zu fachgerechter Ausführung verpflichtet. Der Vermieter muß für die Zeit der Abwohndauer auf Kündigung auch bei Eigenbedarf verzichten. Auch bleibt während dieser Zeit die Modernisierung für die Berechnung der Miete außer Betracht. Und nun der Clou: Die Abwohndauer beträgt jeweils vier Jahre für Aufwendung in Höhe einer Jahresmiete. Was für den Mieter faktisch eine Mieterhöhung von 25% bedeutet.

Axel Cäsar Springer will seine Fusionspläne mit Burda nochmals überarbeiten. Beim Wirtschaftsministerium wurde für diesen Zweck beantragt, das dort laufende Verfahren für eine „Ministererlaubnis" sechs Monate ruhen zu lassen. Das Kartellamt hatte die beabsichtigte Fusion untersagt. Springer hatte daraufhin beim Wirtschaftsministerium um eine rechtlich mögliche Ausnahmegenehmigung wegen „überragendem Interesse der Allgemeinheit" nachgesucht. Es geht das Gerücht, Lambsdorff habe seine Zustimmung angedeutet, sofern sich Burda mit einer Minderheitsbeteiligung von 49% am Springer-Konzern bescheidet.

Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé will künftig auf Werbung für seinen Muttermilch-Ersatz verzichten. Er beugt sich damit nach Jahren harter Auseinandersetzung einer weltweiten Kampagne, in der auf die Schädlichkeit dieser Baby-Nahrung hingewiesen wurde. Rund 400 Mio. $ hat Nestlé damit jährlich in der Dritten Welt umgesetzt. Im letzten Mai hatte die Weltgesundheitsorganisation mit 118:1Stimmen eine Einschränkung der Werbung verlangt. Die einzige Gegenstimme war die des US-Vertreters. Erst nachdem immer mehr Länder entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergriffen haben, hat Nestlé jetzt nachgegeben.

1300 japanische Bauern haben am 17.3. gegen die Aufhebung von Importbeschränkungen protestiert. „Niemals können wir eine Öffnung unseres Marktes für landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland zulassen", erklärte der Präsident der landwirtschaftlichen Zentralunion auf der Veranstaltung in Tokio. Japan ist bereits der größte Absatzmarkt für amerikanische Agrarprodukte, trotzdem verlangen die USA eine weitere Öffnung des japanischen Marktes. Nur noch rund 40% seiner Nahrungsmittel produziert Japan selbst. In den 50er Jahren war es noch zu über 80% Selbstversorger.

Kampf um Entwicklungspolitik in der FAO
Größte Fachorganisation der UNO / USA und BRD drohen mit Beitragskürzung
heh. Im November vergangenen Jahres tagte in Rom die 21. Konferenz der UNO-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO), der größten der Fachorganisationen der UNO. Im Rahmen der Tagung wurde der Liba-
Jahres zeichnete sich daher eine Überfüllung des Ölmarktes ab.
Hätte die OPEC sich jetzt nicht zu einer Produktionskürzung entschlossen, wo wäre der Preis von 34 $ pro Faß immer weniger zu halten gewesen. Einige ihrer Mitgliedsländer sind wegen der ausbleibenden Öleinnahmen bereits unter argen finanziellen Druck geraten. Bemerkenswert ist, daß sich in die hiesigen Kommentare trotz aller Schadenfreude ob der Schwierigkeiten des „mächtigsten Wirtschaftskartells" auch Ermahnungen mischen. Sinkende Erdölpreise hätten auch Schattenseiten, wird gesagt. Der Zwang zur Einsparung und zum Ersatz von Öl ließe dadurch nämlich nach. Das Öl hat also offenbar jetzt erst ein Niveau erreicht, das seine allzu forsche Verschwendung durch eine Minderheit der Erdbevölkerung verhindert.
den reichen Ländern gegründet, nicht mehr nach deren Vorstellungen. Die Entwicklungsländer nutzen die FAO, um ihre Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen, während die reichen Länder, vor
gliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist 1981 um 3,4% gesunken. Im Konjunkturjahr 1979 hatte sie 118,1% im Vergleich zu 1975 erreicht, war dann bereits 1980 auf 117% gefallen. Im Dezember 1981 erreichte sie noch 113% des Niveaus von 1975. Die Entwicklung in der BRD entspricht fast genau diesem Verlauf. In Frankreich ist die Produktion etwas weniger gesunken, in Großbritannien mehr.
In den USA ist das Sozialprodukt im ersten Quartal real um 4,5% gesunken. Mit diesen vorläufigen Angaben des amerikanischen Handelsministeriums bestätigt sich, daß der seit Monaten vorhergesagte wirtschaftliche Aufschwung immer noch in weiter Ferne ist.
Eine Mustervereinbarung für Modernisierungsmaßnahmen durch Mieter hat Justizminister Schmude vorgelegt. Kern des Entwurfs ist ein Abwohn-
neun Länder enthielten sich: Kanada, Niederlande, Brasilien, Belgien, Norwegen, Neuseeland, Portugal, Luxemburg, Papua Neuguinea (10% des Budgets), andere wichtige Geberländer wie Frankreich, Italien und Australien
Kosten Modernisierungsmaßnahmen vornimmt. Der Mieter muß das Einverständnis des Eigentümers haben und ist diesem zu fachgerechter Ausführung verpflichtet. Der Vermieter muß für die Zeit der Abwohndauer auf Kündi-
Die Woche im Rückblick
gung auch bei Eigenbedarf verzichten. Auch bleibt während dieser Zeit die Modernisierung für die Berechnung der Miete außer Betracht. Und nun der Clou: Die Abwohndauer beträgt jeweils vier Jahre für Aufwendung in Höhe einer Jahresmiete. Was für den Mieter faktisch eine Mieterhöhung von 25% bedeutet.
Axel Cäsar Springer will seine Fusionspläne mit Burda nochmals überarbei-
kratisch und ineffizient. Zudem gibt es viele Überschneidungen innerhalb des UN-Systems, wo sich eine ganze Reihe anderer Organisationen auch mit Landwirtschaft und Ernährung beschäftigen.
Saouma hat kostspielige Ländervertretungen der FAO mit dem Status von Botschaften in den Entwicklungsländern aufgebaut, während die FAO zuvor, wie andere UN-Organisationen auch, durch den jeweiligen Vertreter
de für diesen Zweck beantragt, das dort laufende Verfahren für eine „Ministererlaubnis" sechs Monate ruhen zu lassen. Das Kartellamt hatte die beabsichtigte Fusion untersagt. Springer hatte daraufhin beim Wirtschaftsministerium um eine rechtlich mögliche Ausnahmegenehmigung wegen „überragendem Interesse der Allgemeinheit" nachgesucht. Es geht das Gerücht, Lambsdorff habe seine Zustimmung angedeutet, sofern sich Burda mit einer Minderheitsbeteiligung von 49% am Springer-Konzern bescheidet.
Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé will künftig auf Werbung für seinen Muttermilch-Ersatz verzichten. Er beugt sich damit nach Jahren harter Auseinandersetzung einer weltweiten Kampagne, in der auf die Schädlichkeit dieser Baby-Nahrung hingewiesen wurde. Rund 400 Mio. $ hat Nestlé damit jährlich in der Dritten Welt umgesetzt. Im
zusammenwirkten. In den sechziger Jahren hatten viele Entwicklungsländer die Förderung der landwirtschaftlichen und hier vor allem der Lebensmittelproduktion vernachlässigt und versucht, über eine schnelle Industrialisierung ihre Unterentwicklung zu überwinden. Dies wirkte sich plötzlich sehr kraß aus, als ungünstiges Wetter in vielen Teilen Afrikas und Asiens Mißernten hervorrief. Zugleich hatten die USA, Hauptgetreideexporteur, sich er-
organisation mit 118:1Stimmen eine Einschränkung der Werbung verlangt. Die einzige Gegenstimme war die des US-Vertreters. Erst nachdem immer mehr Länder entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergriffen haben, hat Nestlé jetzt nachgegeben.
1300 japanische Bauern haben am 17.3. gegen die Aufhebung von Importbeschränkungen protestiert. „Niemals können wir eine Öffnung unseres Marktes für landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland zulassen", erklärte der Präsident der landwirtschaftlichen Zentralunion auf der Veranstaltung in Tokio. Japan ist bereits der größte Absatzmarkt für amerikanische Agrarprodukte, trotzdem verlangen die USA eine weitere Öffnung des japanischen Marktes. Nur noch rund 40% seiner Nahrungsmittel produziert Japan selbst. In den 50er Jahren war es noch zu über 80% Selbstversorger.

Kampf um Entwicklungspolitik in der FAO

Größte Fachorganisation der UNO / USA und BRD drohen mit Beitragskürzung

heh. Im November vergangenen Jahres tagte in Rom die 21. Konferenz der UNO-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO), der größten der Fachorganisationen der UNO. Im Rahmen der Tagung wurde der Libanese Edouard Saouma für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt. Die Delegierten der mittlerweile 152 Mitgliedsländer verabschiedeten außerdem das Budget und ein Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre.

Im Vorfeld der Konferenz wurden die Politik der Organisation und der Generaldirektor heftig angegriffen – vor allem in der Presse der Bundesrepublik. Um den Hintergrund dieser Auseinandersetzungen besser zu verstehen, muß man die Geschichte der Organisation ein wenig näher betrachten.

Die Entwicklung der FAO. Ihre Entstehung geht zurück auf die Konferenz über Ernährung und Landwirtschaft in Hot Springs, USA, 1943. Im Oktober 1945 wurde sie dann von Delegierten aus 42 Ländern in Quebec, Kanada, gegründet. Ihr Sitz war zunächst in Washington und wurde 1951 nach Rom verlegt. Der Sitz der FAO ebenso wie die Nationalität der ersten Generaldirektoren (1 Engländer, 2 Amerikaner) weisen darauf hin, daß die FAO, wie alle anderen UNO-Organisationen, anfangs völlig von den USA und den anderen wichtigen kapitalistischen Ländern beherrscht wurde.

Die Unabhängigkeit vieler ehemaliger Kolonien, die Entwicklung der Bewegung der Blockfreien haben diese Vorherrschaft weitgehend gebrochen.

Die FAO-Konferenz entscheidet nach dem Prinzip: ein Land – eine Stimme. Anders als z.B. bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds entscheidet also nicht die Höhe der Mitgliedsbeiträge. Durch das geschlossene Auftreten der Gruppe der 77 funktioniert das UN-System, einst von den reichen Ländern gegründet, nicht mehr nach deren Vorstellungen. Die Entwicklungsländer nutzen die FAO, um ihre Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen, während die reichen Länder, vor allem aber die USA, Zuflucht zur finanziellen Erpressung suchen.

Die Hauptkontroversen. Vor allem um zwei Punkte dreht sich die Auseinandersetzung. Der erste ist der Umfang des Haushaltes. Die meisten Industrieländer wollen ein „Nullwachstum" für alle UN-Organisationen, während die Entwicklungsländer eine Steigerung der Entwicklungshilfe fordern.

Während das alte Budget für die Jahre 1980/81 280 Mio. $ betrug, wurde jetzt das neue, entsprechend dem Vorschlag Saoumas, in der Höhe von 367 Mio. $ verabschiedet. Dagegen stimmten die USA, Japan, die BRD, Großbritannien und die Schweiz (zusammen 54% der Beiträge), weitere neun Länder enthielten sich: Kanada, Niederlande, Brasilien, Belgien, Norwegen, Neuseeland, Portugal, Luxemburg, Papua Neuguinea (10% des Budgets), andere wichtige Geberländer wie Frankreich, Italien und Australien stimmten zu.

Den zweiten Streitpunkt bildet die Forderung nach einer vom Generaldirektor unabhängigen Effizienz- und Erfolgskontrolle der Tätigkeit der FAO. Hier sind die Fronten schon schwieriger zu erkennen. Einerseits wollen die Hauptgeberländer über ein solches Instrument sicher wieder mehr Einfluß auf die Politik der FAO bekommen. Andererseits haben aber die Entwicklungsländer selber ein starkes Interesse an einer erfolgreichen Tätigkeit der FAO, wobei man über die Definition von Erfolg im einzelnen sicher streiten kann. Saouma ist jedoch gegen jede Erfolgskontrolle, und anerkanntermaßen arbeitet die FAO oft bürokratisch und ineffizient. Zudem gibt es viele Überschneidungen innerhalb des UN-Systems, wo sich eine ganze Reihe anderer Organisationen auch mit Landwirtschaft und Ernährung beschäftigen.

Saouma hat kostspielige Ländervertretungen der FAO mit dem Status von Botschaften in den Entwicklungsländern aufgebaut, während die FAO zuvor, wie andere UN-Organisationen auch, durch den jeweiligen Vertreter der UNO repräsentiert wurde. Als er im vergangenen Jahr zu einem offiziellen Besuch nach Bonn kam, wußte er auf Fragen von Bundestagsabgeordneten nach der Notwendigkeit einer Effizienzkontrolle der FAO nichts weiter zu antworten, als daß dies „dumme Fragen" seien. Auf diese Weise hat er den konservativen Kritikern der FAO genug Munition verschafft, während er es verstanden hat, sich bei der Gruppe der Blockfreien als deren Interessenvertreter aufzubauen und sich so seine Wiederwahl zu sichern.

Was macht die FAO? Über 4000 Fachkräfte beschäftigen sich mit allen Gesichtspunkten der Entwicklung der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei. Ursprünglich war die Tätigkeit der FAO sehr stark auf die Sammlung, Analyse und Bereitstellung von Daten konzentriert. Sie dürfte heute die größte Spezialbibliothek über Landwirtschaft besitzen und gibt regelmäßig detaillierte statistische Berichte über die Landwirtschaft aller Länder der Erde heraus. Seit den sechziger Jahren tritt dagegen die Entwicklungshilfe immer mehr in den Vordergrund. 1978 hatte die FAO 1500 Entwicklungsprojekte in 132 Ländern mit einem Gesamtwert von über 800 Mio. $. Diese Projekte wurden zu weniger als 10% von dem Budget der FAO finanziert, gewöhnlich sind es die UNO, Entwicklungsbanken oder auch einzelne Regierungen, die Projekte finanzieren, deren technische Durchführung bei der FAO liegt.

Die Jahre 1972/73 sahen sich einer weltweiten Ernährungskrise gegenüber, bei der verschiedene Faktoren zusammenwirkten. In den sechziger Jahren hatten viele Entwicklungsländer die Förderung der landwirtschaftlichen und hier vor allem der Lebensmittelproduktion vernachlässigt und versucht, über eine schnelle Industrialisierung ihre Unterentwicklung zu überwinden. Dies wirkte sich plötzlich sehr kraß aus, als ungünstiges Wetter in vielen Teilen Afrikas und Asiens Mißernten hervorrief. Zugleich hatten die USA, Hauptgetreideexporteur, sich erfolgreich bemüht, ihre chronischen Getreideüberschüsse abzubauen (die sonst der Lebensmittelhilfe zur Verfügung standen), indem ihren Farmern Prämien gezahlt wurden, wenn sie ihr Land brach liegen ließen.

Unter dem Eindruck der weltweiten Ernährungskrise wurde die FAO beauftragt, eine Konferenz vorzubereiten. Deren Festlegungen, wie die des Vorranges der Landwirtschaftsentwicklung, der Selbstversorgung an Nahrungsmitteln, der Entwicklung durch Agrarreform, der Förderung der Kleinbauern und Landarbeiter, sind bis heute Bestandteil der internationalen Entwicklungsstrategie.

In den sechziger Jahren war Indien der Welt größter Empfänger von Lebensmittelhilfe. Ungeheure Mengen von Getreide flossen in das Land, um größere Hungersnöte zu verhindern. In den folgenden Jahren gelang es Indien, seine Getreideproduktion so zu steigern, daß es Ende der siebziger Jahre als Getreideexporteur auf den Weltmarkt trat. Gleichzeitig jedoch nahm die Zahl der unter dem amtlichen Existenzminimum lebenden Bauern immer mehr zu. Ähnliche Erfahrungen vieler Entwicklungsprogramme leiteten zur zweiten großen FAO-Konferenz 1979. Hatte bereits die erste Weltkonferenz die Notwendigkeit der *Landreform* betont, so wurde dieses Problem hier zum Haupttagesordnungspunkt erhoben. Diese Anerkennung der Bedeutung der Agrarreform bedeutete zweifellos einen Fortschritt. Da jedoch zahlreiche Delegierte aus Ländern kamen, deren Regierungen Landreformen verhindern, fielen die Festlegungen der Konferenz ziemlich wage aus.

Aus der Resolution Nr. 2 der Welternährungskonferenz 1974

1. Die Konferenz ruft die Regierungen auf, angemessene und fortschrittliche Agrarreformen in Gang zu setzen, die mit den politischen Zielen und den Fähigkeiten der Verwaltungen jedes Landes übereinstimmen, angemessene Mittel zur Information und Motivation bereitzustellen und die Einrichtungen in ländlichen Gegenden zu verbessern, die der Schaffung von Beschäftigung und Einkommen dienen und der Organisierung, Aktivierung und dem Beistand der Landbevölkerung, einschließlich der Nomaden, um sie an einer integrierten ländlichen Entwicklung teilhaben zu lassen und um alle ausbeuterischen Arten von Landbesitz, Kredit und Vermarktungssystemen zu beseitigen (...)
2. Die Konferenz lädt alle Regierungen ein, die Entwicklung von Kooperativen und anderen Vereinigungen für die Masse der Bauern und Landarbeiter zu fördern, die der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung dienen und ihnen mehr Selbstvertrauen, Unabhängigkeit und Motivation geben.
3. Die Konferenz ersucht alle Regierungen, ihre Anstrengungen zu verstärken, um der Landbevölkerung Schulbildung und andere Formen der Ausbildung zu geben, die vor allem deren speziellen Bedürfnissen dienen soll, und die die spezielle Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Leben vieler Gesellschaften berücksichtigen soll, mit dem Ziel, den Analphabetismus innerhalb von 10 Jahren auszurotten. *(eigene Übersetzung)*

25 Jahre EG

Zum Geburtstag 10 Mio. Arbeitslose

Die hochfliegenden Pläne einer ,,Europäischen Union“ sind gescheitert, die wirtschaftliche Lage ist trüber denn je. Was die EG zusammenhält ist der Druck der beiden Supermächte

Von Friedemann Bleicher

Feierlichkeiten wird es keine geben, zum 25. Geburtstag der Römischen Verträge. Die Finanzminister der EG haben der Kommission die beantragten Mittel aus dem Haushalt gestrichen. Und was dennoch an Grußadressen verabreicht wird, sind eher Beschwörungsformeln als Gratulationen.

Die Europäische Gemeinschaft ist in einer Krise, das ist sicher. Endlose Krisenkonferenzen um Finanzfragen, Fischereirechte, Agrarpreise, Stahlsubventionen usw. bestimmen das Bild. Monatelang ging etwa der Streit um ein Sozialprogramm in Höhe von rund 150 Mio. DM für die Stahlarbeiter, weil die westdeutsche Regierung grundsätzlich gegen die Ausweitung der Sozialausgaben war. Widerstreitend auch die verschiedenen Interessen bezüglich des Textilmarktes, weshalb die gemeinsame Position zum schließlich ausgehandelten Welttextilabkommen sich auf einen Kündigungsvorbehalt reduzierte. Von ,,Zerfallserscheinungen“ ist bereits die Rede; doch so weit wird es kaum kommen, zu groß ist der äußere Druck.

Zwei große Etappen kennzeichnen die Geschichte der EG bis heute. Erstens die *Zollunion*, die vorzeitig im Juli 1968 vollendet werden konnte; zweitens die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik, die Herstellung einer *Wirtschafts- und Währungsunion*, die bis 1980 vollendet sein sollte, ihrer Verwirklichung aber seit ihrer Proklamation nie näher gekommen ist.

Zweifellos hat die Zollunion die Herausbildung eines gemeinsamen Marktes begünstigt. Die Zollbarrieren zwischen den Mitgliedsländern wurden beseitigt, ein gemeinsamer Zolltarif nach außen eingeführt. Während die Mitgliedsländer 1958 noch ⅔ ihres Außenhandels mit Drittländern abwickelten, findet heute die Hälfte des Außenhandels innerhalb der Gemeinschaft statt. Für die BRD stieg die Bedeutung des innergemeinschaftlichen Handels von 1958 bis 1980 von 34,5 auf 48%,

westdeutsche Regierung grundsätzlich gegen die Ausweitung der Sozialausgaben war. Widerstreitend auch die verschiedenen Interessen bezüglich des Textilmarktes, weshalb die gemeinsame Position zum schließlich ausgehandelten Welttextilabkommen sich auf einen Kündigungsvorbehalt reduzierte. Von ,,Zerfallserscheinungen“ ist bereits die Rede; doch so weit wird es kaum kommen, zu groß ist der äußere Druck.

Zwei große Etappen kennzeichnen die Geschichte der EG bis heute. Erstens die *Zollunion*, die vorzeitig im Juli 1968 vollendet werden konnte; zweitens die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik, die Herstellung einer *Wirtschafts- und Währungsunion*, die bis 1980 vollendet sein sollte, ihrer Verwirklichung aber seit ihrer Proklamation nie näher gekommen ist.

Zweifellos hat die Zollunion die Herausbildung eines gemeinsamen Marktes begünstigt. Die Zollbarrieren zwischen den Mitgliedsländern wurden beseitigt, ein gemeinsamer Zolltarif nach außen eingeführt. Während die Mitgliedsländer 1958 noch ⅔ ihres Außenhandels mit Drittländern abwickelten, findet heute die Hälfte des Außenhandels innerhalb der Gemeinschaft statt. Für die BRD stieg die Bedeutung des innergemeinschaftlichen Handels von 1958 bis 1980 von 34,5 auf 48%,
bezogen auf die heutigen Mitgliedsländer.

Die Wirtschafts- und Währungsunion, für die der Ministerrat im Frühjahr 1972 einen Stufenplan beschlossen hatte, sollte die vollständige Liberalisierung des Waren-, Arbeitskräfte- und Kapitalverkehrs in einem einheitlichen EG-Währungsgebiet bringen. Das heißt, jede Beschränkung des Verkehrs zwischen den Mitgliedsländern sollte fallen, der gesetzliche Rahmen vereinheitlicht werden. Doch damit war die EG offensichtlich an die Grenze ihrer Möglichkeiten als Zusammenschluß eines profitgierigen Räuberhaufens geraten.

Schon die Beseitigung der Zollschranken hat die Länder je nach der speziellen Branchenstruktur, je nach den traditionellen Handelsverbindungen usw. unterschiedlich begünstigt. Und vor allem haben schon davon jene Länder am meisten profitiert, deren Industrie am fortgeschrittensten ist. Je höher die Produktivkraft eines Landes entwickelt ist, um so weniger hat es Zollschutz nötig, um so eher kann es die von keiner Zollschranke geschützten Konkurrenten niedermachen und verschlucken.

Immerhin aber blieb den schwächeren Ländern zu dieser Zeit noch eine Reihe von Abwehrmaßnahmen. Insbesondere hatten sie die Möglichkeit, ausländische Konkurrenz durch Korrektur ihres Wechselkurses abzuhalten. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion sollten diese Schranken beseitigt werden, dem Motto ,,die Großen fressen die Kleinen“ sollte weitgehende Freiheit gewährt werden. Doch keine der beteiligten Mächte, auch nicht die BRD, war in der Lage, diese Sorte Integration gegenüber den kleineren Mitgliedsländern durchzusetzen. Und untereinander mußten sich die Hauptprofiteure der erhofften Gemeinschaft ständig in die Haare kriegen. Denn auch sie unterscheiden sich in ihrem Entwicklungsniveau. Und dies eben kann ein Bündnis wie die EG nicht ausgleichen, vielmehr haben sich die vielfachen Unterschiede trotz Regionalfonds erhalten oder noch verschärft.

So gibt es seit einem Jahrzehnt praktisch keine ,,Vertiefung“ der Gemeinschaft mehr. Zwar wurde 1980 und 1981, nachdem das Scheitern der 1972 erklärten Absicht offensichtlich war, eine Reihe von Initiativen gestartet und die EG-Kommission mit dem sogenannten Mandat vom 30. Mai 1980 ausgestattet, Fortschritte aber hat es trotzdem nicht mehr gegeben.

Im Gegenteil nahm mit der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage auch die Neigung der jeweiligen nationalen Kapitale zu, ihre Regierungen zu administrativen Abwehrmaßnahmen gegen ausländische Konkurrenz zu zwingen, so daß darüber selbst die Erfolge der Zollunion heute bereits wieder gefährdet sind.

Sagt etwa Karl-Heinz Narjes, EG-Kommissar für Binnenhandel, der Markt der Gemeinschaft sei fast noch



oder wieder so problemreich wie zur Gründungszeit der EG. Bloß, daß damals die durch die Zölle errichteten Schutzwälle noch relativ übersichtlich gewesen waren. An ihre Stelle ist eine fast unübersehbare Fülle mehr oder weniger versteckter Hindernisse getreten. ,,Es ist ein Unding“, beklagt sich Narjes, ,,daß mittelständische Unternehmen heute in den EG-Partnerländern Hindernisse vorfinden, die ohne Anwälte gar nicht mehr zu überwinden sind.“

Gemeint sind Warenvorschriften, Qualitätskontrollen, technische Vorschriften, die alle national unterschiedlich geregelt sind. Italien etwa hat 1974 von jedem Importeur die Hinterlegung einer Geldsumme verlangt, um seine Importe zu drosseln. Ganz zu schweigen von unterschiedlichen Rechtsvorschriften und nach wie vor völlig unterschiedlichem Steuersystem und unterschiedlichen Steuersätzen. Erinnert man sich etwa an den stets neu aufflammenden heillosen Krach um die Stahlsubventionen, der natürlich auf dem Rücken der Stahlarbeiter ausgetragen wird?

Will man die EG beurteilen, so muß man dies in ihrer internationalen Stellung tun. Von ihren entschiedensten Gegnern, wie etwa dem norwegischen Sozialisten Johan Galtung, war die Gemeinschaft bekämpft worden, weil sie ,,unweigerlich zu einem Superstaat führen und dieser Superstaat früher oder später zwangsläufig in einer Supermacht enden wird“. Und insofern hier versucht werde, eine vergangene eurozentrische Welt wiedererstehen zu lassen, werde das Rad der Geschichte zurückgedreht.

Heute deutlicher noch als damals läßt sich sagen, daß die EG zu dieser Supermacht in der gegenwärtigen Kräftekonstellation der Welt nicht werden wird. Einst vor allem zum Nutzen des amerikanischen Großkapitals gegründet, ist sie mittlerweile zu einem Gegengewicht gegen beide Supermächte geworden, ohne selbst das Zeug zu einer solchen zu haben. Und als solche mittlere Macht nimmt sie, sofern sie überhaupt zu einheitlicher Handlung fähig ist, auch gegenüber der Dritten Welt eine Zwischenstellung ein.

Gleichzeitig trägt die EG dem Umstand Rechnung, daß die große Industrie längst einen (west-)europäischen Zusammenhang hergestellt hat. Die Stahlkrise, die Automobilkrise, die Textilkrise oder die Krise der Chemiefaserindustrie kann nicht mehr national gelöst werden. Auch jegliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist fast nur noch im Gleichschritt durchsetzbar. Daher die erschreckte Reaktion auf Mitterrands Vorstoß für einen ,,europäischen Sozialraum“ mit einer Neugestaltung der Arbeitszeitregelung. Für solche ,,europäische Politik“ ist die EG ein Hindernis, weil ihr Allheilmittel die Vertiefung der Konkurrenz in einem vergrößerten Markt und die Gängelung ihrer schwächsten Mitglieder ist. Eine Lösung der Probleme ist in diesem Rahmen nicht möglich.

Vom Marshallplan zur EWG

An der Wiege der europäischen Integration standen die USA

wat. Westberlin. Kaum aus dem II. Weltkrieg herausgekommen, sahen sich die westeuropäischen Siegerländer neuen riesigen Belastungen durch den erfolglosen Kampf zur Erhaltung ihres Kolonialbesitzes ausgesetzt. Als erster ging des Niederlanden in Indonesien ein Kapitalbesitz verloren, der vor dem

Verpflichtungen, die uns in Korea und Japan obliegen? ... Reich und mächtig, wie wir sind, können wir es uns trotzdem nicht leisten, unsere Anstrengungen derart zu zersplittern, daß sie uns nicht nur ernsthaft schwächen, sondern auch all unser Bemühen um seine Wirkung bringen können.“

Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel abwickelte, und die praktisch zur westeuropäischen Zentralbank wurde. 1959 wurde sie von einem europäischen Währungsabkommen abgelöst.

Der nächste Schritt bestand in der Gründung der Europäischen Gemein-

Frankreich den Vertrag zum Platzen. Die EVG hätte bedeutet, daß die nationalen Militärausgaben auf internationaler Ebene festgesetzt werden würden. Der damalige französische Ministerpräsident Mendes-France erklärte: ,,Diese Methode könnte verdrießlich werden, da es sich um erhebliche Ausgaben für alle Nationen handeln würde und überdies zu befürchten ist, daß die Militärs, sich selbst überlassen, versucht wären, Kredite zu verlangen, welche die Möglichkeiten jedes Landes übersteigen.“ Die EVG hätte die natio-

1981, nachdem das Scheitern der 1972 erklärten Absicht offensichtlich war, eine Reihe von Initiativen gestartet und die EG-Kommission mit dem sogenannten Mandat vom 30. Mai 1980 ausgestattet, Fortschritte aber hat es trotzdem nicht mehr gegeben.

Im Gegenteil nahm mit der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage auch die Neigung der jeweiligen nationalen Kapitale zu, ihre Regierungen zu administrativen Abwehrmaßnahmen gegen ausländische Konkurrenz zu zwingen, so daß darüber selbst die Erfolge der Zollunion heute bereits wieder gefährdet sind.

Sagt etwa Karl-Heinz Narjes, EG-Kommissar für Binnenhandel, der Markt der Gemeinschaft sei fast noch



oder wieder so problemreich wie zur Gründungszeit der EG. Bloß, daß damals die durch die Zölle errichteten Schutzwälle noch relativ übersichtlich gewesen waren. An ihre Stelle ist eine fast unübersehbare Fülle mehr oder weniger versteckter Hindernisse getreten. ,,Es ist ein Unding“, beklagt sich Narjes, ,,daß mittelständische Unternehmen heute in den EG-Partnerländern Hindernisse vorfinden, die ohne Anwälte gar nicht mehr zu überwinden sind.“

Gemeint sind Warenvorschriften, Qualitätskontrollen, technische Vorschriften, die alle national unterschiedlich geregelt sind. Italien etwa hat 1974 von jedem Importeur die Hinterlegung einer Geldsumme verlangt, um seine Importe zu drosseln. Ganz zu schweigen von unterschiedlichen Rechtsvorschriften und nach wie vor völlig unter-

strie längst einen (west-)europäischen Zusammenhang hergestellt hat. Die Stahlkrise, die Automobilkrise, die Textilkrise oder die Krise der Chemiefaserindustrie kann nicht mehr national gelöst werden. Auch jegliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist fast nur noch im Gleichschritt durchsetzbar. Daher die erschreckte Reaktion auf Mitterrands Vorstoß für einen ,,europäischen Sozialraum“ mit einer Neugestaltung der Arbeitszeitregelung. Für solche ,,europäische Politik“ ist die EG ein Hindernis, weil ihr Allheilmittel die Vertiefung der Konkurrenz in einem vergrößerten Markt und die Gängelung ihrer schwächsten Mitglieder ist. Eine Lösung der Probleme ist in diesem Rahmen nicht möglich.

Vom Marshallplan zur EWG

An der Wiege der europäischen Integration standen die USA

wat. Westberlin. Kaum aus dem II. Weltkrieg herausgekommen, sahen sich die westeuropäischen Siegerländer neuen riesigen Belastungen durch den erfolglosen Kampf zur Erhaltung ihres Kolonialbesitzes ausgesetzt. Als erster ging des Niederlanden in Indonesien ein Kapitalbesitz verloren, der vor dem Krieg 2,5 Mrd. $ betragen hatte. Großbritannien mußte seine Rüstungsausgaben neu ausdehnen. Hatten sie 1938 250 Mio. Pfund betragen, wuchsen sie von 744 Mio. 1949 bis auf 1,46 Mrd. 1952. Im Kampf gegen die griechische Befreiungsbewegung hatte der britische Imperialismus riesige Verluste und mußte schließlich die USA um Hilfe anrufen. Nicht besser erging es Frankreich. Allein 1952 hatte es im Indochinakrieg 400 Mrd. Franc Kosten und wieder mußten die USA beispringen. Es folgte der nicht weniger verlustreiche Algerienkrieg. Belgien verlor 1960 bis 1963 seine Kolonie Kongo.

Unter diesen Umständen blieb auch den westeuropäischen Siegermächten nichts anderes übrig, als amerikanischem Druck in der Frage der europäischen Einigung nachzugeben, und hätten die USA nicht ihrerseits im Koreakrieg eine schwere Niederlage erlitten, wäre durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sogar die Souveränität der westeuropäischen Nationalstaaten ernstlich bedroht worden.

General Marshall war nach dem II. Weltkrieg zunächst Botschafter in China. In dem Maß, wie sich der Sieg der chinesischen Revolution abzeichnete, wandte er sich Europa zu. 1947 verkündete er den Hilfsplan. Im März 1948 legte er in Los Angeles die zugrundeliegende Strategie dar: ,,Was nun unsere Stellungnahme gegenüber der Weltlage in ihrer Gesamtheit angeht, so liegt das Hauptproblem für uns darin, zu entscheiden, wann und wie wir unseren Einfluß ausüben sollen: in Europa, im Mittleren Osten, in Indonesien oder in China? Und was ist mit Latein-Amerika und den direkten Verpflichtungen, die uns in Korea und Japan obliegen? ... Reich und mächtig, wie wir sind, können wir es uns trotzdem nicht leisten, unsere Anstrengungen derart zu zersplittern, daß sie uns nicht nur ernsthaft schwächen, sondern auch all unser Bemühen um seine Wirkung bringen können.“

Einen Monat später entstand in Paris die schon länger vorbereitete Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die die Aufgabe bekam, die Marshallplangelder zu verteilen, und die zugleich der Ausgangspunkt für die westeuropäische wirtschaftliche Einigung war. In den USA wurde das ,,Auslandshilfegesetz von 1948“ verabschiedet, welches keinen Zweifel über den Zusammenhang des Marshallplans und der europäischen Einigung läßt. ,,Es wird weiterhin erklärt, daß es die Politik des amerikanischen Volkes ist, die Grundsätze der individuellen Freiheit, freiheitliche Einrichtungen und echte Unabhängigkeit in Europa durch Hilfe an solche europäischen Länder zu stützen und zu stärken, die an einem gemeinsamen, auf Selbsthilfe und gegenseitige Zusammenarbeit gegründeten Wiederaufbauprogramm teilnehmen, vorausgesetzt, daß eine Hilfe an die Teilnehmerstaaten, die hier in Betracht gezogen werden, die wirtschaftliche Stabilität der Vereinigten Staate. nicht ernstlich beeinträchtigt.“ Es versteht sich auch wie von selbst, daß Marshallplangelder für solche Branchen gesperrt wurden, in denen Nationalisierungen geplant waren. Walter Hallstein, lange Jahre für das westdeutsche Kapital in führenden EWG-Gremien tätig und folglich kompetent, spricht von der ,,großartigen Unterstützung, die die europäische Integration von Anfang an von den Vereinigten Staaten erfahren hat und ohne die ihre Fortschritte nicht möglich gewesen wären.“

Im Rahmen der OEEC wurde 1950 die Europäische Zahlungsunion (EZU) gegründet, die ihre Tätigkeit über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel abwickelte, und die praktisch zur westeuropäischen Zentralbank wurde. 1959 wurde sie von einem europäischen Währungsabkommen abgelöst.

Der nächste Schritt bestand in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die USA sahen sich 1950 genötigt, vorübergehend einen 550 Mio.-$-Kredit des Marshall-Plans zu sperren, um die westeuropäischen Staaten von der Notwendigkeit dieser Gemeinschaft zu überzeugen. 1951 wurde die EGKS gegründet, ihre ersten größeren Mittel bestanden aus einem 1954 gewährten 100 Mio.-$-Kredit aus den USA.

Am liebsten hätten die USA in diesem Jahren auch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durchgesetzt. Der EVG-Vertrag war bereits 1952 von europäischen Außenministern unterschrieben worden, aber 1954 brachte Frankreich den Vertrag zum Platzen. Die EVG hätte bedeutet, daß die nationalen Militärausgaben auf internationaler Ebene festgesetzt werden würden. Der damalige französische Ministerpräsident Mendes-France erklärte: ,,Diese Methode könnte verdrießlich werden, da es sich um erhebliche Ausgaben für alle Nationen handeln würde und überdies zu befürchten ist, daß die Militärs, sich selbst überlassen, versucht wären, Kredite zu verlangen, welche die Möglichkeiten jedes Landes übersteigen.“ Die EVG hätte die nationale Finanzautonomie und damit faktisch die Souveränität durchbrochen. Stattdessen wurde dann 1954 die NATO gegründet. In weiteren Verhandlungen 1955 bis 1957 wurde die EWG geschaffen.

Überblickt man noch einmal diesen Zeitraum, so stehen am Anfang 1947 die Truman-Doktrin zur Niederwerfung der griechischen Befreiungsbewegung und die Entfernung kommunistischer Minister aus den Regierungen in Frankreich und Italien, am Ende der Zusammenbruch des europäischen Kolonialsystems, die NATO und die EWG. Die Dreiteilung der Welt war abgeschlossen.



Jubel in Grönland über den Beschluß zum Austritt aus der EG

Leiharbeiterzahlen stagnieren

kvz. Bei den Überlassungskapitalisten sind in 1981 rund 44000 Arbeiter beschäftigt gewesen, die Zahl der Überlassungen lag bei ca. 300000. Erstmals seit 1975 – von 75 bis 80 steigerte sich die Zahl der überlassenen Arbeitskräfte von 95000 auf 312000 – trat 1981 damit eine Stagnation ein. Der Gesamtumsatz der Branche liegt bei rd. 2 Mrd. DM, 1500 Kapitalisten haben eine Lizenz der Bundesanstalt für Arbeit. Facharbeiter und Schreibkräfte sind am meisten gefragt. Rund 30% der Arbeiter waren als Schlosser und Mechaniker in Montage- und Metallberufen tätig, auf das Baugewerbe entfallen ca. 15%. 75% der Leiharbeiter sind Männer. Die Frauen waren zu etwa 75% im Büro- und Verwaltungswesen tätig.

Zusätzlicher Lohn muß auch nach Ausscheiden gezahlt werden

kvz. Nach einer Entscheidung des 4. Senats des Bundesarbeitsgerichtes müssen die Kapitalisten auch für einen zurückliegenden Zeitraum zusätzlich gezahlte Löhne (nachträgliche Gelder für erbrachte Arbeitsleistungen oder rückwirkend gezahlte übertarifliche Zulagen) an diejenigen Arbeiter zahlen, die mittlerweile gekündigt haben oder entlassen wurden. Damit wurde eine gegenlautende frühere Entscheidung aufgehoben. Der Fall war durch die Klage von zwei Arbeitern aus NRW in Gang gekommen, die ihren ehemaligen Kapitalisten verklagt hatten, weil er nachträglich gezahlte übertarifliche Zulagen den Entlassenen nicht ausgezahlt hatte. Die Kapitalisten hatten nach dem Tarifabschluß 1978 erst die bisher gezahlten übertariflichen Zulagen auf die Lohnerhöhung angerechnet, unter dem Druck der Belegschaft aber später wieder übertarifliche Zulagen gezahlt. Der 4. Senat hat jetzt die Kapitalisten zur Zahlung der Beträge im Nachhinein vergattert.

4,36% – ‚Kopierveranstaltung'

kvz. Tarifabschlüsse in ,,Kopierveranstaltungen'' mit anderen Branchen lehnte der zweite Vorsitzende der HBV Steinborn für die Bereiche des Handels und der Versicherungen ab. Allerdings ist das Ergebnis bei den nicht schlecht verdienenden Banken mit 4,2% auch nur eine ,,Kopie'' von Metall und die 4,36% für den hessischen Einzelhandel liegen auch dicht bei.

Versicherungen: Tarifverhandlungen auf 29.3. vertagt

rok. Ohne Ergebnis endete am 19.3. die erste Tarifverhandlung für die ca. 200000 Versicherungsangestellten. Die HBV hat 7% Gehaltserhöhung, 6 Wochen Urlaub für alle, Ausdehnung der Freischichtenregelung, Silvester arbeitsfrei, Begrenzung der Höchstarbeitszeit auf 175 Stunden und 22 Tage

die Klage von zwei Arbeitern aus NRW in Gang gekommen, die ihren ehemaligen Kapitalisten verklagt hatten, weil er nachträglich gezahlte übertarifliche Zulagen den Entlassenen nicht ausgezahlt hatte. Die Kapitalisten hatten nach dem Tarifabschluß 1978 erst die bisher gezahlten übertariflichen Zulagen auf die Lohnerhöhung angerechnet, unter dem Druck der Belegschaft aber später wieder übertarifliche Zulagen gezahlt. Der 4. Senat hat jetzt die Kapitalisten zur Zahlung der Beträge im Nachhinein vergattert.

4,36% – ‚Kopierveranstaltung'

kvz. Tarifabschlüsse in ,,Kopierveranstaltungen'' mit anderen Branchen lehnte der zweite Vorsitzende der HBV Steinborn für die Bereiche des Handels und der Versicherungen ab. Allerdings ist das Ergebnis bei den nicht schlecht verdienenden Banken mit 4,2% auch nur eine ,,Kopie'' von Metall und die 4,36% für den hessischen Einzelhandel liegen auch dicht bei.

Versicherungen: Tarifverhandlungen auf 29.3. vertagt

rok. Ohne Ergebnis endete am 19.3. die erste Tarifverhandlung für die ca. 200000 Versicherungsangestellten. Die HBV hat 7% Gehaltserhöhung, 6 Wochen Urlaub für alle, Ausdehnung der Freischichtenregelung, Silvester arbeitsfrei, Begrenzung der Höchstarbeitszeit auf 175 Stunden und 22 Tage
in 4 Wochen, um 2 Jahre vorgezogene Pensionierung, Absicherung der Sonderzahlungen: Weihnachten 100%, Urlaub 50%, mindestens 1500 DM, Wegfall der Tarifgruppe I, Kürzung der Berufsjahresstaffel in den Tarifgruppen II – V, sowie die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um einheitlich 70 DM gefordert. Der Arbeitgeberverband hat gleich erklärt, die von den Gewerkschaften geforderte Sicherung der Realeinkommen sei nicht möglich, da dazu Gehaltserhöhungen erforderlich seien, von denen netto 6% übrig bliebe. Es seien aber nicht einmal netto 4% möglich, die Gewinne der Unternehmer seien im letzten Jahr bereits um 10% zurückgegangen – angesichts der Ertragslage der Versicherungen ein glatter Hohn. Schließlich versuchte der Arbeitgeberverband die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer als Initiative des DGB darzustellen. – Bei den Versicherungsangestellten ist nach monatelangem ideologischem Beschuß und dem sang- und klanglosen 4,2%-Abschluß bei den Banken die Luft raus. Obwohl die Arbeitgeber am 19. noch kein Angebot vorgelegt haben, ist es daher gut möglich, daß auch für die Versicherungsangestellten am 29.3. bei 4,2% abgeschlossen wird.

Bau geht in die Schlichtung

kvz. Nachdem die Tarifverhandlungen auch in der dritten Runde für die Bauindustrie ohne Ergebnis blieben, haben beide Seiten die Schlichtung angerufen. Schlichter ist der Bankier Hesselbach. Zwar wären die Kapitalisten bereit, mit ihrem Abschluß über die bisher von ihnen angebotenen 3% ,,schrittweise nach oben'' hinauszugehen, wenn die IG BSE bereit sei, unter 4% abzuschließen, erklärte der Vizepräsident des deutschen Baugewerbes, Karl Schäfer. Aber die Große Tarifkommission der IG BSE hatte ausdrücklich der Verhandlungskommission keine Vollmacht gegeben, unter 4% abzuschließen. Die Kapitalisten haben erklärt, wegen der Lage in der Bauindustrie könne der 4,2%-Abschluß keinesfalls als ,,Orientierungskurve'' gelten. Die erste Schlichtungsverhandlung unter Hesselbachs Vorsitz, der bereits im letzten Jahr auf 4,0% geschlichtet hatte, findet am Freitag statt.

Kampf gegen Entlassungen beim Münchner Zeitungsverlag

kvz. Seit Wochen versucht die Geschäftsführung des Münchner Zeitungsverlages die Belegschaft der Zeitungen ,,Münchner Merkur'' und ,,TZ'' zur Zustimmung von 300 Entlassungen zu zwingen. Zu vielfältigen Aktionen, Arbeitsniederlegungen – Frauen der Beschäftigten demonstrierten vor dem Verlagsgebäude – kam es schon in den letzten Wochen. Am letzten Wochenende wurde ein Warnstreik durchgeführt, so daß die Wochenendausgaben der genannten Zeitungen nicht erscheinen konnten. Am Freitagabend waren 100 Arbeiter der Spätschicht nach einer Abstimmung wieder nach Hause gegangen. – ,,Sanierungsverhandlungen'' zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat sind gescheitert, denn die Geschäftsführung blieb bei der Entlassung von 300 Beschäftig-

abzuschließen, erklärte der Vizepräsident des deutschen Baugewerbes, Karl Schäfer. Aber die Große Tarifkommission der IG BSE hatte ausdrücklich der Verhandlungskommission keine Vollmacht gegeben, unter 4% abzuschließen. Die Kapitalisten haben erklärt, wegen der Lage in der Bauindustrie könne der 4,2%-Abschluß keinesfalls als ,,Orientierungskurve'' gelten. Die erste Schlichtungsverhandlung unter Hesselbachs Vorsitz, der bereits im letzten Jahr auf 4,0% geschlichtet hatte, findet am Freitag statt.

Kampf gegen Entlassungen beim Münchner Zeitungsverlag

kvz. Seit Wochen versucht die Geschäftsführung des Münchner Zeitungsverlages die Belegschaft der Zeitungen ,,Münchner Merkur'' und ,,TZ'' zur Zustimmung von 300 Entlassungen zu zwingen. Zu vielfältigen Aktionen, Arbeitsniederlegungen – Frauen der Beschäftigten demonstrierten vor dem Verlagsgebäude – kam es schon in den letzten Wochen. Am letzten Wochenende wurde ein Warnstreik durchgeführt, so daß die Wochenendausgaben der genannten Zeitungen nicht erscheinen konnten. Am Freitagabend waren 100 Arbeiter der Spätschicht nach einer Abstimmung wieder nach Hause gegangen. – ,,Sanierungsverhandlungen'' zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat sind gescheitert, denn die Geschäftsführung blieb bei der Entlassung von 300 Beschäftig-
ten über einen Sozialplan. Der Betriebsrat lehnt jede Form von Massenentlassung ab, schlug stattdessen aber ,,Auflösungsverträge auf freiwilliger Basis'' vor. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, die Einigungsstelle wurde angerufen.



Weitere Aktionen gegen Zumutbarkeitserlaß notwendig

geh. Die IG Metall hat jetzt zusammen mit anderen Einzelgewerkschaften die beiden ersten zentralen Kundgebungen gegen die ,,Zumutbarkeitsverordnung'' durchgeführt. In Nürnberg demonstrierten rund 10000 Lohnabhängige aus ganz Süddeutschland zur Bundesanstalt. Auf der Abschlußkundgebung trat K.H. Janzen schroff gegen diesen Beschluß und die dahinterstehende Bundesregierung auf. Hier habe es eine ,,unheilige Allianz mit Kapitalisten und Konservativen'' gegeben, griff er den Bundesarbeitsminister an. Die Qualifikations-Stufenleiter sei ,,abenteuerlicher Schwachsinn'', nur die Kapitalisten profitierten bei diesem ,,kolossalen Geschäft'', das ihnen hochqualifizierte Arbeiter für minderqualifizierte Tätigkeiten vermittele. Die Arbeitslosen würden dabei um ihren Versicherungsschutz betrogen. Die für die Arbeitslosenversicherung fehlenden Gelder seien über eine Ergänzungsabgabe für die Großverdiener und eine Arbeitsmarktabgabe zu holen. Dies dürfe nicht länger ,,an den Reaktionären in CDU und CSU, Unternehmermarionetten in der FDP und Hasenfüßen in der SPD'' scheitern. Mitgliedern, die unter das Fallbeil der Verordnung kämen, sicherte Janzen den Rechtsschutz der IG Metall zu.

In Bremen sprach – in seiner moderaten Art – H. Janßen vor 1500 Teilnehmern. O.v. Steeg begrüßte den Zusammenschluß von Arbeitslosen in Initiativen, mit denen die Gewerkschaft zusammenarbeiten wolle.

Für die IG Metall haben beide Jan(ß)zen erklärt, wenn die Verordnung am 15.4.82 in Kraft trete, be-

nung'' durchgeführt. In Nürnberg demonstrierten rund 10000 Lohnabhängige aus ganz Süddeutschland zur Bundesanstalt. Auf der Abschlußkundgebung trat K.H. Janzen schroff gegen diesen Beschluß und die dahinterstehende Bundesregierung auf. Hier habe es eine ,,unheilige Allianz mit Kapitalisten und Konservativen'' gegeben, griff er den Bundesarbeitsminister an. Die Qualifikations-Stufenleiter sei ,,abenteuerlicher Schwachsinn'', nur die Kapitalisten profitierten bei diesem ,,kolossalen Geschäft'', das ihnen hochqualifizierte Arbeiter für minderqualifizierte Tätigkeiten vermittele. Die Arbeitslosen würden dabei um ihren Versicherungsschutz betrogen. Die für die Arbeitslosenversicherung fehlenden Gelder seien über eine Ergänzungsabgabe für die Großverdiener und eine Arbeitsmarktabgabe zu holen. Dies dürfe nicht länger ,,an den Reaktionären in CDU und CSU, Unternehmermarionetten in der FDP und Hasenfüßen in der SPD'' scheitern. Mitgliedern, die unter das Fallbeil der Verordnung kämen, sicherte Janzen den Rechtsschutz der IG Metall zu.

In Bremen sprach – in seiner moderaten Art – H. Janßen vor 1500 Teilnehmern. O.v. Steeg begrüßte den Zusammenschluß von Arbeitslosen in Initiativen, mit denen die Gewerkschaft zusammenarbeiten wolle.

Für die IG Metall haben beide Jan(ß)zen erklärt, wenn die Verordnung am 15.4.82 in Kraft trete, be-
trachteten die DGB-Gewerkschaften dies als ,,eine offene Kampfansage, die sie nicht widerstandslos hinnehmen''.

Zwar unkte die FAZ am Freitag, es gebe Anzeichen, daß auch hier die Bundesregierung wieder umfallen und Ehrenberg die Genehmigung der Verordnung versagen werde, doch davon ist bislang nichts zu erkennen. Im Gegenteil, die Wahrscheinlichkeit, daß die Genehmigung erteilt wird, wächst in dem Maß, wie es den Gewerkschaften nicht gelingt, den Kampf dagegen schon vorher zu entwickeln. Die 10000 in Nürnberg waren viel, wenn man bedenkt, daß oft erst am Vortag Flugblätter zur Mobilisierung verteilt wurden und dies in der Regel auch die allererste Information gewesen ist. Daß es dennoch so viele gewesen sind zeigt, daß die Notwendigkeit der Gegenaktion von den Arbeitern gesehen wird. Daß es nur 10000 waren, liegt aber umgekehrt daran, daß nur wenig mobilisiert wurde von der IG Metall und die Mobilisierung oft nur auf die vorher festgelegte Sitzplatzzahl der Busse reduziert wurde. Bremen mit den nur 1500 Teilnehmern wirkte da schon demobilisierend für die weiteren Aktionen. Daß die nächste Kundgebung am 27.3.82 in Düsseldorf in der Philipshalle stattfinden soll, läßt Schlimmes befürchten. Eine zahlenmäßig starke Versammlung in einer überquellenden Halle wäre Druck auf den Vorstand, weitere Aktionen zu fördern.

Neben diesen zentralen Aktionen wären Demonstrationen und Kundgebungen auf der Orts- oder Arbeitsamtsebene wichtig, was ja nebenbei in der Entschließung des Beirats der IG Metall auch gefordert wird. Auf der lokalen Ebene ist die Zusammenarbeit zwischen den Einzelgewerkschaften besser oder zumindest leichter organisierbar. Arbeitsloseninitiativen können hier mit den Gewerkschaften zusam-

die Genehmigung erteilt wird, wächst in dem Maß, wie es den Gewerkschaften nicht gelingt, den Kampf dagegen schon vorher zu entwickeln. Die 10000 in Nürnberg waren viel, wenn man bedenkt, daß oft erst am Vortag Flugblätter zur Mobilisierung verteilt wurden und dies in der Regel auch die allererste Information gewesen ist. Daß es dennoch so viele gewesen sind zeigt, daß die Notwendigkeit der Gegenaktion von den Arbeitern gesehen wird. Daß es nur 10000 waren, liegt aber umgekehrt daran, daß nur wenig mobilisiert wurde von der IG Metall und die Mobilisierung oft nur auf die vorher festgelegte Sitzplatzzahl der Busse reduziert wurde. Bremen mit den nur 1500 Teilnehmern wirkte da schon demobilisierend für die weiteren Aktionen. Daß die nächste Kundgebung am 27.3.82 in Düsseldorf in der Philipshalle stattfinden soll, läßt Schlimmes befürchten. Eine zahlenmäßig starke Versammlung in einer überquellenden Halle wäre Druck auf den Vorstand, weitere Aktionen zu fördern.

Neben diesen zentralen Aktionen wären Demonstrationen und Kundgebungen auf der Orts- oder Arbeitsamtsebene wichtig, was ja nebenbei in der Entschließung des Beirats der IG Metall auch gefordert wird. Auf der lokalen Ebene ist die Zusammenarbeit zwischen den Einzelgewerkschaften besser oder zumindest leichter organisierbar. Arbeitsloseninitiativen können hier mit den Gewerkschaften zusam-
menarbeiten, wie das Beispiel in Bremen und Bremerhaven zeigt. Beispielhaft sind solche gemeinsamen Aktionen zwischen Gewerkschaftsjugend und arbeitslosen Jugendlichen für mehr Arbeitsplätze vor Hamburger Firmen. Solche öffentlichen Aktionen der Arbeiter und Arbeitslosen sind der empfindliche Punkt dieser sozial-liberalen Bundesregierung, zumindest ihres sozialdemokratischen Teils. Diese Empfindlichkeit ist nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen eher noch gestiegen.

Ohne weitere öffentliche Aktionen, gerade auf der Ebene der Orte oder der Arbeitsamtsbezirke wird die Klage der IG Metall, die weiter geplant ist, in den Instanzen wirkungslos versickern. Selbst wenn es nicht gelänge, die Verordnung zu stoppen, hätten solche Aktionen Auswirkungen bei der Anwendung dieser ,,Unzumutbarkeitsverordnung''.

Dabei ist die Konzentration auf die Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung neben der Ablehnung der Verordnung wichtig. Ablenkend wirken da Überlegungen nach einer Einführung der Meldepflicht für freie Stellen oder die Überprüfung der Nebentätigkeiten.

Die Forderung nach der Meldepflicht kann den Geruch nicht loswerden, daß mit ihrer Hilfe die Arbeitslosenstatistik bzw. die Offene Stellen-Statistik geschönt werden soll. Real werden durch sie keine neuen Stellen geschaffen, höchstens bei den Arbeitsämtern. Ändern würde sich die Lage der Arbeitslosen hier erst dann, wenn die Arbeitsämter über die Besetzung der freien Stellen entscheiden könnten. Nur, dies wäre schon ein erheblicher Eingriff in die Eigentumsrechte der Kapitalisten.

res sozialdemokratischen Teils. Diese Empfindlichkeit ist nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen eher noch gestiegen.

Ohne weitere öffentliche Aktionen, gerade auf der Ebene der Orte oder der Arbeitsamtsbezirke wird die Klage der IG Metall, die weiter geplant ist, in den Instanzen wirkungslos versickern. Selbst wenn es nicht gelänge, die Verordnung zu stoppen, hätten solche Aktionen Auswirkungen bei der Anwendung dieser ,,Unzumutbarkeitsverordnung''.

Dabei ist die Konzentration auf die Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung neben der Ablehnung der Verordnung wichtig. Ablenkend wirken da Überlegungen nach einer Einführung der Meldepflicht für freie Stellen oder die Überprüfung der Nebentätigkeiten.

Die Forderung nach der Meldepflicht kann den Geruch nicht loswerden, daß mit ihrer Hilfe die Arbeitslosenstatistik bzw. die Offene Stellen-Statistik geschönt werden soll. Real werden durch sie keine neuen Stellen geschaffen, höchstens bei den Arbeitsämtern. Ändern würde sich die Lage der Arbeitslosen hier erst dann, wenn die Arbeitsämter über die Besetzung der freien Stellen entscheiden könnten. Nur, dies wäre schon ein erheblicher Eingriff in die Eigentumsrechte der Kapitalisten.

Ob das von Ehrenberg geplant ist? – Durch die realen Pläne Ehrenbergs ist allerdings die Frage der Verfügung über die Arbeitslosenversicherung und ihre Selbstverwaltung heute brennend aktuell.



Die Streiks in Belgien gehen weiter

kvz. Die Gewerkschaften setzten auch in dieser Woche ihre Streiks gegen die drastischen Sparmaßnahmen der christlich-liberalen Regierung unter Premier Martens fort. In der Borinage, dem Stahl- (und ehemaligen) Kohlenrevier um Bergen, hat der sozialistische Gewerkschaftsbund FGTB zu einem Generalstreik aufgerufen, der bis zum Wochenende dauert. Von diesem Streik ist auch der intenationale Bahn- und Transitverkehr betroffen. Die Eisenbahnergewerkschaften haben am Donnerstag den gesamten Bahnverkehr stillgelegt, da ihnen am Wochenende zuvor Pläne bekannt wurden, daß aus Einsparungsgründen von der Regierung pro Tag knapp 250 Zugverbindungen im ganzen Land gestrichen werden sollen. Über das Ergebnis der Abstimmung der Beschäftigten von Cockerill Sambre in Charleroi über einen Vorschlag der beteiligten Gewerkschaften, den seit über drei Wochen dauernden Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen, war uns bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt. In Lüttich, dem zweiten großen Betriebsort von Cockerill Sambre soll dagegen gegen das Rationalisierungsprogramm weiter gestreikt werden. *Bild:* Demonstration der Beschäftigten der staatlichen Fluggesellschaft Sabena gegen Lohnsenkungspläne der Regierung.

Lohnverzicht von 3Mrd.$ für General Motors

kvz. Nach Ford hat nun auch der dritte der großen amerikanischen Automobilkonzerne die Automobilarbeitergewerkschaft UAW zu einem Lohnverzicht zwingen können, den Konzernvertreter unverholen als ,,historisch'' bezeichnen. Die Laufzeit des Abkommens beträgt 30 Monate und in dieser Zeit verzichtet die UAW auf zwei jährliche Lohnerhöhungen von 3% plus dem Gegenwert für zwei Wochen bezahlten Urlaub pro Jahr. Außerdem wird auf die dieses Jahr fällige Anpassung an die Inflation verzichtet. Die amerikanischen Tarifverträge schließen gewöhnlich eine Inflationsanpassung und eine zusätzliche Steigerung des Lohnsatzes ein. General Motors verzichtet im Gegenzug auf die Schließung von vier Werken mit mehr als 10000 Beschäftigten und gewährt eine Gewinnbeteiligung. Die Verknüpfung des Abkommens mit einer Senkung der Autopreise hat der Konzern abgelehnt. – Ford hat am selben Tag bekanntgegeben, 22% seiner 13500 Beschäftigten in Argentinien zu entlassen.

wos. 3,8 Mio. Arbeiter und Angestellte – das sind über ein Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder und 43% aller in der privaten Wirtschaft organisierten – vertraten die Vorsitzenden der 39 Branchenföderationen, die sich am 14.12.1981 im Gebäude der Föderation der Gewerkschaften der Elektroindustrie in Tokio versammelt hatten. Sie gingen davon aus, daß 1982 noch weitere Branchenföderationen dem neuen Zusammenschluß beitreten werden. Die Bezeichnung „Vorbereitungskonferenz für die Einheit“ darf aber nicht vortäuschen, daß es jetzt noch um entscheidende Vorbereitungen ginge. Die sind nämlich schon gelaufen. Jetzt geht es vielmehr darum, den Zusammenschluß organisatorisch zu festigen, zu erweitern. Eine programmatische Grundlage liegt seit dem letzten Mai vor: die „Grundkonzeption für die Einheit der Gewerkschaftsfront durch Initiative der Gewerkschaften im privaten Sektor“.

Aber dieses Ereignis, über das man sich angesichts der langen Geschichte politischer Spaltungen und organisatorischer Zersplitterung in der japanischen Arbeiterbewegung nur freuen könnte, fand unter dem Schutz von 2000 voll ausgerüsteten Bereitschaftspolizisten statt; das Gewerkschaftsgebäude war mit Schutzbrettern abgeriegelt, und ohne Gesichtskontrolle gelangte niemand der Eingeladenen hinein. Demonstranten versuchten zum Ort des Geschehens vorzudringen, es kam zu Festnahmen. Schon am Vortag hatte ein Zug von 3500 Leuten nach einer Kundgebung durch die Innenstadt von Tokio protestiert. „Anarchos stören Gewerkschaftskongreß?“ – Nein, demonstriert haben aktive Gewerkschafter und Funktionäre. Was war geschehen?

Was ist anders als in der BRD?

In Japan gibt es nicht 17 Branchengewerkschaften, sondern an die 34000 Betriebs- oder Unternehmensgewerkschaften. Diese sind in rund 100 sogenannten Branchenföderationen ziemlich locker zusammengefaßt. Es gibt nicht *einen* Dachverband, wie den DGB (den CGB darf man wohl vernachlässigen, bei der DAG sieht das schon anders aus), sondern derer *vier*, die ihrerseits aus den Branchenföderationen gebildet werden, ohne daß sie diese aber fest am Zügel hätten.

Du bist nicht aufgrund deiner selbständigen, individuellen Entscheidung Gewerkschaftsmitglied, sondern wirst quasi automatisch in die Betriebsgewerkschaft aufgenommen, wenn du

hatte ein Zug von 3500 Leuten nach einer Kundgebung durch die Innenstadt von Tokio protestiert. „Anarchos stören Gewerkschaftskongreß?“ – Nein, demonstriert haben aktive Gewerkschafter und Funktionäre. Was war geschehen?
Was ist anders als in der BRD?
In Japan gibt es nicht 17 Branchengewerkschaften, sondern an die 34000 Betriebs- oder Unternehmensgewerkschaften. Diese sind in rund 100 sogenannten Branchenföderationen ziemlich locker zusammengefaßt. Es gibt nicht einen Dachverband, wie den DGB (den CGB darf man wohl vernachlässigen, bei der DAG sieht das schon anders aus), sondern derer vier, die ihrerseits aus den Branchenföderationen gebildet werden, ohne daß sie diese aber fest am Zügel hätten.
Du bist nicht aufgrund deiner selbständigen, individuellen Entscheidung Gewerkschaftsmitglied, sondern wirst quasi automatisch in die Betriebsgewerkschaft aufgenommen, wenn du

neu in die Firma kommst – ob du willst oder nicht. (Vgl. KVZ 52/1981, S. 14) Das ist größtenteils ähnlich dem Vorgang, wie man bei uns in die Kirche kommt. Daher sagt der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 32% in Japan allein noch nichts aus über die subjektive Stärke der Gewerkschaftsbewegung.

Und bist du nicht „Stammarbeiter“, so zahlt dir nicht nur das Unternehmen einen niedrigeren Lohn und enthält dir sämtliche betrieblichen Leistungen vor, sondern die Gewerkschaft nimmt dich auch nicht auf. „Arbeiter zweiter Klasse“ – das sind alle Hilfs- und angelernten Arbeiter, alle Saison- und

Japan: Erste „Konferenz zur Vorbereitung der Einheit der Gewerkschaftsfront“:

Einheit – nicht immer höchster Wert

Die politischen Kräfteverhältnisse in der japanischen Arbeiterbewegung haben sich auch der organisatorischen Form nach geändert. SOHYO, der bisher stärkste und am meisten kämpferische Dachverband, dominiert nicht mehr, sondern sieht sich vor der Gefahr der Spaltung oder sogar Auflösung. Verschwinden die bisherigen Dachverbände?

Zeitarbeiter, und meistens auch die Frauen.

Die vier Dachverbände, auch „nationale Zentren“ genannt (siehe Kasten), sind jeweils mehr oder weniger politisch ausgerichtet, also *Richtungsverbände*.

Diese vier Dachverbände sind:
SOHYO (Allgemeiner Generalrat der japanischen Gewerkschaften) – steht der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) nahe, Teile unterstützen auch die KPJ; gegründet 1950;
DOMEI (Japanische Arbeitsföderation) – unterstützt die Demokratisch-Sozialistische Partei (DSP), gegründet 1962;
CHURITSU-ROREN (Föderation unabhängiger Gewerkschaften Japans) – nicht festgelegt, jedoch rechts von SOHYO, gegründet 1956;
SHINSAMBETSU (Nationale Föderation der Industrieorganisationen) – nicht festgelegt, jedoch rechts von CHURITSU.

Die Vorgeschichte

Schon vor 15 Jahren begannen die Einheitsbestrebungen zur Überwindung der politischen Zersplitterung. Es war der Vorsitzende der der SOHYO angehörenden Postgewerkschaft, Takaragi, der 1967 zum ersten Mal den Plan einer „vereinten Gewerkschaftsfront“ ins Spiel brachte. Wenn diese Bestrebungen so lange andauern, ist klar, daß es sich nicht um eine Eintagsfliege handelt, sondern daß es dafür objektive Grundlagen in der japanischen Politik und Wirtschaft gibt. – Takaragi

DOMEI (Japanische Arbeitsföderation) – unterstützt die Demokratisch-Sozialistische Partei (DSP), gegründet 1962;
CHURITSU-ROREN (Föderation unabhängiger Gewerkschaften Japans) – nicht festgelegt, jedoch rechts von SOHYO, gegründet 1956;
SHINSAMBETSU (Nationale Föderation der Industrieorganisationen) – nicht festgelegt, jedoch rechts von CHURITSU.
Die Vorgeschichte
Schon vor 15 Jahren begannen die Einheitsbestrebungen zur Überwindung der politischen Zersplitterung. Es war der Vorsitzende der der SOHYO angehörenden Postgewerkschaft, Takaragi, der 1967 zum ersten Mal den Plan einer „vereinten Gewerkschaftsfront“ ins Spiel brachte. Wenn diese Bestrebungen so lange andauern, ist klar, daß es sich nicht um eine Eintagsfliege handelt, sondern daß es dafür objektive Grundlagen in der japanischen Politik und Wirtschaft gibt. – Takaragi

schrieb damals u.a. unter dem Eindruck der Regierungsbeteiligung der SPD in der Großen Koalition:

„Die Regierungen der Arbeiter- und sozialistischen Parteien in den west- und nordeuropäischen Ländern sind jeweils auf das Fundament einer vereinten Gewerkschaftsfront gegründet. Auch von diesem harten Faktum her betrachtet, müssen wir schleunigst den Streit um Worte – wie z.B. ‚Klassenkampf als höchstes Ziel‘ oder ‚Prinzip des Zusammenwirkens von Arbeitern und Arbeitgebern‘ als Heil für die japanische Gewerkschaftsbewegung sowie die wenig fruchtbaren Debatten auf parteipolitischer Ebene, wie etwa Revisionismus versus Dogmatismus, überwinden.“

Das hört sich vernünftig an, doch dann kommt der Pferdefuß: „Früher wie heute liegt aber der springende Punkt des Problems der Einheit der Gewerkschaftsfront im Verhältnis zur Kommunistischen Partei.“ Folgerichtig schließt Takaragi damit, daß es 1. entsprechend den neuen ökonomischen Bedingungen um eine Neuformierung der Gewerkschaften entlang von Industriebranchen geht (was übrigens die KPJ schon 1946 versucht hat), 2. um Errichtung einer progressiven Regierung durch Vereinigung von SPJ und DSP, und daß 3. in diesem Prozeß die KPJ „draußen“ zu bleiben habe.

Ota, damals Vorsitzender der ebenfalls SOHYO angehörenden Föderation der Chemiegewerkschaften, brachte die rasch zunehmende Kritik an Takaragis Vorstoß auf den Punkt, nachdem auch er die Notwendigkeit der Einheit festgestellt hatte: „... aber Herr Takaragi beißt sich an den Fehlern des Politizismus der KPJ (d.h. dem massiven Hineintragen von KPJ-Positionen in die Gewerkschaftsbewegung um 1950 herum, das schließlich zum Zerfall des kommunistisch geführten Dachverbandes SAMBETSU geführt hat – d.Verf.) in der Vergangenheit fest, und es ist nicht richtig, wenn er *so* an die Aufgabe der Einheit heute herangeht. Strebt man eine vereinte Front an, so ist es vor allem wichtig, deutlich zu machen, daß sich ein Teil der Funktionäre der DSP und des DOMEI gegenüber jenen Gewerkschaften, die in vorderster Reihe für starke Lohnerhöhungen kämpfen, mit der Firmenleitung zusammentut und Spaltung betreibt.“

Diese Kritik fand innerhalb von SOHYO Zustimmung, so daß Takaragis Vorschlag 1973 vom Tisch war. Unüberbrückbare Differenzen zwischen SOHYO und DOMEI in der Frage des politischen Streiks, den SOHYO damals für die Verbesserung des Rentensystems führte, taten ein übriges. Die entsprechende Verbindungskonferenz von Branchenföderationen beider Richtungen platzte.

gens die KPJ schon 1946 versucht hat), 2. um Errichtung einer progressiven Regierung durch Vereinigung von SPJ und DSP, und daß 3. in diesem Prozeß die KPJ „draußen“ zu bleiben habe.
Ota, damals Vorsitzender der ebenfalls SOHYO angehörenden Föderation der Chemiegewerkschaften, brachte die rasch zunehmende Kritik an Takaragis Vorstoß auf den Punkt, nachdem auch er die Notwendigkeit der Einheit festgestellt hatte: „... aber Herr Takaragi beißt sich an den Fehlern des Politizismus der KPJ (d.h. dem massiven Hineintragen von KPJ-Positionen in die Gewerkschaftsbewegung um 1950 herum, das schließlich zum Zerfall des kommunistisch geführten Dachverbandes SAMBETSU geführt hat – d.Verf.) in der Vergangenheit fest, und es ist nicht richtig, wenn er so an die Aufgabe der Einheit heute herangeht. Strebt man eine vereinte Front an, so ist es vor allem wichtig, deutlich zu machen, daß sich ein Teil der Funktionäre der DSP und des DOMEI gegenüber jenen Gewerkschaften, die in vorderster Reihe für starke Lohnerhöhungen kämpfen, mit der Firmenleitung zusammentut und Spaltung betreibt.“
Diese Kritik fand innerhalb von SOHYO Zustimmung, so daß Takaragis Vorschlag 1973 vom Tisch war. Unüberbrückbare Differenzen zwischen SOHYO und DOMEI in der Frage des politischen Streiks, den SOHYO damals für die Verbesserung des Ren-

Die zweite Phase der Einheitsbestrebungen beginnt 1975 und führt u.a. über die Zwischenetappe der Bildung des „Gewerkschaftsrates zur Förderung politischer Maßnahmen“ – ein von der Regierung freudig anerkannter Gesprächspartner, sind hier doch die widerborstigen SOHYO-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nicht vertreten – zur Gründung einer „Konferenz zur Förderung der Einheit“ im September 1980. DOMEI-Funktionäre treiben die Sache voran. Auf dem DOMEI-Kongreß 1978 waren bereits „Grundsätze für eine vereinte Front durch Initiative der Gewerkschaften im privaten Sektor“ beschlossen worden, u.a. „Trade-Unionismus bei gleichzeitiger Ausschaltung des linken und rechten Totalitarismus“, „Beitritt zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“.

Im Mai 1981 veröffentlicht die Konferenz ihre eingangs erwähnte „Grundkonzeption“. Was ist da herausgekommen? Es heißt u.a.: „Die japanische Wirtschaft ist jetzt, nachdem sie durch die Stürme des zweiten Ölschocks durchgekommen ist, dabei, sich von neuem in den Gleisen eines stabilen Wachstums zu bewegen. Gestützt hat diese Entwicklung sicherlich auch die Kooperation der Bevölkerung und die Wirtschaftspolitik ... sowie das Entgegenkommen der Gewerkschaften ...

Was heutzutage die Arbeiter von den Gewerkschaften erwarten, bezieht sich nicht bloß auf die Stabilität der Beschäftigung und Anhebung der Nominallöhne. Die Erwartungen erstrecken sich vielmehr auch auf Preisstabilität, Verkürzung der Arbeitszeit, Altersvorsorge, Verbesserung des Rentensystems u.a.m.

Damit einher geht die Ausweitung des Aktionsfeldes der Gewerkschaften ... Viele der Forderungen haben einen solchen Charakter, daß sie ohne Bündelung der Kraft der Gewerkschaften, ohne Stärkung ihres eigenen gesellschaftlichen und politischen Einflusses nicht verwirklicht werden können.“ Und als Ziele der angestrebten Einheit werden „Schritte zur Preispolitik, zur Korrektur des ungerechten Steuersystems und der Beschäftigungspolitik“ verlangt. „Hinsichtlich dieser in die Politik eingreifenden Anstrengungen ist es jedoch unmöglich, Kraft zu entfalten, solange die Gewerkschaften weiterhin gespalten sind. Insbesondere unter den heutigen Bedingungen der Kräfteverteilung im Parlament muß der Zusammenschluß der Kräfte auf der Seite der Arbeit um so mehr beschleunigt werden ... Die Bildung einer neuen politischen Kraft, die den jetzigen Zustand (der absoluten Herrschaft der Konservativen – d.Verf.) überwindet, wird wohl zu allererst vor dem Hintergrund des Potentials einer vereinten Gewerkschaftsbewegung möglich werden. Die Frage der Einheit der Gewerkschaftsfront hat somit also auch einen politischen Charakter.“

Eine politische Weichenstellung

In der Tat. Im Gegensatz zu Takaragis Vorschlag 1967 geht es jetzt nicht mehr um „Errichtung einer sozialistischen Regierung“. Die Vorsitzenden der sechs Branchenföderationen, die regelmäßig seit September 1980 in der „Förderungskonferenz“ zusammengekommen sind, haben anderes im Sinn. Sie vertreten Föderationen aus den Branchen Textil (DOMEI angehörend), Elektro (CHURITSU), Automobil (unabhängig), Expreßgüter-Transporte (SOHYO), Stahl (SOHYO) und Stromwirtschaft (CHURITSU). Sie kommen alle aus Unternehmensgewerkschaften großer Privatunternehmen, wie z.B. Shioji von Nissan (Datsun) oder Nakamura aus dem Stahlgiganten Nippon Steel, diese übrigens Loderers Gesprächspartner in Japan. Inzwischen liegen empirische Studien vor, die beweisen, daß sie nicht als Arbeiter in der Gewerkschaft großgeworden sind, sondern aus dem mittleren Management, zumeist aus den Personalabteilungen und der Arbeitsverwaltung, in die Gewerkschaften umgestiegen sind. Ihre Aufgabe war es, die betreffenden Unternehmensgewerkschaften von einem klassenbewußten Kurs abzubringen und auf die Linie der Unternehmensleitung zu trimmen. Das haben sie erledigt, häufig durch den Aufbau neuer, zweiter Gewerkschaften im Betrieb. In der Privatindustrie gab es mehrere Wellen solcher „Gewerkschaftsspaltungen nach rechts“, in der Stahlindustrie z.B. 1957–1959, im Kohlebergbau 1960, dem Jahr der Niederlage der großen Miike-Streiks. Während hier mit dem Aufbrechen der kämpferischen, aus der sozialistischen oder kommunistischen Tradition der Klassenkämpfe unmittelbar nach 1945 stammenden Gewerkschaften der Weg für Rationalisierungsmaßnahmen und in ihrem Gefolge für eine ausgeklügelte Arbeitsorganisation freigemacht wurde – heute werden die Ergebnisse „das japanische Modell“ genannt –, stieß die Bourgeoisie mit entsprechenden Maßnahmen im öffentlichen Dienst auf erbitterten Widerstand der Gewerkschaften. Folglich muß sie auch diesen Stachel entfernen, will sie die Krise des japanischen Kapitalismus in ihrem Sinne meistern. Genau dazu soll die „vereinte Gewerkschaftsfront“ benutzt werden.

SOHYO in Gefahr

Aus den Tonbandprotokollen der „Konferenz“ (warum wurden sie geheimgehalten, wenn alles so „demokratisch“ ist?) geht hervor, daß es sich bei der vielbeschworenen „Einheit“ nicht um eine Einheit zum Nutzen der Arbeiter handelt, sondern um Spaltung. Sicher trägt auch SOHYO einen Gutteil Verantwortung dafür, daß sein Einfluß im privaten Sektor zurückgegangen ist. Aber jetzt steht die Frage so, ob SOHYO seine Auffassung von Einheit, nämlich *umfassende Einheit* der Föderationen im privaten *und* öffentlichen Sektor, überhaupt noch durchsetzen kann. Die Teilnehmer der „Konferenz“ verstehen unter „Einheit“ nämlich 1. wenns sein muß, nur die der Föderationen in der Privatindustrie, die mittlerweile allesamt DOMEI-beherrscht und damit pro-DSP sind, und 2. Aufgabe des Kampfes im öffentlichen Dienst gegen die „administrative Reform“ der LDP-Regierung. Die SOHYO-Föderationen sollen sich dieser Bedingung unterwerfen. 3. verlangen sie den Ausschluß der inzwischen von der KPJ als Gegenkraft gebildeten „Beratungskonferenz der Gewerkschaften für die Schaffung einer Arbeitereinheitsfront“ – Einheit also ohne KPJ-Gewerkschafter. Kräfte der neuen Linken, der nicht parteilich organisierten Revolutionäre und der Linkssozialisten (die das KPJ-Konzept übrigens, wie ich meine, zurecht als sektiererisch kritisieren) sollen gleichermaßen ausgeschaltet werden.

In den Protokollen steht außerdem, daß es ihren Wortführern in einer Situation, in der die Tendenzen zur Revision des Friedensartikel IX der japanischen Verfassung und zu verstärkter Rüstung zunehmen, um „Bewahrung der Verfassung bei gleichzeitiger Revision“ geht. Nicht nur für Rüstungsexporte sprechen sie sich aus, sondern auch für den zügigen Ausbau der Kernenergie.

Es geht also bei dem ganzen Unternehmen um eine Neuformierung der japanischen Politik. Einige der „Konferenz“-Teilnehmer streben offenbar eine Koalition aus SPJ, Komeito und DSP an, andere eine Große Koalition, und Shioji geht so weit zu fragen: „Geht es nicht auch mit einer LDP-Regierung?“ – die ja am Ruder ist.

In der gesamten „Grundkonzeption“ wird nichts Konkretes zur Lage der Arbeiterklasse gesagt, sie kommt gar nicht vor. Die tragende Ideologie ist der Trade-Unionismus, oder wie es Usami, der Vorsitzende der Textil-Föderation formulierte: „Mit einer Gewerkschaftsbewegung, die das Prinzip des Klassenkampfes verfolgt, haben wir nichts gemein.“



Auf den Stirnbinden steht: „Gegen die rechte vereinte Gewerkschaftsfront“ und „Zusammenschluß“. Tokyo, 13.12.1981



Auf den Stirnbinden steht: „Gegen die rechte vereinte Gewerkschaftsfront“ und „Zusammenschluß“. Tokyo, 13.12.1981
schaft der Konservativen – d.Verf.) überwindet, wird wohl zu allererst vor dem Hintergrund des Potentials einer vereinten Gewerkschaftsbewegung möglich werden. Die Frage der Einheit der Gewerkschaftsfront hat somit also auch einen politischen Charakter.“
Eine politische Weichenstellung
In der Tat. Im Gegensatz zu Takaragis Vorschlag 1967 geht es jetzt nicht mehr um „Errichtung einer sozialistischen Regierung“. Die Vorsitzenden der
„Konferenz“ verstehen unter „Einheit“ nämlich 1. wenns sein muß, nur die der Föderationen in der Privatindustrie, die mittlerweile allesamt DOMEI-beherrscht und damit pro-DSP sind, und 2. Aufgabe des Kampfes im öffentlichen Dienst gegen die „administrative Reform“ der LDP-Regierung. Die SOHYO-Föderationen sollen sich dieser Bedingung unterwerfen. 3. verlangen sie den Ausschluß der inzwischen von der KPJ als Gegenkraft gebildeten „Beratungskonferenz der

Die Dachverbände und ihre Mitgliedschaft

Name	Anzahl der Föderationen	Mitgliedsstärke	Anteil
SOHYO:	50	4553000	37,0% aller organisierten Lohnabhängigen
– Privatsektor	30	1485000	32,6% der Sohyo-Mitglieder
– öffentl. Sektor	20	3068000	67,4% der Sohyo-Mitglieder
DOMEI:	32	2147000	17,4% aller organisierten Lohnabhängigen
– Privatsektor	24	1984000	92,4% der Domei-Mitglieder
– öffentl. Sektor	8	163000	7,6% der Domei-Mitglieder
CHURITSU-ROREN:	10 5 Gewerkschaftseinheiten	1337000	10,9% aller organisierten Lohnabhängigen
– Privatsektor	10	1336000	99,9% der Churitsu-Roren Mitglieder
– öffentl. Sektor	5 Gewerkschaftseinheiten	1000	0,1% der Churitsu-Roren Mitglieder
SHINSAMBETSU	4	63000	0,5% aller organisierten Lohnabhängigen
ANDERE	34 unabhängige	4593000	37,3% aller organisierten Lohnabhängigen

Quelle: Japanisches Arbeitsministerium, Basic Survey of Trade Unions (1979)

Die Dachverbände und ihre Mitgliedschaft
Name | Anzahl der Föderationen | Mitgliedsstärke | Anteil
SOHYO: 50 4553000 37,0% aller organisierten Lohnabhängigen
– Privatsektor 30 1485000 32,6% der Sohyo-Mitglieder

Arbeitsschutzgesetz vor dem Ende?



geh. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Arbeitsschutzregelungen auf eine Vielzahl von Gesetze, Verordnungen und sonstige meist berufsgenossenschaftliche Regelungen verteilt. Da ist einmal die Arbeitszeitverordnung, noch aus dem Jahre 1938 und noch älter die Gewerbeordnung von 1891, da ist das Gesetz über die Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit von 1973, das Jugendarbeitsschutzgesetz, die Anordnungen über Freizeit und Ruhezeit für Gefolgschaftsmitglieder in Gast- und Schankwirtschaften und die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten von 1924, ebenfalls die Gesetze, die die sogenannten „Hausarbeitstage" für die verschiedenen Bundesländer regeln.

Im Juni letzten Jahres nun entstand ein erster Entwurf eines neuen Arbeitsschutzgesetzes im Bundesarbeitsministerium. Über diesen gab es auf dem Kongreß „Arbeitsschutz + Arbeitsmedizin" im Oktober den ersten Krach. Der Vertreter der Kapitalisten, Doetsch, forderte die „Erhaltung des Arbeitgeberauftrages im Arbeitsschutz: strikte Trennung von Arbeitsschutz- und Humanisierungsmaßnahmen, keine Aushöhlung der Tarifautonomie durch Arbeitszeitkorsette". Der „Staat soll sich auf die Verhütung von Betriebsunfällen konzentrieren." Gegenüber einer solchen schroffen Ablehnung sah G. Muhr, DGB-Vorstandsmitglied, in diesem Entwurf einen Schritt zur Erfüllung der DGB-Forderungen nach mehr Prävention und durchgreifenden Schutzbestimmungen. Die Kernpunkte des damaligen Entwurfs sind schon einmal in der KVZ (42/81 vom 16.10.1981, S. 13) dargestellt worden.

Inzwischen liegt seit Dezember 1981 ein neuer Referenten-Entwurf vor. Einer der Hauptpunkte, wenn nicht der wichtigste, ist die Neuregelung der Arbeitszeit. (Eine Gegenüberstellung siehe oben rechts in der Tabelle.) Zwar ist die Pausenregelung verbessert, erstmals erhalten Männer auch bei einer Arbeitszeit unter 6 Stunden 20 Minuten Pause, muß nun die Lage der Pause vorher definiert sein und kann nicht mehr je nach Geschäftsgang eingeschoben werden. Bei ununterbrochener mehrschichtiger Produktion gibt es Kurzpausen von je 5 Minuten pro Stunde.

Insgesamt gesehen hat aber die neue Arbeitszeitregelung bestenfalls den Stand der alten Arbeitszeitordnung (AZO). In einigen Punkten beinhaltet sie sogar eine Verschlechterung der AZO. Aus der Bestimmung: „Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit *darf* 8 Stunden nicht überschreiten" ist nur eine Soll-Bestimmung geworden. Die 5-Tage-Woche oder 40-Stunden-Woche fehlt ebenso, wie der 8-Stunden-Normalarbeitstag per Tarifvertrag auch noch verlängert werden kann. Immerhin ist dies heute für jeden 20. Lohnabhängigen noch ein tarifvertragliches Ziel. Zwar ist der öffentliche Dienst formell nicht mehr wie in der alten AZO ausgeschlossen, dennoch können dort die schlechteren beamtenrechtlichen Lösungen übernommen werden und sollen obendrein bis zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages die alten Regelungen weiter gelten. Selbst wenn die neue Regelung nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag kommt, ist durch eine Ausnahmeregelung die Nachtarbeit für Arbeiterinnen im Verkehrswesen, dem Post- und Fernmeldewesen weiter zugelassen. Ja, der Ausnahmenkatalog wurde in dieser Frage sogar gegenüber der alten Regelung noch im Bereiche Zeitungswesen, Bäckereien und die Gebäudereinigung im gewerblichen Bereich erweitert. Über den „§48-Abweichungen", werden auch noch die „Schranken" der alten Regelungen aufgehoben: im Bereich des Verkehrswesen, und bei der Schichtarbeit werden die Bestimmungen über die Höchstarbeit, die arbeitsfreie Zeit von 11 Stunden zwischen Arbeitsende und -anfang und die Pausenregelung für Schichtarbeiter beseitigt. Diese drei Bestimmungen gelten ebenfalls nicht für die Beschäftigten in Ruf- und Arbeitsbereischaft oder sonstige Bereitschaftsdienste.

Die Kritik der IG Metall an diesen Regelungen ist noch verhalten: „Völlig unzureichende Regelung" und „sie erfaßt nicht ausreichend die durch die Tarifpolitik erreichten Arbeitsbedingungen und sieht inhaltliche Regelungen vor, die in der vorgeschlagenen Weise nicht von den Gewerkschaften akzeptiert werden können." (Gewerkschafter 3/82)

Wohin der Hase läuft bei der Entstehung dieses Gesetzes, kann man im Vergleich zwischen dem Juni- und jetzt vorliegendem Dezember-Entwurf sehen. Wo im Juni noch von einer täglichen Höchstarbeitszeit von 9 Stunden geredet wurde, ist heute die alte 10-Stunden-Frist aufgenommen. Die arbeitsfreie Zeit zwischen Arbeitsende und -anfang war im Juni auf 12 Stunden ausgedehnt, jetzt ist sie wieder auf 11 Stunden reduziert. Im Juni-Entwurf war für regelmäßige Nachtarbeit ein freier Tag pro Vierteljahr vorgesehen, jetzt auch hier Fehlanzeige.

„Unzumutbar", schreien die Kapitalisten und ihre Verbände noch über den jetzigen Entwurf. Handwerkspräsident P. Schnittker lief blau an. Dieser Entwurf bedeute eine Strangulierung des Bewegungsspielraums der Betriebe. Er schoß Sperrfeuer: „Das deutsche Handwerk wird sich das nicht gefallen lassen!", Ende des Monats müssen alle Verbände ihre Stellungnahmen zu diesem Entwurf abgeben, Anfang Mai gibt es dazu ein Hearing.

Der DGB will die Arbeitszeitregelung ablehnen. Er fordert den garantierten 8-Stundentag. Die Höchstarbeitszeit soll 9 Stunden täglich und 45 in der Woche betragen. Warum nicht ein Verbot der Überstunden fordern? Ausnahmen für Reparaturen könnten geregelt werden. Die Möglichkeit der Verlängerung per Tarifvertrag muß ausgeschlossen werden. Ebenfalls darf es die „Ausnahmen" des §48 nicht geben, denn dadurch fallen gerade die besonders belasteten Teile der Arbeiterklasse aus dem Bereich des Arbeitszeitschutzes heraus. Der DGB will den Schutz der Beschäftigten gegen Belastungen wie Lärm, gefährliche Stoffe etc. noch verbessert wissen. Ebenso sollen die Rechte der Betriebsräte und der staatlichen Überwachungsbehörden und das Leistungsverweigerungsrecht verankert werden. Die Gewerkschaften neigen dazu, angesichts der Ablehnung dieses Entwurfs durch die freidemokratischen Wirtschafts- und Innenministerien das Positive an den bisherigen Entwürfen in einem allzu rosigen Licht zu sehen. Doch auch schon die Arbeitszeitregelungen des Juni-Entwurfs waren unannehmbar.

So wie es aussieht, ist durch die Blockade der freidemokratischen Minister und der FDP und CDU im Bundestag ohnehin mit dem Zustandekommen des Gesetzes in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu rechnen. Ein „Aus" für ein solches Arbeitsschutzgesetz brauchten die Arbeiter nicht zu bedauern. Der nächste Anlauf müßte von ihnen nach diesen Erfahrungen besser vorbereitet werden.

Veränderungen des neuen Arbeitsschutzgesetzes gegenüber der Arbeitszeitordnung von 1938 in der Fassung von 1975

Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes (Stand: 16. Dezember 1981)	Geltende Arbeitszeitordnung (AZO)
§40 Regelmäßige Arbeitszeit (1) Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit soll 8 Stunden nicht überschreiten.	**§3 Regelmäßige Arbeitszeit** Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten.
§41 Zulässige Mehrarbeit (2) Unabhängig vom Absatz 1 kann die Arbeitszeit durch Mehrarbeit an 30 Tagen im Jahr bis zu 2 Stunden täglich im Rahmen der Höchstarbeitszeit des §42 verlängert werden.	**§6 Arbeitszeitverlängerung an 30 Tagen** Die Gefolgschaftsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen an dreißig Tagen im Jahr über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu 2 Stunden täglich, jedoch nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.
§42 Höchstarbeitszeit (1) Die Höchstarbeitszeit darf 10 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.	**§11 Höchstgrenzen für Arbeitszeitverlängerungen** Die Arbeitszeit darf abgesehen von den Vorschriften des §4,3,2 (Sondererlaubnis des Gewerbeaufsichtsamts), §5,3 (Unzumutbarkeit für den Betriebsführer, Werksfremde heranzuholen), §7,2 (Arbeitsbereitschaft), §8,2 (dringende Gründe des Gemeinwohls), §10 (Ununterbrochene Arbeit) und §14 (Außergewöhnliche Fälle) auch beim Zusammentreffen mehrerer Ausnahmen zehn Stunden nicht überschreiten.
§43 Pausen (1) Die tägliche Arbeitszeit muß durch Ruhepausen von angemessener Dauer durchbrochen werden. Die Ruhepausen müssen mindestens betragen: 1. 20 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 4,5 Stunden, 2. 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden. Als Ruhepause gilt nur eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten. (3) Bei durchlaufender mehrschichtiger Arbeitsweise sind den Arbeitnehmern an Stelle der Ruhepausen nach Absatz 1 Kurzpausen von angemessener Dauer, mindestens von 5 Minuten je Stunde, zu gewähren ... Die Kurzpausen gelten als Arbeitszeit.	**§12 Arbeitsfreie Zeiten und Ruhepausen** (2) Den männlichen Gefolgschaftsmitgliedern sind bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden eine halbstündige Ruhepause oder zwei viertelstündige Ruhepausen zu gewähren, in denen eine Beschäftigung im Betriebe nicht gestattet ist. Bei Arbeiten, die einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, sind die in Wechselschicht beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder ausgenommen, jedoch müssen ihnen Kurzpausen von angemessener Dauer gewährt werden. **§18 Ruhepausen** (für weibliche Gefolgschaftsmitglieder) (1) Den weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern müssen bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb Stunden eine oder mehrere im voraus feststehende Pausen innerhalb der Arbeitszeit gewährt werden. Die Ruhepausen müssen mindestens betragen bei mehr als 4½ bis 6 Stunden Arbeitszeit zwanzig Minuten, bei mehr als sechs bis acht Stunden eine halbe Stunde, bei mehr als acht bis neun Stunden dreiviertel Stunden und bei mehr als neun Stunden eine Stunde.

Urlaub länger, aber ...

Forderungen nach mehr Prävention und durchgreifenden Schutzbestimmungen. Die Kernpunkte des damaligen Entwurfs sind schon einmal in der KVZ (42/81 vom 16.10.1981, S. 13) dargestellt worden.

Inzwischen liegt seit Dezember 1981 ein neuer Referenten-Entwurf vor. Einer der Hauptpunkte, wenn nicht der wichtigste, ist die Neuregelung der Arbeitszeit. (Eine Gegenüberstellung siehe oben rechts in der Tabelle.) Zwar ist die Pausenregelung verbessert, erstmals erhalten Männer auch bei einer Arbeitszeit unter 6 Stunden 20 Minuten Pause, muß nun die Lage der Pause vorher definiert sein und kann nicht mehr je nach Geschäftsgang eingeschoben werden. Bei ununterbrochener mehrschichtiger Produktion gibt es Kurzpausen von je 5 Minuten pro Stunde.

Insgesamt gesehen hat aber die neue Arbeitszeitregelung bestenfalls den Stand der alten Arbeitszeitordnung (AZO). In einigen Punkten beinhaltet sie sogar eine Verschlechterung der AZO. Aus der Bestimmung: „Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit *darf* 8 Stunden nicht überschreiten" ist nur eine Soll-Bestimmung geworden. Die 5-Tage-Woche oder 40-Stunden-

Abschluß eines neuen Tarifvertrages die alten Regelungen weiter gelten. Selbst wenn die neue Regelung nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag kommt, ist durch eine Ausnahmeregelung die Nachtarbeit für Arbeiterinnen im Verkehrswesen, dem Post- und Fernmeldewesen weiter zugelassen. Ja, der Ausnahmenkatalog wurde in dieser Frage sogar gegenüber der alten Regelung noch im Bereiche Zeitungswesen, Bäckereien und die Gebäudereinigung im gewerblichen Bereich erweitert. Über den „§48-Abweichungen", werden auch noch die „Schranken" der alten Regelungen aufgehoben: im Bereich des Verkehrswesen, und bei der Schichtarbeit werden die Bestimmungen über die Höchstarbeit, die arbeitsfreie Zeit von 11 Stunden zwischen Arbeitsende und -anfang und die Pausenregelung für Schichtarbeiter beseitigt. Diese drei Bestimmungen gelten ebenfalls nicht für die Beschäftigten in Ruf- und Arbeitsbereischaft oder sonstige Bereitschaftsdienste.

Die Kritik der IG Metall an diesen Regelungen ist noch verhalten: „Völlig unzureichende Regelung" und „sie erfaßt nicht ausreichend die durch die Tarifpolitik erreichten Arbeitsbedingungen und sieht inhaltliche Regelun-

Urlaubsdauer

beitsfreie Zeit zwischen Arbeitsende und -anfang war im Juni auf 12 Stunden ausgedehnt, jetzt ist sie wieder auf 11 Stunden reduziert. Im Juni-Entwurf war für regelmäßige Nachtarbeit ein freier Tag pro Vierteljahr vorgesehen, jetzt auch hier Fehlanzeige.

„Unzumutbar", schreien die Kapitalisten und ihre Verbände noch über den jetzigen Entwurf. Handwerkspräsident P. Schnittker lief blau an. Dieser Entwurf bedeute eine Strangulierung des Bewegungsspielraums der Betriebe. Er schoß Sperrfeuer: „Das deutsche Handwerk wird sich das nicht gefallen lassen!", Ende des Monats müssen alle Verbände ihre Stellungnahmen zu diesem Entwurf abgeben, Anfang Mai gibt es dazu ein Hearing.

Der DGB will die Arbeitszeitregelung ablehnen. Er fordert den garantierten 8-Stundentag. Die Höchstarbeitszeit soll 9 Stunden täglich und 45 in der Woche betragen. Warum nicht ein Verbot der Überstunden fordern? Ausnahmen für Reparaturen könnten geregelt werden. Die Möglichkeit der Verlängerung per Tarifvertrag muß ausgeschlossen werden. Ebenfalls darf es die „Ausnahmen" des §48 nicht geben, denn dadurch fallen gerade die

Urlaubsgeld und

§43 Pausen
(1) Die tägliche Arbeitszeit muß durch Ruhepausen von angemessener Dauer durchbrochen werden. Die Ruhepausen müssen mindestens betragen: 1. 20 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 4,5 Stunden, 2. 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden. Als Ruhepause gilt nur eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten.
(3) Bei durchlaufender mehrschichtiger Arbeitsweise sind den Arbeitnehmern an Stelle der Ruhepausen nach Absatz 1 Kurzpausen von angemessener Dauer, mindestens von 5 Minuten je Stunde, zu gewähren ... Die Kurzpausen gelten als Arbeitszeit.

fremde heranzuholen), §7,2 (Arbeitsbereitschaft), §8,2 (dringende Gründe des Gemeinwohls), §10 (Ununterbrochene Arbeit) und §14 (Außergewöhnliche Fälle) auch beim Zusammentreffen mehrerer Ausnahmen zehn Stunden nicht überschreiten.
§12 Arbeitsfreie Zeiten und Ruhepausen
(2) Den männlichen Gefolgschaftsmitgliedern sind bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden eine halbstündige Ruhepause oder zwei viertelstündige Ruhepausen zu gewähren, in denen eine Beschäftigung im Betriebe nicht gestattet ist. Bei Arbeiten, die einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, sind die in Wechselschicht beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder ausgenommen, jedoch müssen ihnen Kurzpausen von angemessener Dauer gewährt werden.
§18 Ruhepausen (für weibliche Gefolgschaftsmitglieder)
(1) Den weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern müssen bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb Stunden eine oder mehrere im voraus feststehende Pausen innerhalb der Arbeitszeit gewährt werden. Die Ruhepausen müssen mindestens betragen bei mehr als 4½ bis 6 Stunden Arbeitszeit zwanzig Minuten, bei mehr als sechs bis acht Stunden eine halbe Stunde, bei mehr als acht bis neun Stunden dreiviertel Stunden und bei mehr als neun Stunden eine Stunde.

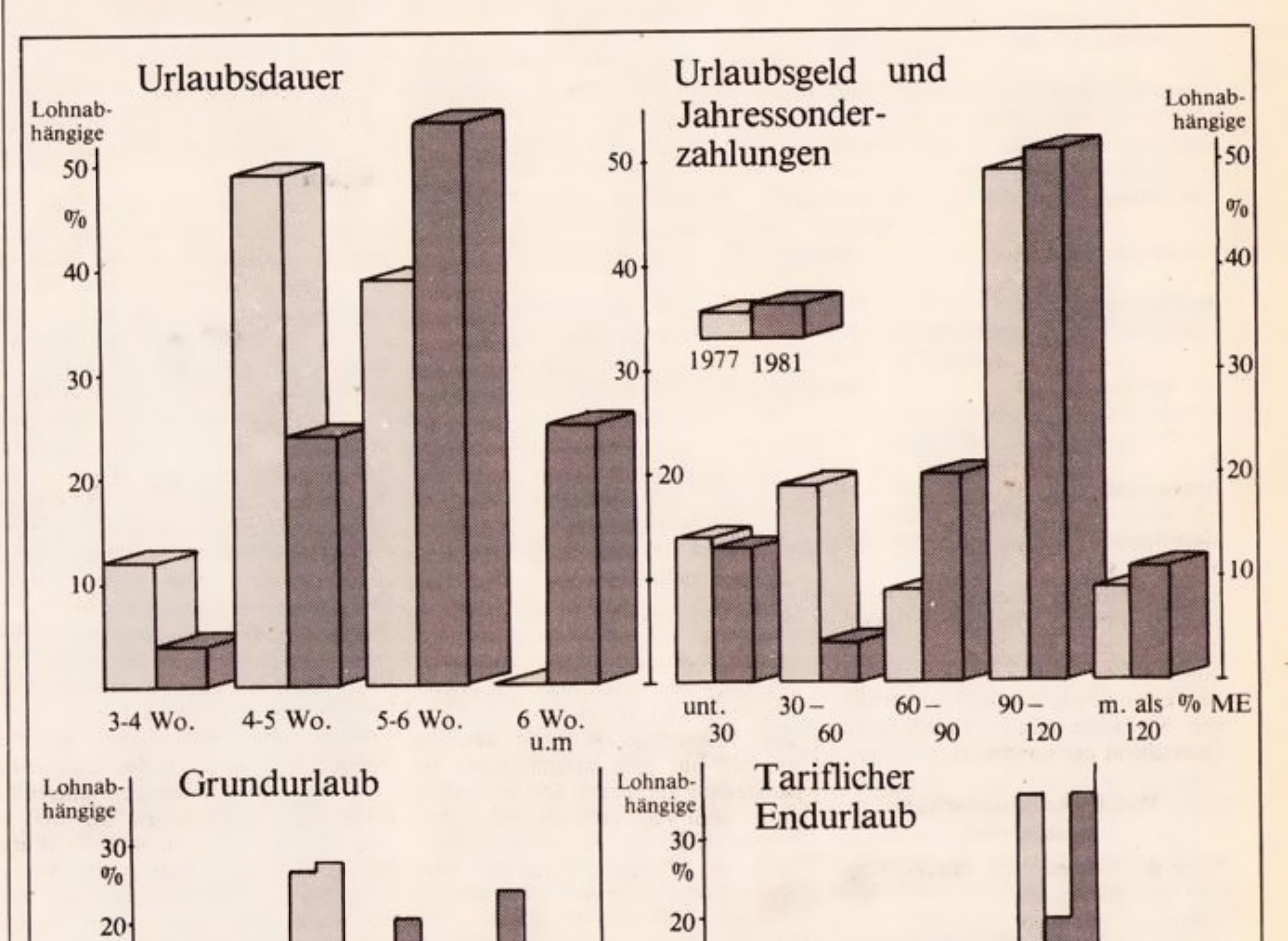
Urlaub länger, aber ...

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes führen jetzt als letzte große Abteilung die Auseinandersetzung für 6 Wochen Urlaub und gegen eine ungerechtfertigte Staffelung. In den Schaubildern ist zu erkennen, daß die Dauer des Urlaubs in den letzten Jahren für viele Lohnabhängige zugenommen hat. Gleichzeitig hat jedoch das Urlaubsgeld nicht zugenommen. Bei den rasch steigenden Kosten einer Urlaubsreise ist es für eine Familie völlig unzureichend. Hatten früher die „festen" Urlaubsgelder eine „soziale" Komponente, d.h. wirkten sie gerade für die niedrigen Einkommen, so sind diese heute durch ihre absolute Niedrigkeit um so unsozialer.

Zusätzliches Urlaubsgeld, Jahressonderzahlungen und vermögenswirksame Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Zusätzliches Urlaubsgeld	Jahressonderzahlung
Steinkohlebergbau	300 DM	2270 DM
Eisen- und Stahlindustrie	–	110% eines ME
Metallindustrie	50% des Urlaubsentgeltes	20 – 50% eines ME[1]
Chemische Industrie	25 DM je Urlaubstag[2]	100% eines ME
Textilindustrie Nordbayern	594 DM	50% eines ME
Bekleidungsind. Westfalen	453 DM[3]	45% eines ME
Papierverarb. Industrie	45% des Urlaubsentgeltes	90 – 100% eines ME[4]
Druckindustrie	50% des Urlaubsentgeltes	100% eines ME
Holzind. Nordwestdeutschl.	50% des Urlaubsentgeltes	60% eines ME[5]
Süßwarenindustrie	18 DM je Urlaubstag[6]	65% eines ME[7]
Baugewerbe, Arbeiter	25% des Urlaubsentgeltes[9]	78 Gesamttarifstundenlöhne[10]
Baugewerbe, Angestellte	32 DM je Urlaubstag	48% eines ME[12]
Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	492 DM bis 564 DM[14]	15 – 25% eines ME[15]
Einzelhandel Nordrh.-Westf.	781 DM	15% eines ME[16]
Bankgewerbe	–	100% eines ME
Versicherungsgewerbe	50% eines ME	80% eines ME
Öffentlicher Dienst	300 DM	100% eines ME

ME = Einkommen · 1) je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit (Höchststufe wird ab 36 Monaten erreicht) · 2) ab 1982 = 28 DM, ab 1984 = 30 DM · 3) für Arbeiter; für Angestellte: 35% des Tarifgehalts · 4) je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit (Höchststufe wird mit 3 Jahren erreicht) · 5) ab 1982 = 62%, ab 1983 = 65% · 6) ab 1982 = 19 DM · 7) ab 1982 = 70% · 9) wenn Urlaub in der Zeit vom 1.12. – 31.3. angetreten wird = 55% · 10) ab 1982 = 102 Gesamttarifstundenlöhne · 12) ab 1982 = 60% · 14) je nach Lebensalter, Höchststufe wird mit 30 Jahren erreicht; weitere Steigerungen ab 1982 · 15) je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit (Höchststufe wird nach 3 Jahren erreicht); weitere Steigerungen ab 1982 · 16) ab 1982 = 20%, ab 1983 = 30%, ab 1984 = 40% · Stand: 31.12.1981



Landwirtschaft
in der Sackgasse

Von Bernhard Peters

Südfranzösische Winzer legen Dynamitladungen an Tanks mit italienischem Importwein. Französische Bauern stürzen Lastzüge mit Obst- und Gemüseimporten aus Spanien um. Die belgische Polizei überlegt fieberhaft, wie sie der Bauerndemonstrationen Herr werden soll, die nächsten Montag wieder aus verschiedenen EG-Ländern nach Brüssel rollen, um der Forderung nach einer 16prozentigen Anhebung der Agrarpreise Nachdruck zu verleihen. Schön radikal, unsere Bauern. Aber wem und wozu nützen diese Aktionen und diese Forderungen?

Absatzgarantien und Preisstützungen für die wichtigsten in der EG hergestellten Agrarprodukte halten das Preisniveau vieler dieser Produkte über dem des Weltmarkts. Einfuhren konkurrierender Produkte werden verteuert oder verhindert. Überschüsse werden gelagert, denaturiert oder mit Hilfe von Exportsubventionen zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geschleust. Für einen solchen Protektionismus gibt es viele Gründe, auch einige gute: bei einem ,,freien Spiel der Marktkräfte" würde die Stabilität und Entwicklungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion gefährdet. Der Agrarprotektionismus hat mit zur rasanten Leistungssteigerung der Landwirtschaft beigetragen. Nun wächst bei wichtigen Produkten die Produktion rascher als die Absatzmöglichkeit auf dem EG-Markt (u.a. bei Milch, Zucker, Wein). Die Beseitigung der Überschüsse macht hohe Kosten, der subventionierte Export auf den Weltmarkt schafft internationale Spannungen. Dabei kommt von den rund 30 Mrd. DM, welche die EG für die Agrarpolitik im Jahr ausgibt, vielleicht ein Viertel bei den Bauern an. Der Rest wird für Exportsubventionen, Lager- und Verarbeitungskosten und Absatzverbilligung verbraucht. Die bestehenden Marktordnungen bevorzugen überdies die Milch-, Getreide- und Fleischproduzenten in den ohnehin reicheren nördlichen EG-Staaten und in Frankreich und benachteiligen die vorwiegend kleinbäuerlichen Produzenten von Wein, Obst und Gemüse im Süden. Die Regulierung von Produktion und Einkommen durch dieses Preissystem hat die ökonomischen, sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen Gebieten mit günstigen und solchen mit ungünstigen Produktionsbedingungen nicht abgebaut, sondern teilweise sogar größer werden lassen. Ebenso ist der Einkommensabstand zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben gewachsen. Die größeren, besser ausgestatteten Betriebe an den günstigeren Produktionsstandorten können akkumulieren und die Produktivität rasch steigern. Eine große Zahl von Betrieben mit weniger günstigen Bedingungen kann im Investitionswettlauf nicht mithalten.

Die Regierungen Großbritanniens und der BRD, beides Länder mit einem relativ geringen Anteil der Landwirtschaft an ihrer Gesamtproduktion, machen geltend, daß sie in dieses System mehr einschießen müssen, als sie in Gestalt von Subventionen wieder herausziehen, und drängen auf eine Reform. Die kursierenden Reformvorschläge zielen auf Senkung der Kosten durch Lockerung der Preisstützung, Beteiligung der Produzenten an den Kosten der Marktregulierung, geringere Preisanhebungen. Auf diesem Weg soll die Überschußproduktion beseitigt und der Strukturwandel der Landwirtschaft – d.h. die Konzentration der Produktion und die Abwanderung von Arbeitskräften – weiterhin gefördert werden. Die Entwicklungsrichtung der landwirtschaftlichen Produktion soll also nicht geändert werden.

Die Politik der Bauernverbände, die sich auf Konservierung des bestehenden Systems und Preisanhebungen konzentriert, führt zu wachsender Vergeudung und wachsender Ungerechtigkeit. Sie ist allenfalls im Interesse einer Oberschicht der Landwirte.

Welche Landwirtschaft wollen wir?

Über die Klassen- und Interessenlage der Bauern haben wir uns schon manchmal den Kopf zerbrochen. Für die Suche nach einer andern Agrarpolitik bedarf es eines weiteren Gesichtswinkels: Welche Ansprüche sind im Interesse einer vernünftigen gesellschaftlichen Entwicklung an die Landwirtschaft zu stellen? Wie sind die Interessen und Bedürfnisse der landwirtschaftlichen und der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung (die speziellen Interessen unserer herrschenden Klasse selbstverständlich ausgenommen) am besten zu vereinbaren? Welche sinnvollen gesellschaftlichen Zielvorstellungen können entwickelt werden, die von beiden Teilen gemeinsam getragen werden? Versuchen wir also, die wichtigsten Anforderungen an die Landwirtschaft zusammenzustellen, wobei die Reihenfolge nicht unbedingt eine Rangfolge darstellt:

- Die Landwirtschaft muß die Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellen, in ausreichender Menge, in angemessener Qualität, mit hinreichender Sicherheit gegen Krisen. Sie muß dies ohne Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit tun, also mit angemessener Produktivität.
- Sie muß die eigenen Produktionsgrundlagen langfristig erhalten, also die Bodenfruchtbarkeit, aber auch die genetischen Ressourcen von Kulturpflanzen und Haustieren. Nichtregenerierbare Rohstoffe und Energieträger müssen geschont werden.
- Sie muß dazu beitragen, gesunde Lebensverhältnisse, eine bekömmliche Qualität von Wasser und Luft zu erhalten, und ebenso eine Kulturlandschaft, in der wir uns wohlfühlen können, in der – im weitesten Sinn – ästhetische Bedürfnisse befriedigt werden können. Sie muß die Erhaltung von nichtlandwirtschaftlichen, ökonomisch nicht bewerteten Natur- und Kulturgütern ermöglichen, vor allem die einer Vielzahl von Ökosystemen und von wilden Pflanzen- und Tierarten.
- Schließlich, und nicht zum Geringsten, gelten die Ansprüche der landwirtschaftlichen Produzenten selbst: angemessenes Lebensniveau, gesunde, möglichst befriedigende Arbeitsbedingungen, möglichst weitgehende Selbstbestimmung.

Versuchen wir, soweit das in aller Kürze möglich ist, unsere heutige Landwirtschaft an diesem Zielkatalog zu messen. Das Ziel einer quantitativ ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln ist offenbar übererfüllt. Das bedeutet nicht nationale oder EG-interne Autarkie; die Landwirtschaft ist angewiesen auf industriell produzierte Energieträger und andere Vorleistungen, die wiederum teilweise auf Importen, etwa von Rohstoffen, beruhen. Eine vollständige Autarkie und der Verzicht auf jede internationale Arbeitsteilung auf diesem Sektor ist allerdings wohl auch kein sinnvolles Ziel. Problematisch wird es spätestens dann, wenn diese Arbeitsteilung die Nahrungsmittelproduktion in anderen Ländern gefährdet. Das gilt etwa für den Import stärke- und eiweißreicher Futtermittel, die gut zur Hälfte aus Entwicklungsländern stammen. Zu den Lieferländern gehören auch die großen Hungergebiete der Erde. Durch die Anlage von Exportplantagen werden in vielen Fällen die einheimischen Bauern von den guten Böden verjagt. Ein beträchtlicher Teil dieser Produkte wird vermarktet durch die in den USA beheimateten multinationalen Agrarkonzerne. Die USA sind auch der Hauptlieferant von Soja, dem wichtigsten importierten Eiweißfuttermittel. Die Futtermitteleinfuhren führen zur Verdrängung der Getreidefütterung, von Gras und anderen Futterarten und der Weideviehhaltung zugunsten der sogen. ,,bodenunabhängigen" Veredelungsproduktion: Stallmast mit vorzugsweise gekauften Futtermitteln. Die dadurch geförderte Konzentration der Veredelungsproduktion (Mast) führt in einigen Regionen bereits zu Problemen durch Überdüngung von Flächen, Geruchsbelästigung und Abwasserverschmutzung.

Die Qualität der von der Landwirtschaft gelieferten Nahrungsmittel ist heute zunehmend umstritten. Ziemlich gesichert (wenn auch gelegentlich übertrieben bzw. zu stark verallgemeinert) sind die negativen Auswirkungen bestimmter Formen der Massentierhaltung und von Fehlentwicklungen der Züchtung (vom Medikamentenmißbrauch zur Produktionssteigerung ganz abgesehen). Gegen manche geschmacksarme Einheitsprodukte heutiger pflanzlicher Produktion lassen sich ebenfalls Einwände machen.

Überdüngung (auch mit natürlichem Dünger) kann Grundwasser und Gewässer gefährden. Die Aussagen der Hoechst-AG in ihrer Anzeige über den Einsatz von Mineraldüngern sind allerdings meiner Kenntnis nach wissenschaftlich bisher nicht widerlegt. Intensive Pflanzenproduktion, etwa von Getreide, mit Hilfe von vernünftig angewandtem Handelsdünger muß die Qualität des Produkts und die Bodenfruchtbarkeit auch auf lange Sicht nicht gefährden; allerdings gelten hier viele komplizierte Bedingungen.

Äußerst ernst sind allerdings einige Nebenfolgen der landwirtschaftlichen Intensivproduktion. Die Getreidemonokultur im Bild oben ist ein prächtiges Beispiel. Kornblumen und Klatschmohn sind wie alle anderen Unkräuter erfolgreich ausgerottet; kein Baum, kein Strauch, kein Feldrain, keine Hecke stehen dem Mähdrescher im Weg. Für sich genommen mögen solche Getreideflächen nicht störend wirken, aber sie stehen für eine Entwicklungstendenz, in der die ganze Landschaft nach ökonomischen Kriterien eingerichtet wird. Zu den unmittelbar ins Auge springenden deprimierenden äußeren Erscheinungen der maschinengerechten Zurichtung der Landschaft kommen andere: die Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten und Ökosystemen geht rapide zurück; Bedenken dagegen, daß in wenigen Jahrzehnten große Teile der Ergebnisse einer Evolution von hunderten Millionen Jahren ausgelöscht und künftige Weiterentwicklungen abgeschnitten sein werden, sind wohl keine bloße Naturschwärmerei. Die Hauptursache ist, schlicht ausgedrückt, die erdrückende *Produktivität* der Landwirtschaft, die immer weniger unproduktive (d.h. zum Beispiel nährstoffarme oder feuchte) Ecken und Winkel übrig läßt. Eine Vielfalt der Vegetationsbedingungen ist aber eine unerläßliche Voraussetzung für die Vielfalt von Arten. Eine zweite wichtige Ursache ist der massive Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Zu den schwer kalkulierbaren Folgen, die sich direkt für den Menschen ergeben, kommt die Vernichtung von Ökosystemen, die an die landwirtschaftlichen Produktionsflächen angrenzen.

Diese schwerwiegenden negativen Effekte der Produktionsentwicklung und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft werden im bestehenden System ökonomisch nicht bewertet – ebensowenig wie die positiven Effekte, die die Landwirtschaft für die Erhaltung der von ihr in Jahrhunderten geschaffenen mitteleuropäischen Kulturlandschaft beiträgt oder beitragen kann (das meiste, was uns in der Landschaft als angenehme Natürlichkeit gefällt, ist Resultat menschlicher Eingriffe). Der einzelne Landwirt kann unter dem Druck einer unbarmherzigen Konkurrenz auf solche Sentimentalitäten kaum Rücksicht nehmen – Sentimentalitäten, die in Wahrheit dringende Lebensbedürfnisse berühren, die als solche auch von einer wachsenden Zahl von Menschen artikuliert werden.

Für eine andere Agrarpolitik

Aus der Situation zu hoher Produktionsmengen in der EG-Landwirtschaft ist also ein ganz anderer Ausweg erforderlich als der Abzug von weiteren Arbeitskräften bei weiterer Steigerung der Mengenproduktivität. Kein Zurück zur vorindustriellen Landwirtschaft, keine *generelle* Senkung der Flächenproduktivität, kein Verzicht auf tierische Nahrung. Wohl aber starke Reduzierung des Einsatzes chemischer Mittel; sorgfältige Kontrolle der Düngung; Beseitigung schädlicher Formen der Massentierhaltung; Beendigung oder auch Rückgängigmachung der Ausräumung und ,,Begradigung" von Landschaften; Erhaltung der Vielfalt von Ökosystemen; Schaffung von extensiv bewirtschafteten Räumen, die dafür die Voraussetzung bilden und die ästhetischen und Erholungsbedürfnissen gerecht werden. Diese Ziele erfordern höheren Einsatz von Arbeit und Sachmitteln (auch von Initiative und Intelligenz) als vielleicht (kurzfristig) die weitere Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion in der bisherigen Form. Aber eine damit verbundene Drosselung der Produktionsmengen zugunsten höherer Qualität der Produkte und des Lebensraumes würde es schließlich ermöglichen, die erheblichen Mittel, die gegenwärtig in der Marktregulierung vergeudet werden, solchen besseren Zwecken zuzuführen. Eine Lockerung des ökonomischen Drucks bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Regulierung der Produktion unter den angegebenen Gesichtspunkten könnte auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landwirte humaner gestalten. Von der Vernichtungskonkurrenz entlastet, würden die kleinen und mittleren Betriebe vermutlich leichter zu Formen freiwilliger Kooperation finden (die unter den heutigen Bedingungen leicht darauf hinauslaufen, den schwächeren Partner auszubooten). Was die notwendige Regulierung der Produktion angeht, so findet sie schon heute in vielfältiger, manchmal bürokratischer und jedenfalls in Richtung freiwilliger und gleichberechtigter Zusammenarbeit verbesserbarer Form statt: durch ein ausgedehntes öffentliches und halböffentlich-berufsständisches Planungs-, Beratungs- und Überwachungswesen, etwa für Milch-, Saatgut- und Jungtierproduzenten. (Formen der Bezuschussung extensiver Produktion zum Zwecke der Natur-und Landschaftserhaltung gibt es auch bereits, in Gestalt des EG-Bergbauernprogramms.)

Zu verwirklichen wäre eine solche Perspektive nur durch eine Umorientierung der Bauernbewegung und durch kräftige Initiativen aus anderen Teilen der Gesellschaft. Mit dem Widerstand der Großlandwirte, die die Bauernverbände beherrschen, und von der Industrie, in besonderem Maße der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Produktionszweige, ist zu rechnen.

In Frankreich wie bei uns in Westdeutschland gibt es inzwischen eine agrarpolitische Opposition unter den Bauern. Hierzulande handelt es sich vor allem um den Arbeitskreis Junger Landwirte mit seinem ,,Bauernblatt", die Katholische Landjugendbewegung Bayern, den Landjugendverband Westfalen-Lippe und Kreisverbände der Landwirte im Nebenerwerb. Hinzuzuzählen sind wohl noch die verschiedenen Richtungen des biologischen Landbaus, die – manchmal mit einem Überschuß an Ideologie – diskutable praktische Alternativen erproben. Insgesamt noch eine kleine Minderheit, die aber wichtige Diskussionsanregungen gibt. Wichtigster Bestandteil ihrer Überlegungen ist eine Änderung des bisherigen Preismechanismus, eine gestaffelte Preisgestaltung, bei der je Betrieb (oder pro Fläche) für eine Basismenge ein höherer, für darüber hinaus produzierte Mengen ein niedrigerer Preis bezahlt wird. Diskutiert und teilweise erprobt werden Möglichkeiten einer eigenen, selbstorganisierten Vermarktung mit entsprechender Verbraucheraufklärung; diskutiert werden Forderungen auf Reform des Boden- und Pachtrechts zur Eindämmung der Landkonzentration. Viel Fachkenntnis und soziale Phantasie werden noch mobilisiert werden müssen, um zu präzisen und praktikablen Vorschlägen und Forderungen zu kommen.



Spannungen. Dabei kommt von den rund 30 Mrd. DM, welche die EG für die Agrarpolitik im Jahr ausgibt, vielleicht ein Viertel bei den Bauern an. Der Rest wird für Exportsubventionen, Lager- und Verarbeitungskosten und Absatzverbilligung verbraucht. Die bestehenden Marktordnungen bevorzugen überdies die Milch-, Getreide- und Fleischproduzenten in den ohnehin reicheren nördlichen EG-Staaten und in Frankreich und benachteiligen die vorwiegend kleinbäuerlichen Produzenten von Wein, Obst und Gemüse im Süden. Die Regulierung von Produktion und Einkommen durch dieses Preissystem hat die ökonomischen, sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen Gebieten mit günstigen und solchen mit ungünstigen Produktionsbedingungen nicht abgebaut, sondern teilweise sogar größer werden lassen. Ebenso ist der Einkommensabstand zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben gewachsen. Die größeren, besser ausgestatteten Betriebe an den günstigeren Produktionsstandorten können akkumulieren und die Produktivität rasch steigern. Eine große Zahl von Betrieben mit weniger günstigen Bedingungen kann im Investitionswettlauf nicht mithalten.

Die Regierungen Großbritanniens und der BRD, beides Länder mit einem relativ geringen Anteil der Landwirt-

Warum?
Weil mit jeder Ernte dem Boden wichtige mineralische Nährstoffe entzogen werden, die sich in der Natur nur langsam wieder aufbauen. Das Nährstoffangebot des Bodens hat seine Grenzen. Würde dieses Nährstoff-Defizit nicht ständig wiederausgeglichen, müßten die Pflanzen schließlich verhungern. Die Folgen
Kalium, Magnesium und Spurennährstoffe. Auch im Stallmist, Kompost und in der Jauche befinden sich diese Nährstoffe – davon gibt es aber viel zu geringe Mengen, um die Fruchtbarkeit der Böden zu erhalten.
Der fruchtbare Boden ist für den Landwirt das wichtigste Kapital. Ein Nährstoff-Defizit macht sich sogleich in einem
So sorgt die mineralische Düngung gleichermaßen für eine gleichbleibend hohe Qualität unserer Nahrungsmittel und für höhere Flächenerträge als je zuvor.
Wenn die Pflanzen satt werden, wird der Mensch es auch.
Hoechst AG, VFW,
6230 Frankfurt/M.80
Hoechst

in der Sackgasse

Von Bernhard Peters

Arbeit tun, also mit angemessener Produktivität.
Sie muß die eigenen Produktionsgrundlagen langfristig erhalten, also die Bodenfruchtbarkeit, aber auch die genetischen Ressourcen von Kulturpflanzen und Haustieren. Nichtregenerierbare Rohstoffe und Energieträger müssen geschont werden.
Sie muß dazu beitragen, gesunde Lebensverhältnisse, eine bekömmliche Qualität von Wasser und Luft zu erhalten, und ebenso eine Kulturlandschaft, in der wir uns wohlfühlen können, in der – im weitesten Sinn – ästhetische Bedürfnisse befriedigt werden können.
Die Qualität der von der Landwirtschaft gelieferten Nahrungsmittel ist heute zunehmend umstritten. Ziemlich gesichert (wenn auch gelegentlich übertrieben bzw. zu stark verallgemeinert) sind die negativen Auswirkungen bestimmter Formen der Massentierhaltung und von Fehlentwicklungen der Züchtung (vom Medikamentenmißbrauch zur Produktionssteigerung ganz abgesehen). Gegen manche geschmacksarme Einheitsprodukte heutiger pflanzlicher Produktion lassen sich ebenfalls Einwände machen.
Überdüngung (auch mit natürlichem Dünger) kann Grundwasser und Gewässer gefährden.
den System ökonomisch nicht bewertet – ebensowenig wie die positiven Effekte, die die Landwirtschaft für die Erhaltung der von ihr in Jahrhunderten geschaffenen mitteleuropäischen Kulturlandschaft beiträgt oder beitragen kann (das meiste, was uns in der Landschaft als angenehme Natürlichkeit gefällt, ist Resultat menschlicher Eingriffe). Der einzelne Landwirt kann unter dem Druck einer unbarmherzigen Konkurrenz auf solche Sentimentalitäten kaum Rücksicht nehmen – Sentimentalitäten, die in Wahrheit dringende Lebensbedürfnisse berühren, die als solche auch von einer wachsenden Zahl von Menschen artikuliert
ausgedehntes öffentliches und halböffentlich-berufsständisches Planungs-, Beratungs- und Überwachungswesen, etwa für Milch-, Saatgut- und Jungtierproduzenten. (Formen der Bezuschussung extensiver Produktion zum Zwecke der Natur-und Landschaftserhaltung gibt es auch bereits, in Gestalt des EG-Bergbauernprogramms.)
Zu verwirklichen wäre eine solche Perspektive nur durch eine Umorientierung der Bauernbewegung und durch kräftige Initiativen aus anderen Teilen der Gesellschaft. Mit dem Widerstand der Großlandwirte, die die Bauernverbände beherrschen, und von der Industrie, in besonderem Maße der

Auch die Toten
werden vor dem Feind,
wenn er siegt,
nicht sicher sein.
Und dieser Feind
hat zu siegen
nicht aufgehört.

(Walter Benjamin)



Johann Georg Elser

Ein deutsches Drama

P.-P. Zahl's Stück über den fast vergessenen Widerstand gegen Hitler wird in Bochum uraufgeführt.

hew.Bochum. Mit diesen Worten schließt Peter Paul Zahls erstes Stück „Johann Georg Elser", das am 27.2. in Bochum uraufgeführt wurde.

Elser, ein Kunstschreiner von der schwäbischen Alb, unternahm am 9. November 1939 einen Attentatsversuch gegen Hitler. Im Münchener Bürgerbräukeller, wo die alljährliche Gedenkfeier für Hitlers mißglückten Putsch von 1923 stattfand, hatte Elser eine Zeitbombe installiert. Der Anschlag ging fehl, denn wenige Minuten zuvor hatte Hitler den Saal verlassen. Elser erfährt vom Mißlingen seines Plans erst bei seiner Verhaftung, als er versucht, die Grenze zur Schweiz zu überschreiten. Er wird als „persönlicher Häftling des Führers" inhaftiert und am 9. April 1945 – wenige Tage vor der Befreiung des Lagers – „auf Weisung von höchster Stelle" ermordet.

Mit Akribie hat Zahl das Quellenmaterial zu Elsers Person selbst, wie auch zur historischen Entwicklung in Deutschland, zusammengetragen. Mit der zwischen Elser und „dem Volk", der Reichskanzlei und dem bürgerlich-militärischen Widerstand wechselnden Szenenfolge des Stücks versucht Zahl nicht nur den Attentäter zu charakterisieren, sondern auch einen gründlichen Zusammenhang zur Zeitgeschichte herzustellen.

Dadurch vermischen sich in der Aufführung Episoden aus Elsers Geschichte und Umgebung mit breit angelegten Szenen dokumentarischen Charakters.

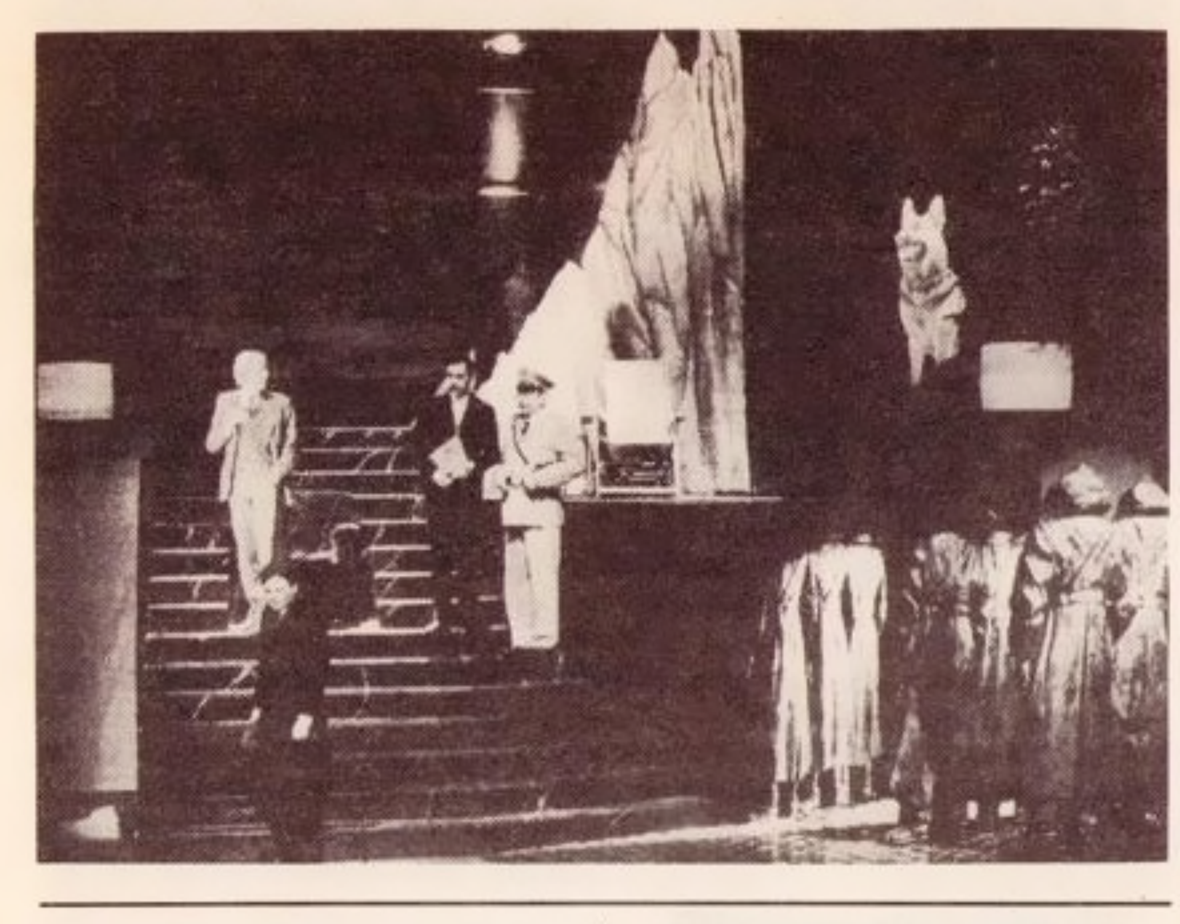
Dem kommt der technische Aufbau der Bühne durch die Aufteilung in wesentlich drei Teile entgegen: zur Linken „das Volk", rechts die Reichskanzlei, in der Mitte im Hintergrund der bürgerliche Widerstand.

Die chronologisch eingefügten dokumentarischen Szenen können übergangslos zwischengeschoben werden. So wird immer wieder in die Reichskanzlei übergewechselt, in der Hitler Tischreden – zumeist im Originaltext – hält. Oder die Zuschauer und auf der Bühne Elser und seine Umgebung werden per Fernsehen von Propagandareden vom Podium in der oberen Ebene der Bühne heimgesucht.

In Zahls Stück ist Hitler vor allem geschäftstüchtig-smarter Politiker. Im Nadelstreifenanzug und ohne optische Annäherung an das Original wird kein Versuch gemacht, authentische Widergabe zu vermitteln. Seine Reden erinnern eher an Wahlkundgebungen der letzten Jahre als an das faschistische Massenaufmarsch-Gepränge.

Bedauerlich ist hier vor allem das Übermaß an verwendeten Materialien, durch das der Zuschauer erschlagen wird. So erfährt man, daß jener Hitler, dem das Attentat gilt, genauso über Architektur und Wagner zu plaudern versteht, wie er in der Lage ist, die Bedrohung Deutschlands durch die Tschechoslowakei zu verkaufen. Daß aber für diese Beweisführung immer wieder minutenlange Monologe gehalten werden müssen, ist kaum einsichtig. Die Ersetzung des Volksempfängers durch auf der Bühne und im Zuschauerraum aufgebaute Fernseher verschärft diesen Effekt oftmals: Hin- und hergerissen zwischen dem Geschehen auf dem Podium, das Ulrich Pleitgen ausgezeichnet beherrscht, und der Fernsehgroßaufnahme, erfordert das Zuschauen äußerste Konzentration. Hinzu kommt die großangelegte Symbolik der Reichskanzlei: Vor allem aus einer schwarzen Marmortreppe gebildet, auf der der Führer in einem Sessel thront, wird sie ergänzt durch die von ganz schwarz modellierten Gestapo-Figuren, die die zweite Ebene tragen. Darauf ist ein Fernseher installiert, der obendrein noch von einem weißen Schäferhund flankiert und durch einen Tannenbaum mit Stacheldraht ausgeschmückt wird.

Völlig im dunkeln bleibt auch, zu welchem besonderen Zweck noch eine Szene über das Euthanasieprogamm dienen soll, ist doch der Charakter des faschistischen Staats längst deutlich geworden. Nicht weniger als 15 Ärzte versammeln sich da auf der Bühne,



Szenenfolge des Stücks versucht Zahl nicht nur den Attentäter zu charakterisieren, sondern auch einen gründlichen Zusammenhang zur Zeitgeschichte herzustellen.

Dadurch vermischen sich in der Aufführung Episoden aus Elsers Geschichte und Umgebung mit breit angelegten Szenen dokumentarischen Charakters.

Dem kommt der technische Aufbau der Bühne durch die Aufteilung in wesentlich drei Teile entgegen: zur Linken „das Volk", rechts die Reichskanzlei, in der Mitte im Hintergrund der bürgerliche Widerstand.

Die chronologisch eingefügten do-

kanzlei übergewechselt, in der Hitler Tischreden – zumeist im Originaltext – hält. Oder die Zuschauer und auf der Bühne Elser und seine Umgebung werden per Fernsehen von Propagandareden vom Podium in der oberen Ebene der Bühne heimgesucht.

In Zahls Stück ist Hitler vor allem geschäftstüchtig-smarter Politiker. Im Nadelstreifenanzug und ohne optische Annäherung an das Original wird kein Versuch gemacht, authentische Widergabe zu vermitteln. Seine Reden erinnern eher an Wahlkundgebungen der letzten Jahre als an das faschistische Massenaufmarsch-Gepränge.

wird. So erfährt man, daß jener Hitler, dem das Attentat gilt, genauso über Architektur und Wagner zu plaudern versteht, wie er in der Lage ist, die Bedrohung Deutschlands durch die Tschechoslowakei zu verkaufen. Daß aber für diese Beweisführung immer wieder minutenlange Monologe gehalten werden müssen, ist kaum einsichtig. Die Ersetzung des Volksempfängers durch auf der Bühne und im Zuschauerraum aufgebaute Fernseher verschärft diesen Effekt oftmals: Hin- und hergerissen zwischen dem Geschehen auf dem Podium, das Ulrich Pleitgen ausgezeichnet beherrscht, und der Fernsehgroßaufnahme, erfordert das Zuschauen äußerste Konzentration. Hinzu kommt die großangelegte Symbolik der Reichskanzlei: Vor allem aus einer schwarzen Marmortreppe gebildet, auf der der Führer in einem Sessel thront, wird sie ergänzt durch die von ganz schwarz modellierten Gestapo-Figuren, die die zweite Ebene tragen. Darauf ist ein Fernseher installiert, der obendrein noch von einem weißen Schäferhund flankiert und durch einen Tannenbaum mit Stacheldraht ausgeschmückt wird.

Völlig im dunkeln bleibt auch, zu welchem besonderen Zweck noch eine Szene über das Euthanasieprogamm dienen soll, ist doch der Charakter des faschistischen Staats längst deutlich geworden. Nicht weniger als 15 Ärzte versammeln sich da auf der Bühne,
von denen nicht weniger als sieben nur ihren Namen und ihre Anwesenheit zum Ausdruck bringen. Ähnlich auch die Besprechungen in der Kanzlei: Offiziere zu Hauf stehen herum, dem Führer zu lauschen und gelegentlich einen Satz einzuflechten.

Im Gegensatz dazu kommt der bürgerliche Widerstand mit vergleichsweise geringer Zahl von Akteuren aus. Sie versammeln sich in einem „Schaukasten" im mittleren Bühnenhintergrund, der zwischen den Szenen von einem Vorhang mit den Namen prominenter Widerständler geschlossen wird. Zahl fordert in seiner Regieanweisung: „Im geschilderten Zeitraum wirkt er geradezu grotesk, komisch und banal ... Hier ist der slapstick-Stil durchaus angebracht." Dem wird – zum Teil noch schwerfällig – Genüge getan. So äußert der Geheimdienstchef im Herbst 1938:

„Der Friede droht
In Ruhe geopfert die Tschechei.
Ein jeder von Ruf und Belang legt
Hand an.
Der Tag von München ist unser
Ruin."

Und wieder packt Goerdeler seine immer frischen Ministerlisten ein. Der Widerstand muß einmal mehr vertagt werden.

Diesen Szenen gegenüber geht die Darstellung Elsers und seiner Arbeit oftmals fast unter. In den ersten Abschnitten 1936 ist er noch der heimliche Unterstützer des Widerstands, der hier und da kritische Bemerkungen einwirft. Seinen Feierabend verbringt er im Kneipenhinterzimmer beim Zither-Club. Dort wird „Das schwäbisch Brünnele" gesungen, dazu Elser: „Für's Gemüt ist besser als für'n Krieg."

Selbst nachdem zuerst Elser verschwindet, dann alle jungen Männer eingezogen werden, halten die übriggebliebenen am gemütlichen Abend fest. Dort auch erreicht sie die Nachricht des Attentats: Hinter der Gemütspflege kommt offene Sympathie zu Tage. Selbst der Sozialdemokrat bekennt seine „klammheimliche Freude", er gibt zu bedenken: „Deutsche jedenfalls (machen das) nicht ... Nicht mal Kommunisten machen sowas." Denoch: In der letzten Szene – nun ganz ohne Männer – versammeln sich diese Sympathisanten wieder:

„Was soll's, wir können's nimmer mehr ändern. Da ist nichts zu machen. Was spiel'n wir heut? Ich möcht's nicht mehr missen." Und sie beschließen einmal mehr „Was für's Gemüt" zu spielen: „Die Soldatenbraut".

Nur sehr vorsichtig wird die Person Elsers selbst aufgegriffen. Sein Verhältnis zu Else, einer geschiedenen Frau, seine Freundschaft zu Josef, dem Arbeitskollegen, der in der KPD ist, seine Wirtsleute und sein Elternhaus sind die Bezugspunkte.

In der Familie und an seiner Arbeitsstelle kommt die gleiche Ohnmacht zum Ausdruck, wie sie der Zither-Club darstellt. Der Bruder und die Frau sind vor allem um ihren Platz im elterlichen Haus besorgt, Vater und Mutter haben resigniert. Nur seiner Freundin Else kann er sich vorsichtig anvertrauen. Sie unterstützt ihn, ist jedoch voller Angst.

Der Freund Josef, der ein halbes Jahr im KZ war, gibt vor allem immer wieder zu bedenken, die KPD habe es ja schon immer gesagt. Ihm hält Elser entgegen: „Recht haben ist nicht wichtig, was tun ist wichtig. Nachher sind alle schlauer."

Und: „Überleben! Früher habt ihr was anderes gesagt, auf den Versammlungen beim Rotfrontkämpferbund. (...) Wir haben nicht bluten wollen, sondern gewinnen."

Gegenüber der Ratlosigkeit seiner Umgebung und selbst des Genossen, mit dem er gemeinsam Veranstaltungen besucht, der ihn für den Rotfrontkämpferbund gewonnen hatte, scheint Elser kein anderer Ausweg offen, als selbst und allein zu handeln. Angesichts des drohenden Krieges entschließt er sich zum Alleingang.

Eine Reise nach München zum 9. November 1938 bestärkt ihn in seinem Vorhaben. Er plant in mühevoller Kleinarbeit sein Attentat. Durch einige Wechsel seiner Arbeitsstellen verschafft er sich das nötige Material. Schließlich arbeitet er nächtelang heimlich an der Säule im Bürgerbräusaal, höhlt sie aus und installiert seinen Zeitzünder. Der Plan schlägt fehl, er wird an der Grenze verhaftet.

Noch immer mit der selben Bedachtsamkeit und Ruhe spielt Martin Schwab den „persönlichen Häftling des Führers", der seinen Bewachern Rede und Antwort steht: „Ich würde das nicht wieder tun ... Der Zweck ist nicht erreicht ... Ich habe meine Ansicht geändert ... Ich glaube, daß meim Plan gelungen wäre, wenn meine Auffassung richtig gewesen wäre. Nachdem er nicht gelungen ist, bin ich überzeugt, daß er nicht gelingen sollte. Und daß meine Ansicht falsch war."

Ein nachdenklicher Attentäter also, der weder den heroischen Einzelkämpfer noch den verunsicherten Parteifunktionär beschönigt, wenn er lachend zugibt, die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung stecke hinter allem.

Peter-Paul Zahl: Johann Georg Elser. Ein deutsches Drama. Rotbuch 248, Berlin 1982, 160 Seiten, 10 DM.

Selbst nachdem zuerst Elser verschwindet, dann alle jungen Männer eingezogen werden, halten die übriggebliebenen am gemütlichen Abend fest. Dort auch erreicht sie die Nachricht des Attentats: Hinter der Gemütspflege kommt offene Sympathie zu Tage. Selbst der Sozialdemokrat bekennt seine „klammheimliche Freude", er gibt zu bedenken: „Deutsche jedenfalls (machen das) nicht ... Nicht mal Kommunisten machen sowas." Denoch: In der letzten Szene – nun ganz ohne Männer – versammeln sich diese Sympathisanten wieder:

„Was soll's, wir können's nimmer mehr ändern. Da ist nichts zu machen. Was spiel'n wir heut? Ich möcht's nicht mehr missen." Und sie beschließen einmal mehr „Was für's Gemüt" zu spielen: „Die Soldatenbraut".

Nur sehr vorsichtig wird die Person Elsers selbst aufgegriffen. Sein Verhältnis zu Else, einer geschiedenen Frau, seine Freundschaft zu Josef, dem Arbeitskollegen, der in der KPD ist, seine Wirtsleute und sein Elternhaus sind die Bezugspunkte.

saal, höhlt sie aus und installiert seinen Zeitzünder. Der Plan schlägt fehl, er wird an der Grenze verhaftet.

Noch immer mit der selben Bedachtsamkeit und Ruhe spielt Martin Schwab den „persönlichen Häftling des Führers", der seinen Bewachern Rede und Antwort steht: „Ich würde das nicht wieder tun ... Der Zweck ist nicht erreicht ... Ich habe meine Ansicht geändert ... Ich glaube, daß meim Plan gelungen wäre, wenn meine Auffassung richtig gewesen wäre. Nachdem er nicht gelungen ist, bin ich überzeugt, daß er nicht gelingen sollte. Und daß meine Ansicht falsch war."

Ein nachdenklicher Attentäter also, der weder den heroischen Einzelkämpfer noch den verunsicherten Parteifunktionär beschönigt, wenn er lachend zugibt, die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung stecke hinter allem.

Peter-Paul Zahl: Johann Georg Elser. Ein deutsches Drama. Rotbuch 248, Berlin 1982, 160 Seiten, 10 DM.

Fernsehtip

Trotz allgemeiner Programmlethargie – diesmal kommen wichtige und interessante Themen und Filme gleich in Massen. Daher gehts diesmal nur kurz: **„Mensch Meier"**, ein Fernsehfilm von Franz Xaver Kroetz nach seinem gleichnamigen Bühnenstück. Arbeiter Meier scheitert an kapitalistischer Rationalisierung und kleinbürgerlicher Familieneinstellung. Ein typisches Thema von Kroetz. *Sonntag, 28.3., 21.05 Uhr im ARD.* – Am Montag kann man sich dann fünf Stunden vor die Glotze setzen: **„Die Hamburger Krankheit"**, ein umstrittener Spielfilm von 1979 (mit Fernsehbeteiligung) mit mehrdeutigen Anspielungen auf den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft. Häufige Kritik: Thema gut, Verfilmung daneben. *Montag, 29.3., 21.20 Uhr im ZDF.* – Polnische Kurzfilme unter dem Motto **„Die menschliche Klugheit schreitet fort, aber warum kann man nichts gegen die Kälte tun"** von Josef Cyrus, Krzysztof Kieślowski und Wojciech Wiszniewski – drei wichtige Regisseure des polnischen Films. Gemeinsam ist den Kurzfilmen ‚Der Ochse', ‚Redende Köpfe' und ‚Der Tischler' die Kritik am „realen Sozialismus". Im Mittelpunkt die verheerenden Auswirkungen der rüden „Entprivatisierung" bei kleinen Bauern und Handwerkern. *Montag, 29.3., 23.10 Uhr im ZDF.* – **„Kambodscha: Spielball der Mächte"** dürfte nach allen Vorankündigungen mal wieder eine ordentliche Hetzreportage von Winfried Scharlau, „Südostasien-Spezialist" vom ARD, werden. *Montag, 29.3., 21.15 im ARD.* – Und noch einmal Claude Chabrol mit einer bissigen Tragödie auf die bürgerliche Moral. **„Der Riß"**. *Montag, 29.3., 23.00 Uhr im ARD.* – „Jack" war der erfolgreichste Roman in Schweden seit dem zweiten Weltkrieg. Der Erfahrungsbericht über die rebellische Jugend der späten Sechziger wurde 1977 filmisch umgesetzt. **„Was zum Teufel, Jack"**. *Dienstag, 30.3., 22.05 Uhr im ZDF.* – Eines der grandiosesten Werke von Jean-Pierre Melville ist jetzt nochmal zu sehen. In **„Vier im roten Kreis"** – ähnlich angelegt von der Grundeinstellung wie „Der eiskalte Engel" und natürlich auch mit Alain Delon – hat Melville seinen wesentlichen Grundsatz auf den Punkt gebracht: Die Handlungen verschiedener Menschen sind vorbestimmt, bewegen sich konzentrisch auf den gewaltsamen Umschlagspunkt zu – den Tod. Sie handeln aktiv, verändern sich, aber nur in dem vorbestimmten Rahmen. Also Melvilles Existenzialismus in Reinkultur. Auch wenn man diese Auffassung keineswegs teilt – der Film gehört zu den bedeutendsten seiner Zeit. *Freitag, 2. April, 23.05 Uhr im ZDF.*

Demokratische Sozialisten Recklinghauser Thesen und Stellungnahmen zur eingeleiteten Parteigründung

Der Gründungsprozeß der Demokratischen Sozialisten ist begleitet von Auseinandersetzungen, die von der Frage, ob eine solche Gruppierung als Partei neben oder zwischen SPD und Grünen überhaupt eine Existenzberechtigung hat, bis zum Streit über Programmatik, das Vorgehen der Initiatoren und den Zeitpunkt der Gründung reichen.

Wir dokumentieren hier die von den rund 650 Gründungsmitgliedern am 20. März 1982 mit großer Mehrheit als Grundlage für die weitere inhaltliche Diskussion verabschiedeten *„Recklinghauser Thesen“* sowie die Stellungnahme der *Sozialistischen Studiengruppen*, deren führende Vertreter zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs zur Parteibildung gehören. *AL Westberlin, Marxisten in der SPD* und *Grüne* äußerten sich kritisch, aber kooperationsbereit. Ein offener Brief von sieben Vorstandsmitgliedern der Grünen NRW und eine ausführlichere Stellungnahme des Bundesvorstandsmitglieds der Grünen, D. Burgmann, die in ihrer Kritik von unterschiedlichen Schwerpunkten ausgehen, fanden hier leider keinen Platz mehr.

Recklinghauser Thesen

Forum Demokratischer Sozialisten

In Anbetracht der lebensbedrohenden Gefahren für den Frieden und für die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, in Anbetracht von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit in unserem Land, in Anbetracht von Not, Elend und Ausbeutung in vielen Teilen der Welt, schließen wir uns als Demokratische Sozialisten in der Bundesrepublik Deutschland zusammen, um unseren Beitrag im Kampf für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu leisten.

Wir wollen unsere Arbeit auf der Grundlage der nachfolgenden Thesen beginnen. Diese Thesen bedürfen in vielen Punkten der Ergänzung und Konkretisierung. Sie müssen sich auch langfristig in eine Perspektive gesellschaftlicher Entwicklung einfügen. Das können wir nur gemeinsam leisten. Dabei wird es Punkte geben, in denen wir unterschiedlicher Meinung sind. Die sich daraus ergebenden Diskussionen werden wir offen im Geiste der Toleranz und der Kooperationsbereitschaft führen.

Willkürlichen Ab- und Ausgrenzungsbestrebungen werden wir mit Nachdruck entgegentreten. Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen dürfen die Gemeinsamkeit unseres Kampfes für Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht in Frage stellen.

Die Demokratischen Sozialisten bekämpfen die Frauenunterdrückung und -benachteiligung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir lehnen es ab, die Frauenbefreiung als zweit- oder drittrangiges politisches Anliegen zu behandeln. Eine vordringliche Aufgabe wird es sein, eine konkrete Strategie zur Bekämpfung der Frauendiskriminierung zu erarbeiten.

Wir rufen alle, die der grundsätzlichen Tendenz dieser Thesen zustimmen, zur programmatischen Mitarbeit auf. Wir rufen sie zugleich auf, aktiv am dezentralen Aufbau der Partei „Demokratische Sozialisten“ mitzuwirken.

Frieden und Abrüstung

Die wirtschaftliche Krise in den entwickelten Industriegesellschaften hat einen verschärften weltweiten Rohstoff- und Handels-„Krieg“ hervorgerufen. Zur Bewahrung ihrer ökonomischen und politischen Vormachtstellung versuchen die Großmächte den Zugriff auf Rohstoffe und Märkte zunehmend militärisch abzusichern. Dadurch verstärkt sich die Ausbeutung der Entwicklungsländer, wird der Widerstand von Befreiungsbewegungen zunehmend unterdrückt.

Die Militärdoktrinen des „Gleichgewichts“ und der „Abschreckung“ heizen die Weltrüstung bei gleichzeitiger Ausweitung des Welthungers und der Massenarbeitslosigkeit ständig weiter an. Der Übergang von einer Strategie der Kriegsverhütung zur Strategie der Kriegsführung, nach der ein begrenzter Atomkrieg – in erster Linie auf dem „potentiellen Schlachtfeld Europa“ – führbar und gewinnbar gedacht wird, erhöht die Kriegsgefahr für alle hier lebenden Menschen.

Es ist deshalb überlebensnotwendig, daß

1. wir für Abrüstung durch einseitige Schritte ohne Vorbedingungen eintreten

□ der Aufrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 gekündigt und mit allen Mitteln die Stationierung neuer Atomraketen und chemischer Waffen in der Bundesrepublik verhindert wird

□ die über 6000 atomaren Sprengköpfe aus der Bundesrepublik endgültig abgezogen werden, als ein erster Schritt zu dem Ziel eines ABC-waffenfreien Europas

□ auf dem Weg dahin die Verteidigungsausgaben jährlich qualifiziert gesenkt werden

□ die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik in zivile Produktionskapazitäten umgewandelt wird und dadurch zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden

2. wir uns gegen die psychologische Militarisierung in der Bundesrepublik wenden

□ dem antikommunistischen Feindbild, mit dem die Politik der Aufrüstung gerechtfertigt werden soll, durch Informationen und Aktionen entgegengetreten wird

□ daß uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Abschaffung der „Gewissensprüfung“ durchgesetzt wird

3. wir der Einmischung der Bundesrepublik in fremden Ländern entgegentreten

□ Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik eingestellt werden

□ die Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen West und Ost, Nord und Süd zum gegenseitigen Nutzen partnerschaftlich ausgebaut wird

□ die Friedensbewegungen in allen Ländern sich aktiv und solidarisch zusammenschließen

4. wir gegen das System atomarer Abschreckung und für die

Vernichtung aller Atomwaffen eintreten, in Europa eine blockfreie Zone anstreben und daß die Militärbündnisse mit diesem Ziel schrittweise aufgelöst werden.

Ökologie

In der Bundesrepublik hat eine zehnjährige intensive Ökologiedebatte, die zum Entstehen einer breiten Bewegung geführt hat, die grundlegende Bedeutung des Verhältnisses von Mensch und Natur vermittelt. Umweltfragen sind Lebensfragen und haben Vorrang vor Gesichtspunkten ökonomischer Zweckdienlichkeit. Der Kampf gegen die Verschwendung der Rohstoffe und gegen die Zerstörung der Natur wird zu einer Überlebensfrage der Menschenheit.

In dieser Situation fordern wir

□ wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und -kriterien, die der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen den Vorrang vor Profitinteressen einzelner oder irrationalen Wachstumsvorstellungen geben; eine Steigerung des Bruttosozialproduktes sagt allein nichts über die Qualität der Lebensbedingungen der Menschen aus

□ grundsätzliche Abkehr von menschenfeindlichen, großtechnologischen und zentralistischen Lösungen, die nicht nur die Umwelt zerstören, sondern auch demokratische Mitwirkung unmöglich machen

□ keine weiteren Atomkraftwerke und Ausstieg aus der Atomenergie

□ keine umweltzerstörenden sinnlosen Großprojekte wie Startbahn West, Rhein-Main-Donau-Kanal usw.

□ dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem Straßenverkehr zu geben und den Großstraßenbau sofort zu beenden.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Seit mehreren Jahren erleben wir in der Bundesrepublik eine tiefe wirtschaftliche Krise, Massenarbeitslosigkeit und sozialen Abbau. Für die nächsten Jahre sind weitere Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen absehbar. Die von der Arbeiterbewegung seit jeher bekämpfte soziale Ungerechtigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse tritt kraß hervor. Die Krise zeigt, daß soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, gleiche soziale Chancen und angemessener Lebensunterhalt auf Dauer mit der „sozialen Marktwirtschaft“ unverträglich sind. Aber auch schon vor der Krise zahlten sozial schwache und breite Schichten der Bevölkerung mit niedrigen Einkommen den Preis für die Mängel dieser Wirtschaftsordnung, in der das Profitprinzip über Art und Umfang von Investitionen und Mittelverwendung entscheidet.

Die Krise hat die alte und ungelöste soziale Frage wieder auf die Tagesordnung gestellt: Arbeitslosigkeit und Existenznot. Mittlerweile sind es Millionen Menschen in diesem Land, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes zugleich in soziale Not gestürzt wurden und werden. Für die Arbeiterschaft bedeutet Arbeitslosigkeit die Gefahr der Aufspaltung in Beschäftigte und Arbeitslose. Aber auch unter den Beschäftigten wachsen Spaltungstendenzen: zwischen deutschen und ausländischen Kollegen, jungen und älteren Arbeitnehmern, Frauen und Männern. Das bedeutet von vornherein eine ungeheure Schwächung gewerkschaftlicher Kraft. Deswegen trifft steigende Massenarbeitslosigkeit in zunehmendem Maße auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Wir erleben einen offenen und verdeckten Lohnabbau. Wir stellen eine fortschreitende Leistungshetze in den Betrieben fest. Ihre Folge: mehr Berufskrankheiten, mehr Frühinvalidität. Und die Angst um den Arbeitsplatz und damit um Lohn und Existenz droht jede kollektive Gegenwehr im Ansatz zu ersticken.

1. Nicht die Benachteiligten des Systems der Marktwirtschaft und seiner Krise dürfen weiterhin zu Opfern gezwungen werden, sondern die ungerechte Art des Wirtschaftens und Lebens muß verändert werden. Der Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse ist deshalb verknüpft mit der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit. Sogenannte Konjunkturprogramme können da nicht helfen. Wir brauchen dafür eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie in den Grundstrukturen unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse durchsetzt und deshalb den Namen sozialistisch verdient.

Wir lehnen jeden Abbau sozialer Leistungen ab und drängen demgegenüber auf den raschen Ausbau sozialer und öffentlicher Dienstleistungen, mit denen das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in allen Lebensbereichen akzeptiert wird, statt bürokratisch für soziale „Entsorgung“ zuständig zu sein.

Ein sicherer Lebensunterhalt und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sind heute nicht an die Bedingung globalen wirtschaftlichen Wachstums, sondern an die Bedingungen der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gebungen. Nur eine Art des Wirtschaftens, die nicht dem Profit unterworfen ist, nur eine Einkommens- und Sozialpolitik, die den sozial Schwachen und den Benachteiligten am meisten hilft, nur eine humane und ökologische Gestaltung unserer sozialen Umwelt werden in Zukunft menschenwürdige Arbeitsplätze, sicheren Lebensunterhalt und freie Individualität ermöglichen.

Deshalb kämpfen wir für

□ die Verkürzung der Wochenarbeitszeit

□ das Verbot der Leiharbeit

□ öffentliche Investitionen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, primär der Selbstversorgung (Wohnen, Freizeit, Nahverkehr) dienen und die regionale und sektorale Zahl der Arbeitslosen berücksichtigen

□ die Schaffung dezentraler öffentlicher Unternehmen unter kommunaler Beteiligung

□ die Förderung von Projekten alternativer Ökologie und kollektiver Selbsthilfe

□ Kontrolle neuer Technologien, ihrer Entwicklung und Anwendung, um weitere Arbeitszergliederung, Monotonie und Belastung zu verhindern

□ umfassende Demokratisierung des Wirtschaftslebens

□ angemessene Mieten und ausreichend Wohnungen für alle

□ Schaffung zusätzlicher Stellen im Bereich der Schulen, der medizinischen Versorgung und der sozialen Dienste

□ Ausbau eines dezentralisierten Systems von Wärmekraftkopplung, Abwärmenutzung und Fernwärmeversorgung

□ Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Radwegenetze

□ grundsätzliche Neuordnung der beruflichen Ausbildung.

2. Unsere Politik ist die offensive Vertretung der Rechte der benachteiligten Bevölkerungsschichten. Wir wollen Schluß machen mit der Regierungspolitik, die Massenarbeitslosigkeit und die dadurch entstandene Finanzkrise der öffentlichen Haushalte auf Kosten der sozial Schwachen sowie der kleinen und mittleren Einkommensempfänger zu lösen.

Unbeschadet dessen, daß die Demokratischen Sozialisten für das Recht auf Arbeit eintreten, ist es gegenwärtig nötig, die Mindesteinkommen zu verbessern und die Folgen des bisherigen Sozialabbaus zu beseitigen.

Deshalb verurteilen wir

□ die Verschlechterung der Sozialhilfesätze

□ die Senkung der Arbeitslosenunterstützung

□ die Einengung der Anspruchsregelungen

□ die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien

□ die Einführung des Krankenbeitrages für Rentner

und fordern wir

□ den Ausbau des Rentenrechts für die Gleichberechtigung von Mann und Frau

□ das Vorziehen des Rentenalters

□ die Erhöhung der Kleinstrenten

□ die Einführung einer Mindestrente.

3. Statt Einsparungen im Sozialbereich, statt Steuererhöhungen, die die kleinen und mittleren Einkommen am stärksten

belasten, kann eine Finanzierung von sozialen Maßnahmen durch gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung und eine Steuerpolitik erfolgen, die nicht die Reichen und Besitzenden begünstigt.

Deshalb fordern wir

☐ eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung, z.B. durch höhere Spitzensteuersätze für Großverdiener und eine Erhöhung der Vermögensteuer

☐ die steuerliche Neuregelung zur Bewertung des Vermögens an Grund und Boden und eine Reform des Bodenrechts

☐ den Abbau aller Steuersubventionierungen für höhere Einkommen und das Verbot aller Abschreibungsgesellschaften

☐ die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerrückstände.

Bei der Verteidigung des Lebensunterhaltes und dem Kampf gegen soziale Demontage, bei der Verwirklichung unseres Ziels sozialer Gerechtigkeit in einer sozialistischen Gesellschaft wird es auf die Selbstorganisation der Interessen, auf die Aktivität und den Kampf der Betroffenen ankommen. Wirtschaftspolitische Ziele und Forderungen, die auf eine Besserung der Situation von Arbeitnehmern und ihren Familien abzielen, sind heute insbesondere ohne starke und autonome Gewerkschaften und entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf nicht zu verwirklichen. In diesem Sinne arbeiten Demokratische Sozialisten in den Gewerkschaften.

Dritte Welt und ausländische Arbeitnehmer

Hunderte Millionen Menschen hungern und verhungern in der Welt, in der wir leben, ohne daß ein Aufschrei der Empörung durch unser Land geht. Woher auch jeder von uns kommt, kein Mensch kann und darf sich mit diesem Zustand abfinden. Diesem Zustand ist aber allein durch rein karikative Einzelmaßnahmen wirksam nicht zu begegnen.

Deshalb fordern wir

☐ gerechte Warenaustauschverhältnisse zwischen Nord und Süd im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung

☐ massive Förderung einer an den Grundbedürfnissen der Menschen und den Prinzipien der Selbstversorgung und der sozialen Gerechtigkeit orientierten Eigenentwicklung der Völker der Dritten Welt

☐ das Recht der Völker auf eine eigenständige, blockfreie Entwicklung

☐ die Wahrung der Menschenrechte überall in der Welt

☐ die Unterstützung von Befreiungsbewegungen, deren Kampf der Verwirklichung der oben genannten Prinzipien dient.

Wir verurteilen nachdrücklich die Unterstützung von Militärdiktaturen durch die Bundesregierung.

Als Auswirkungen der Probleme in der Dritten Welt sind wir in der Bundesrepublik u.a. mit einem Ausländerzustrom konfrontiert, der zunehmend zu einem innenpolitischen Problem gemacht wird.

Auch die von der BRD angeworbenen „Gastarbeiter" sind als Produkt der internationalen kapitalistischen Ausbeutung anzusehen, die ein würdiges Leben in ihren Ursprungsländern unmöglich macht.

Jetzt soll die industrielle Reserverarmee, die einst in diesen Ländern mobilisiert wurde, um hier eine schrankenlose kapitalistische Entwicklung zu ermöglichen, in dem Moment nach Hause geschickt werden, wo die kapitalistische Krise sie nicht mehr profitabel nutzbar macht – nachdem ihre Heimatländer in ihrer eigenen Wirtschaftsstruktur zerstört sind.

In seiner Unfähigkeit, die Wirtschaftskrise zu beseitigen, versucht der herrschende Block die ausländischen Arbeiter als eine Ursache der Arbeitslosigkeit hinzustellen. „Ausländerfeindlichkeit" wird gegenwärtig zum zentralen Ansatzpunkt rechtsradikaler Mobilisierungsstrategien gemacht. Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte ist es daher, jede Diskriminierung von Ausländern in Staat und Gesellschaft zu bekämpfen.

Demokratische Rechte

Demokratische Sozialisten wissen, daß die Verwirklichung ihrer Ziele nur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft möglich ist, wie sie ein uneingelöster Verfassungsauftrag des Grundgesetzes ist. Unser Kampf für die Wiederherstellung demokratischer Freiheitsrechte ist eine entscheidende Bedingung für eine erfolgreiche Abwehr der gegenwärtigen Einschränkungen der politischen Handlungsmöglichkeiten von unten.

Zugleich sehen wir in der Durchsetzung und Erweiterung demokratischer Rechte in Betrieb und Gesellschaft ein wichtiges Ziel unseres Kampfes für eine gesellschaftliche Umgestaltung. Die Forderung nach demokratischen Rechten erheben wir daher nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch an unsere eigene politische und gewerkschaftliche Praxis.

Deshalb streiten wir insbesondere

☐ gegen Berufsverbote sowie jegliche Art staatlicher „Gesinnungsüberprüfung" (z.B. von Kriegsdienstverweigerern) und die Kriminalisierung politischen und gewerkschaftlichen Widerstandes

☐ für eine Aufhebung der repressiven „Anti-Terrorgesetze" und Rücknahme der Notstandsverfassung

☐ für die wirksame Sicherung der Grundrechte auch gegenüber den Geheimdiensten

☐ gegen alle Meinungs- und Informationsmonopole, insbesondere auch gegen betriebliche Personaldatenerfassungssysteme und für den Ausbau eines Datenschutzes

☐ für die uneingeschränkte Garantie individueller und kollektiver Grundrechte als Bedingungen einer konsequenten Politik von unten

☐ für einen umfassenden Abbau institutioneller und juristischer Hindernisse für eine basisdemokratische Politik

Die Demokratischen Sozialisten treten für eine umfassende rechts- und staatspolitische Trendumkehr ein: Statt des gegenwärtigen Abgleitens in den Obrigkeitsstaat als Instrument autoritärer Krisenlösungen wollen wir einen umfassenden Prozeß der Wiederherstellung und Erweiterung demokratischer Rechte in Betrieb, gesellschaftlichen Organisationen und im Staat durchsetzen.

Organisation

Wenn die Initiative „Demokratische Sozialisten" sich für die Rechtsform einer Partei entscheidet, dann darf das keine Vorentscheidung im Sinne der Übernahme von Strukturen herkömmlicher etablierter Parteien sein. Wir werden eine vollständige und effektive Willensbildung und Kontrolle durch die Basis gewährleisten und das Ausnutzen von Ämtern und Mandaten für eine Herrschaftssicherung einzelner ausschließen.

Unabhängig von der Rechtsform ihrer Organisation verstehen sich die „Demokratischen Sozialisten" als Teil einer breiteren Bewegung. Wir sind zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Teilen der Friedensbewegung, mit Bürgerinitiativen, mit den Grünen, mit den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Kräften innerhalb der Kirchen bereit.

Warum jetzt eine neue Partei?

Sozialistische Studiengruppen (SOST)

In Recklinghausen wird auf dem Forum Demokratischer Sozialisten über die Eröffnung eines Parteibildungsverfahrens diskutiert und entschieden. Auch innerhalb der internen Debatten dieser politischen Strömung stehen drei Fragen im Vordergrund: Ist es richtig, so schnell eine Parteigründung anzu-

streben? Auf welcher Plattform können die verschiedenen Ansprüche und Vorstellungen von demokratischem Sozialismus zusammengefaßt werden, was ist also der unerläßliche politisch-programmatische Minimalkonsens für eine Partei links von der SPD? Reicht dieser politische Rahmen überhaupt aus, um gegenüber der „Grünen Partei" eine organisatorisch eigenständige politische Kraft begründen zu können?

Die Demokratischen Sozialisten müssen sofort einen organisatorischen Rahmen für die weiteren Diskussions- und Entscheidungsprozesse abstecken. Jede Debatte um sozialistische Politik hat in den letzten Jahren gezeigt, wie groß die Gefahr ist, in grundlegenden theoretischen Erörterungen stecken zu bleiben und darüber die dringlichen Tagesprobleme aus den Augen zu verlieren. Unterschiedliche Zielvorstellungen über die sozialistische Gesellschaft und „Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen dürfen die Gemeinsamkeit unseres Kampfes für Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht in Frage stellen". Die Demokratischen Sozialisten können einen wichtigen Beitrag im Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen leisten. Wer jetzt dagegen die weitgehende Übereinstimmung in theoretischen Grundfragen einfordert, wer eine präzise Wegbeschreibung zu einer sozialistischen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und „realem Sozialismus" verlangt, und wer daher für einen längeren, nicht organisatorisch eingeengten Diskussionsprozeß votiert, der verkennt die Gefahr des Zerredens und der Zersplitterung. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, verstärkter militärischer Rüstung und wachsender Kriegsgefahr haben wir in unserem Kampf nicht beliebig viel Zeit. Wir müssen die aktuellen Probleme aufgreifen, den Widerstand gegen die bisherige Politik voranbringen und ausgehend von Übergangsforderungen unsere grundlegenden Fragen zu lösen suchen.

Schwerpunkt des Aktionsprogramms der Demokratischen Sozialisten müssen die Probleme sozialer Gerechtigkeit sein. Neben den ökologischen Krisen werden wir durch die Folgen der tiefgreifenden kapitalistischen Wirtschaftskrise bedroht, die zugleich der wesentliche Grund für die wachsenden Spannungen in der Welt sind. Die Alternative „kapitalistisches Wirtschaftswachstum" oder „ökologische Gleichgewichtswirtschaft" kann für die Demokratischen Sozialisten keine Leitlinie des politischen Handelns sein. Der Kampf gegen den skandalösen Sozialabbau und die Verschlechterung der Lebensbedingungen kann nicht durch eine Rückkehr zum Wirtschaftswachstum um jeden Preis gewonnen werden; verschärfte Konkurrenz, Leistungsdruck und rigorose Herrschaft des Profitprinzips lösen keines unserer Probleme. Aber im Kampf für eine Verbesserung der Mindesteinkommen, für die Aufhebung der unsozialen Sparbeschlüsse und für eine menschengerechte Umwelt und Natur führt uns die ökologische Gleichgewichtswirtschaft gleichfalls in die Sackgasse. Die Sicherung der Mindesteinkommen und die Verkürzung der Arbeitszeit sind erste wirksame Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung. Eine solche Politik läßt sich nur durch einen Kampf um soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Durch umfangreiche staatliche Ausgabenprogramme, die sich an den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren, kann die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft und zugleich ein Prozeß der tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturreformen eröffnet werden. Eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, eine Beseitigung des Raubbaus an der inneren und äußeren Natur sowie eine Bekämpfung der ökologischen Krisen und eine die internationalen Spannungen vermindernde neue Weltwirtschaftsordnung läßt sich nur im Kampf gegen die kapitalistische Marktwirtschaft, gegen die Herrschaft des Profitprinzips und die daraus entspringende ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung durchsetzen.

In ökologischen Fragen werden die Demokratischen Sozialisten viel von den Grünen lernen können; die Friedensbewegung ist viel breiter und offener; auch hier werden die Demokratischen Sozialisten in der Unterstützung des Kampfes für Abrüstung und Frieden viele Anregungen aufzugreifen haben, die sich außerhalb der Parteidiskussion entwickeln. Das dringlich zu besetzende, weil von der SPD längst verlassene Terrain ist der Kampf gegen Wirtschaftskrise, Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit. Die Demokratischen Sozialisten werden nur eine politische Bewegung und schließlich wirksame Partei, wenn sie dies erkennen und umsetzen.

Stellungnahme zum Forum Demokratischer Sozialisten

Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (Westberlin)

1. Die gegenwärtigen Austritte aus der SPD erklären sich vor allem aus dem zeitlichen Zusammentreffen von drei Momenten:

a) Die Politik der SPD wird seit dem Parteitag vom Dezember 1979 deutlicher als je zuvor von Aufrüstung, Sozialabbau und Umweltfeindlichkeit bestimmt.

b) Die Aussichtslosigkeit und Fragwürdigkeit innerparteilicher Opposition wird immer deutlicher. Es gibt in der SPD offensichtlich nur den Weg „von links unten nach rechts oben" (Coppik). Diejenigen, die diesen Opportunismus nicht mitmachen wollen, werden sich immer mehr bewußt, daß ein Verbleiben in der SPD letztendlich nur Schmidt Wähler zuführen würde.

c) Mit der Grünen Partei und den Alternativen Listen ist außerhalb der SPD ein attraktiver Pol entstanden, der auch fortschrittliche Teile der SPD anzieht.

2. Wir begrüßen den Aufbau von „Arbeitskreisen Demokratischer Sozialisten". Wir erkennen an, daß viele ehemalige SPDler den Schritt zu der Grünen Partei und den Alternativen Listen nicht machen wollen. Zu unterschiedlich ist oft die politische Sozialisation der Grünen und Alternativen auf der einen Seite und der ehemaligen SPDler auf der anderen Seite, zu unterschiedlich ist oft die politische Kultur, in der sie meinen, politisch wirksam werden zu können.

3. Die austretenden Sozialdemokraten in den Arbeitskreisen sollten aber deswegen nicht vergessen, was sich seit vier oder fünf Jahren links von der SPD tut: daß hier, als sie noch auf die Loyalität zum „kleineren Übel" eingeschworen haben, der Kampf gegen dieses „kleinere Übel" aufgenommen worden ist. In diesen Auseinandersetzungen haben die Grünen und Alternativen bereits auch einen Teil des linken Potentials der SPD gewonnen.

Grüne und Alternative sind mit Unterstützung und als Teil der Basisbewegung in die Kommunal- und Landesparlamente gelangt. Sie vertreten dort die Interessen und Forderungen dieser Basisbewegungen.

Sie haben erste Erfahrungen gemacht beim Versuch, sich nicht in die Stellvertreterpolitik der Parteien einbinden zu lassen und stattdessen den Basisbewegungen auch als Sprachrohr für die Durchsetzung ihrer Ziele zu dienen.

Wir verkennen nicht, daß die Grünen und Alternativen in der Ausformulierung ihrer Positionen und in der Durchset-

zung ihrer Politik, vor allem was die Frage der Zukunft der Arbeit und die Umgestaltung der Produktion betrifft, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die Art und Weise der Produktion und die Produkte selbst, erst am Anfang stehen. Diese Frage stellt sich aber für die Demokratischen Sozialisten nicht anders.

4. Trotz inhaltlicher und organisatorischer Defizite, die die bestehenden Organisationen wie Grüne Partei und Alternative Listen heute noch aufweisen, folgt daraus allerdings nicht notwendigerweise eine eigene Partei zu gründen und sie neben oder sogar gegen diese zu stellen.

Es folgt vielmehr in erster Linie daraus, sich mit aller Kraft auf die Behebung – auch der eigenen – Defizite zu konzentrieren: nicht durch Abschottung, sondern durch inhaltlichen Meinungsstreit.

Die AL-Berlin hat seit ihrer Gründung das Prinzip der Konsensbildung in den eigenen Reihen unter Einschluß aller Gruppierungen, die dies wollten, erfolgreich verfolgt. Sie hat auch ihre Erfahrungen beim Gründungsprozeß der Grünen Partei eingebracht und dort viele ihrer Gedanken verankert. Differenzen haben wir als Herausforderung, unsere Positionen zu überprüfen und weiterzuentwickeln, verstanden.

Die AL-Berlin bietet als offene Organisation mit einem linken Selbstverständnis demokratischen Sozialisten Zusammenarbeit an, die bereits in manchen Fällen stattfindet.

5. Wir sehen keinen Sinn darin, den Beginn eines Gründungsprozesses mit der unmittelbaren Orientierung auf Wahlen zu koppeln. Wir bedauern es,

a) daß eine Kandidatur konkurrierender Parteien zur Hessenwahl droht, die nur das Potential links von der SPD spaltet. Wir appellieren an die „streitenden Parteien" sich zu einigen.

b) Eine Parteigründung mit dem Ziel konkurrierender Kandidaturen oder besserer Bedingungen bei eventuellen Wahlverhandlungen zu den nächsten Landtags- und Bundestagswahlen halten wir für falsch.

c) Es ist zum jetzigen Zeitpunkt und bei solchem Vorgehen eine Parteigründung von oben, ohne tatsächliche Verankerung in einer Basisbewegung, sei es in der Friedens-, der Ökologie- oder Arbeiterbewegung, so daß sich „die gleichen autoritären und bürokratischen Strukturen wie innerhalb der etablierten politischen Parteien durchsetzen" werden (J. Roth in seinem Brief an Coppik, FR 10.3.82).

6. Wir stellen fest, daß in den Recklinghauser Thesen keinerlei eigene Standortbestimmung vorgenommen oder die eigene politische Entwicklung kritisch hinterfragt wurde. Es findet keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung weder mit der SPD noch mit anderen Strömungen statt.

Dies betrifft nicht nur die ehemaligen Sozialdemokraten, sondern auch Teile der sozialistischen Linken, die bei den Demokratischen Sozialisten mitarbeiten wollen.

Weiter: Welche Rolle gibt man dem Parlament und der Wahlbeteiligung? Ist es ein Zufall, daß sich in den Thesen dazu kein Wort findet? Dabei muß man es doch mehr als anderswo erwarten. Denn orientiert man sich bereits jetzt so stark auf die Wahlen, daß man meint, ohne sie nichts Konstituierendes zu haben – wobei man eine Spaltung der oppositionellen Wähler in Kauf nimmt – so muß man fragen, wie es mit der Verbindung und Verankerung in der Basis steht.

7. Eine Parteigründung ohne inhaltliche Auseinandersetzung und ohne ausreichende inhaltliche Legitimierung kann sich nur auf atmosphärischen Unterschieden, auf Vorurteilen oder machtpolitischen Überlegungen aufbauen.

Gibt es aber keine inhaltliche Begründung, produziert und festigt sich eine Mentalität des Dazugehörens oder der Gegnerschaft, die auf selbsternannten Legitimitäten beruht. Mit dem gleichen Recht könnte z.B. die AL-Berlin behaupten, sie verträte die Interessen der Arbeiter, denn 50% ihrer Wähler kommen von den Arbeitern. Das erspart ihr aber nicht die Bemühung, sich um eine bessere Repräsentation dieser Frage im öffentlichen Auftreten, in der Diskussion zu bemühen etc.

Alle Erklärungen zur Zusammenarbeit und Diskussionsangebote helfen wenig, wenn sie nicht in politische Praxis umgesetzt werden. Sollten der zeitliche Fahrplan der Gründung sowie die grundsätzlichen programmatischen Aussagen bereits feststehen, dann nutzen diese Angebote wenig.

8. Auch wenn sich die Demokratischen Sozialisten als eigene Partei konstituieren, werden sie in der praktischen Politik nicht um eine Zusammenarbeit mit Grünen und Alternativen herumkommen. Es ist von allen Beteiligten gefordert, Alleinvertretungsansprüche aufzugeben. Die ehemaligen SPDler haben die soziale Frage nicht für sich gepachtet.

In einem solchen Prozeß der Zusammenarbeit sollte das Ziel sein, das bisherige Spektrum der Grünen Partei und der Alternativen Listen zu verbreitern und politisch konzeptionell in allen auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu fundieren. Nur so ist eine aussichtsreiche Politik für die gesamte Bundesrepublik in Stadt und Land durchsetzbar.

Zu den Recklinghauser Thesen

Wir wollen uns im weiteren mit den Recklinghauser Thesen auseinandersetzen, die nach Angabe der Verfasser die Grundlage des Beginns der Arbeit der Demokratischen Sozialisten darstellen und die in der beginnenden öffentlichen Debatte als Angabe der grundsätzlichen Stoßrichtung der Demokratischen Sozialisten eingebracht werden.

Unsere Anmerkungen zu den Demokratischen Sozialisten tragen vorläufigen Charakter. Wir würden es begrüßen, in der weiteren Debatte über die Ausarbeitung der programmatischen Grundlagen der Demokratischen Sozialisten beteiligt zu werden.

Frieden und Abrüstung

Die Thesen zu Frieden und Abrüstung lassen viele Fragen offen. Allgemeine Aussagen wie „Entwickelte Industriegesellschaften" und „Großmächte" benennen die Ursachen der Kriegsgefahr nicht. Die Thesen fallen zurück hinter die selbst im Krefelder Appell enthaltenen Forderungen nach Abrüstung in West *und Ost*; anstatt die Kritik an der Blockkonfrontation und ihre Auswirkungen auf die beiden Teile Deutschlands aufzunehmen, heißt es nur, man strebe eine „blockfreie Zone" an.

Das deutliche Nein zum Nachrüstungsbeschluß ist zu begrüßen; aber darüber hinaus ist auch die Frage nach einer von den USA unabhängigen Außenpolitik der BRD aufgeworfen. In der weiteren programmatischen Debatte müßte auch auf eine Reihe konkreter Fragen geantwortet werden, u.a. zur sowjetischen Militärpolitik, zur Besetzung Afghanistans, zur Solidaritätsbewegung mit dem polnischen Volk und zu Solidarność, aber auch zur Haltung der Bundesregierung zur Politik der USA in Mittelamerika, usw. Insgesamt spricht aus den Thesen zu Frieden und Abrüstung eher der Versuch durch vage Formulierungen SPD- und DKP-nahen Kreisen nicht zu nahe zu treten, als neue Antworten auf die Fragen der Basisbewegungen zu entwickeln.

Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Es ist zu begrüßen, daß die Thesen die ökologische Krise eigens behandeln und für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik plädieren, die sich gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau richtet. Wenn man berücksichtigt, daß die Gründung der Partei „Demokratische Sozialisten" offensichtlich u.a. aus dem Grunde erfolgen soll, weil die soziale Frage bei den Grünen und Alternativen nicht hinreichend aufgenommen sei, ist freilich festzustellen: die vorgetragenen Thesen zur sozialen und ökologischen Frage sind ein Rückfall hinter Positionen, die in der BRD und Westberlin unter Linken, Grünen und Alternativen inzwischen erreicht sind.

Fortgeschrittene Positionen zeichnen sich durch die Verbindung sozialer und ökologischer Zielsetzungen aus. In den Thesen wird dieser Zusammenhang zerrissen. Während in ei-

nem eigenen Abschnitt über Ökologie und Umweltfragen der Vorrang vor allen anderen zugesprochen wird, tauchen in dem langen Teil über Wirtschafts- und Sozialpolitik die natürlichen Grenzen menschlicher Produktion (abgesehen von einer kurzen allgemeinen Formel über ökologische Gestaltung) überhaupt nicht mehr auf.

Die zehnjährige Ökologiedebatte hat nicht „die grundlegende Bedeutung des Verhältnisses von Mensch und Natur vermittelt", sondern das überkommene Verständnis dieses Verhältnisses in Frage gestellt. Deshalb ist es zentrale Differenz zwischen ökologisch orientierter Politik und der linken Sozialdemokratie, Atomkraftwerke generell abzulehnen, nicht nur die „weiteren".

Im Wirtschaftsteil wird Vollbeschäftigung propagiert ohne jeglichen Hinweis darauf, daß tatsächlichen Mangelbereichen in dieser Gesellschaft ein hohes Maß an Verschwendung gegenübersteht, d.h. auch: überflüssiger Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit.

Das Recht auf Arbeit wird gefordert, als ob das Was, Wie und Wofür gleichgültig wäre. Wenn wir den Herrschenden perspektivreich Schritte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gegenüberstellen wollen, dann doch wohl solche, die die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf sinnvolle zum Ziel haben und diese Festlegungen in die Hände der unmittelbar Betroffenen legen wollen. Die Formel von der umfassenden Demokratisierung des Wirtschaftslebens klärt dazu überhaupt nichts.

Die Thesen erwecken in ihrer Konzentration auf kurzfristige Forderungen, die sich vielleicht so zusammenfassen lassen: Erhöhung öffentlicher Investitionen, die über progressive Besteuerung finanziert werden sollen, Ausweitung der staatlichen Zahlungen an die Ärmsten der Armen, Arbeitszeitverkürzung und Demokratisierung, den Eindruck, als ob mit diesen unbestrittenen Sofortmaßnahmen die umfassende Systemkrise der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt werden könnte. Weitergehende Vorstellungen finden sich in den Thesen nicht. Wir dagegen ge'en davon aus, daß solche Maßnahmen zur aktuellen Dämpfung der Krisenerscheinungen notwendig sind, sie aber zugleich schon als strukturverändernde Maßnahmen konzipiert werden müssen. Was dies heißt, ist das aktuelle Thema der Debatte unter Grünen, Alternativen und Linken. In den Thesen findet sich dazu kein Wort.

Wenn man die Thesen zur Sozialpolitik näher betrachtet, wo sich Forderungen zu zusätzlichen Stellenbeschaffungen finden, aber nichts gegen den Zentralismus und Bürokratismus des öffentlichen Dienstes, ist im Gegenteil zu vermuten, daß hier sozialdemokratische Politik weitergeführt werden soll, die nicht zu Unrecht inzwischen von vielen abgelehnt wird. Etwa zu einer sozialen Kostendämpfung im Gesundheitswesen gibt es in den Gewerkschaften mittlerweile weit fortgeschrittenere Positionen.

Die Kritik sozialer Ungerechtigkeit an verschiedenen Stellen des Thesenpapiers trifft den Kern der gegenwärtigen Verteilungsstrukturen, die ständig zuungunsten der unteren Schichten und Klassen verschoben werden, macht jedoch nicht klar, daß diese Einkommens- und Vermögensverhältnisse nur durch grundlegende Eingriffe in die Produktionsstrukturen selbst verändert werden können.

Die Thesen erklären sich allgemein für den Sozialismus und erklären doch mit keinem Wort, wie man dahin kommen will. Dem gegenüber vertreten wir, daß alternative Wirtschaftspolitik schon heute sich von industriekapitalistischer Wachstumslogik lossagen und Maßnahmen vorschlagen und einleiten muß, die einer Orientierung der Produktion an den Bedürfnissen von Mensch und Natur den Weg bahnen.

Frauenbefreiung

Die Recklinghauser Thesen gewichten das Thema „Frauenbefreiung", indem sie ihm keinen eigenen Teil widmen. Zwar bekunden die Demokratischen Sozialisten (innen?) ihren abstrakten Willen zur Bekämpfung der Unterdrückung der Frauen.

Die Formulierung *wirkt* jedoch wie eine Anbiederung an die Frauenbewegung, aus der inhaltlich nichts folgt. Es wird nichts darüber gesagt, worin die Diskrimierung von Frauen besteht, noch sind die Schritte zu ihrer Aufhebung angegeben.

Die Diskriminierung von Frauen besteht in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Erwerbssphäre, in der Familie, in der Kultur, in der Politik.

Sie aufzuheben bedarf es einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation, die sowohl die gesamte *Arbeitsorganisation* als auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere die *Familie* betreffen.

Es hätte zumindest die Frage aufgeworfen werden müssen, wie anders als allein über den Ausbau von staatlichen sozialen Dienstleistungen zu Gunsten der Frauen, was der sozialdemokratischen Variante entspricht, Frauenbefreiung bewirkt werden kann.

Der Ausbau von staatlichen sozialen Dienstleistungen reicht *nicht* aus, um Frauen den Weg zur adäquaten Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Frauenfrage betrifft unmittelbar Probleme der Verkürzung der Arbeitszeit, der Flexibilisierung der Arbeitszeit, insbesondere für Mütter und/oder Väter (bei staatlichen Ausgleichszahlungen als Lohnersatz und Anerkennung der Zeiten der Kindererziehung in der sozialen Sicherung), neue Formen der Kinderbetreuung, kulturelle Fragen wie das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren eigenen Körper.

Demokratische Rechte

Das Thesenpapier gewichtet die *demokratischen Rechte* durch einen Teil. Allerdings fehlt hier eine Stellungnahme zum Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und basisdemokratischen Strukturen. Basisdemokratische Politik erscheint als Produkt institutioneller Veränderungen.

Die Bürgerinitiativen wie die sozialen Protestbewegungen des vergangenen Jahrzehnts gehen demgegenüber von Basisdemokratie als ihrem grundlegenden Selbstverständnis aus, den praktizierten Parlamentarismus wie die Politik der Regierungsorgane begreifen sie als Einschränkung ihrer demokratischen Rechte.

Mit der Beschränkung auf die Perspektive parlamentarischer Arbeit lehnen die Thesen de facto auch die Priorität außerparlamentarischer Praxis – wie sie dem Grundsatz der Basisdemokratie entspricht – ab.

Dritte Welt – Ausländer

Zutreffend stellen die Thesen das Problem der ausländischen Arbeiter in unserem Land in den Zusammenhang der ungerechten internationalen Weltwirtschaftsordnung.

Daraus folgt aber nichts: es werden keinerlei Lösungsstrategien vorgeschlagen, die Verschärfung des Asylrechts fällt sogar unter den Tisch. Der rechtliche Status von Arbeitsemigranten muß im Sinne eines gleichberechtigten Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern abgesichert werden.

Für die Dritte Welt bleibt es bei Formulierungen, die die Industrienationen, einschließlich der BRD, auf nichts festlegen. Im ganzen Abschnitt werden nur Forderungen an die Bundesregierung gestellt, ohne zu eigener Politik internationaler Solidarität irgendwelche Aussagen zu machen.

Aufruf zum Dialog

Dieter Burgmann, Die Grünen
– Bundesvorstand –

Mit Genugtuung haben DIE GRÜNEN erfahren, wie Karl Heinz Hansen und Manfred Coppik und viele andere die SPD verlassen haben, um nicht länger linkes Alibi in einer immer weiter nach rechts driftenden SPD zu sein.

Mit Genugtuung vermerken heute die etablierten Parteien und die von ihnen beeinflußten Medien, daß der Aufbau der Demokratischen Sozialisten nicht zu einer Stärkung der politischen Alternativen zu führen scheint.

Überrascht hat uns vor allem, mit welcher Eile, entgegen allen früheren Beteuerungen, nun von bestimmten Leuten doch wohl gezielt auf die Bildung einer eigenständigen Partei hingearbeitet wird.

Die Eile, mit der vorgegangen wird, die mangelnde Offenheit und Ehrlichkeit und der Druck, der mit einer neuen Organisation auf DIE GRÜNEN ausgeübt werden soll, erscheint uns wenig alternativ zu den etablierten Parteien. Entsprechend ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis erscheint den GRÜNEN eine offene Diskussion vor allem auf regionaler und lokaler Ebene wichtig.

Wir vermissen den offenen Dialog mit all jenen Menschen und Gruppen, die zum Teil schon seit vielen Jahren in Opposition zu der lebensfeindlichen Politik der Bonner Parteien stehen.

Wir vermissen dabei bisher auch die kritische Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Positionen, die man soeben abgestreift hat.

Geht es denn nur um die Gründung einer besseren SPD oder sozialistischen Partei?

Das ginge vorbei an der historischen Entwicklung der letzten zwanzig Jahre.

„Sozialismus" ist für viele Intellektuelle zur nostalgischen Wunschvorstellung geworden.

Die traditionelle gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter hat wichtige materielle Verbesserungen erreicht, aber sie ist vom Anspruch der Veränderung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung immer weiter entfernt, wenn sie soziale Gerechtigkeit vor allem durch eine Änderung der Steuerpolitik und den Ausbau sozialer und öffentlicher Dienste und mehr Stellen erreichen will.

Die Lösung der wirtschaftspolitischen Krise muß aber im Zusammenhang mit den anderen Problemen gesucht werden, die an Bedeutung gewonnen haben. Die Zerstörung unserer Umwelt, die Vergiftung von Wasser, Luft und Boden, die zum Kriege und zur atomaren Katastrophe treibende Rüstungspolitik, der Konkurrenzkampf der entwickelten Industrieländer um die Märkte und Rohstoffe, die Zerstörung der Existenzgrundlage von Millionen in der Dritten und Vierten Welt – das alles ist Ergebnis der industriekapitalistischen Wachstumslogik.

Alternativen dazu können nicht die Kritik der herrschenden Verteilungsverhältnisse zu ihrem Schwerpunkt haben, sondern müssen Strategien vorschlagen, die in die soziale Produktionsstruktur selbst eingreifen und schon heute demonstrativ einzelne Maßnahmen einleiten, und die den Arbeitsprozeß, seine Entscheidungsstrukturen und seine Produkte verändern.

Vor allem an den Denkmälern des Fortschritts, an den Atomraketen und Atomkraftwerken, Großflughäfen, Autobahnen und der Stadtzerstörung ist die Schizophrenie dieser Wachstumslogik Vielen bewußt geworden. Nicht nur eine einzelne Klasse, alle Menschen sind davon persönlich betroffen und existentiell bedroht.

Aus dieser Betroffenheit ist eine neuen politische Bewegung entstanden, die ihre Kraft aus dem Kampf ums Überleben schöpft.

DIE GRÜNEN verstehen sich als Teil dieser Bewegung, der die gemeinsamen Ziele auch auf parlamentarischem Wege verfolgen will. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß die existenzielle Bedrohung ein neuer politischer Ansatz darstellt, auf den die traditionellen politischen Vorstellungen keine ausreichenden Antworten haben.

DIE GRÜNEN haben als die Säulen einer neuen Politik formuliert:

Ökologie und Frieden sind die Voraussetzung zur Erhaltung des Lebens und damit auch für jede andere politische Entwicklung.

Basisdemokratie scheint die Möglichkeit der Selbstbestimmung und Befreiung des Menschen von der Bevormundung der Herrschenden, Parteifunktionäre, Manager und Bürokraten.

Soziale Gerechtigkeit bleibt die Bedingung für inneren Frieden und die Durchsetzung einer ökologisch orientierten Wirtschaft.

Gewaltfreiheit ist die Alternative zu Haß und Gewalt der Herrschenden und einzige Möglichkeit in einer waffenstarrenden Welt etwas zu verändern, ohne die Katastrophe herauszufordern.

Auf dieser Grundlage sind DIE GRÜNEN zu einer neuen Kraft geworden, an der selbst die etablierten Parteien nicht mehr vorbeikommen. Wir haben keinen Alleinvertretungsanspruch und nicht den Stein der Weisen. Wir geben zu, daß unser Programm noch nicht vollkommen ist und insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingehend diskutiert und weiterentwickelt werden muß.

Die Überwindung der Ausbeutung der Menschen und der Natur, die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit auf der Basis der ökologischen Möglichkeiten, das sind die Aufgaben die gelöst werden müssen.

Wir werden dazu einen alternativen Produktionskongreß in der Zeit vom 18.–20. Juni durchführen, zu dem wir schon heute herzlich einladen.

Mit dem Treffen der Demokratischen Sozialisten in Recklinghausen am 20. März verbinden wir den Wunsch, daß er nicht zu konkurrierender und die alternative Bewegung spaltenden Partei, sondern zu einer solidarischen Diskussion führt zwischen Sozialisten, Gewerkschaftern, Ökologen und Menschen aus der Bürgerinitiativenbewegung.

Nur so können wir der menschen- und lebensfeindlichen Gesellschaft die Kraft entgegensetzen, die die drohende Katastrophe zu verhindern imstande ist.

Neue Linkspartei!?

Sozialist – Göttinger Kreis marxistischer Sozialdemokraten

Vorbermerkung

Wenn marxistische Sozialdemokraten anläßlich dieses Forums kritisch Stellung beziehen zu dem Versuch, mittels einer Parteigründung links von der SPD die Erfolgsaussichten sozialistischer Politik in der BRD verbessern zu wollen, so soll zunächst klar sein, daß wir in einem wichtigen Punkt gemeinsamer Ansicht sind:

Die unveränderte Fortführung der derzeitigen realen Politik der SPD an den Brennpunkten der aktuellen gesellschaftlichen Konflikte (Arbeitslosigkeit, Aufrüstung, AKW-Bau / Startbahn West) vergrößert die Kluft zur traditionellen gewerkschaftlichen Basis, treibt ökonomische und politische Marginalisierungsprozesse voran und vereitelt hierdurch sowie durch undemokratische Strukturen in der Partei und brutale Machtpolitik gegenüber kritischen Bevölkerungsgruppen (Börner) die Herausbildung eines konsensualen „Neuen Sozialen Blocks" gesellschaftsverändernder Kräfte.

Daraus ergibt sich eine weitere Gemeinsamkeit: Die Dringlichkeit, eine politische Programmatik zur Bekämpfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und zur Verhinderung des NATO-Doppelbeschlusses durchzusetzen, erlaubt keine Kompromisse um der Erhaltung der Koalition oder auch der Regierung Schmidt willen.

Parteigründung logisch?

Die Gründung einer neuen Partei als Konsequenz dieser Kritik spiegelt jedoch bis heute lediglich den Verfallsprozeß einer ehemals reformerischen SPD-Politik wider, deren Zielsetzung – Gerechtigkeit durch Umverteilung – mittlerweile längst die ökonomische Grundlage entzogen worden ist. Insofern ist eine Neugründung noch kein aktiver, diesen Verfallsprozeß positiv wendender Schritt auf dem Weg, sozialistische Alternativen zu formulieren, geschweige denn mehrheitsfähig zu machen.

Darüberhinaus bleibt u.E. festzustellen, daß sich die Logik der Gründung einer neuen Partei immer noch implizit an der Entwicklung der Sozialdemokratie orientiert. Denn der Erfolg der Demokratischen Sozialisten begründet sich maßgeblich darüber, inwieweit durch außerparlamentarischen und parlamentarischen Druck die SPD zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen gezwungen werden kann – wäre dies nicht der Fall, könnte eine neue Partei allenfalls minimalen politischen Einfluß aufweisen. Ein äußerer Druck auf die SPD setzt sich aber nie automatisch um, sondern bedarf einer organiserten, politisch handlungsfähigen Linken in der SPD. Damit begründet die Logik der Gründung einer neuen Partei zugleich die fortbestehende Notwendigkeit der Arbeit von Sozialisten in der SPD.

Der Wunsch, eine relevante Linkspartei im Lande verankert zu sehen, darf uns diese Einsicht nicht versperren. Aus prinzipiellen Erwägungen würden wir eine starke Partei links von der SPD begrüßen, denn dies würde auch die Linke in der SPD, insbesondere die marxistische Sozialdemokratie, stärken. Aber wir beharren darauf, daß die Schwierigkeiten der Linken in der SPD, sozialistische Politik mehrheitsfähig zu machen, zugleich auch Schranken sozialistischer Politik außerhalb der Sozialdemokratie sind.

Ohne die Gewerkschaften?

Ein breites linkes Bündnis sollte die Grundüberlegung verbinden, nach der das widersprüchlich bestimmte Alltagsbewußtsein der Lohnabhängigen als objektiver Ausgangspunkt sozialistischer Strategien anerkannt wird. Die historisch gewachsene und trotz aktueller Konflikte in wirtschaftspolitischen Fragen stabile Beziehung von Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Sozialdemokratie bildet demnach den wichtigsten Bezugspunkt eines den Pluralismus sozialer Interessen anerkennenden Neuen Sozialen Blocks. Die Mitarbeit in der SPD bleibt also auch dann eine Notwendigkeit, wenn eine neue Partei der Lohnabhängigen links von ihr existiert. Wir melden jedoch Zweifel daran an, ob die neue Partei tatsächlich eine Lohnabhängigen-Partei sein wird. Überkommene Thesen eines Basis-Führung-Gegensatzes, denen sich wohl auch der Genosse Coppik mit seinem Stichwort der „Amtsgewerkschaft" anschließt, verkennen die Vielschichtigkeit, mit der Bewußtseinsprozesse innerhalb der Arbeiterbewegung ablaufen und reduzieren die Parteigründung auf den historisch keineswegs neuen Versuch, der wirklichen Arbeiterbewegung wieder einmal sektiererisch vorauszueilen. Angesichts der heute noch kaum sichtbaren Massenbasis einer neuen Linkspartei innerhalb der von den traditionellen Massenorganisationen vertretenen Lohnabhängigen stellt sich aus unserer Sicht keine Alternative zur Mitarbeit in der SPD. Als marxistische Sozialdemokraten sehen wir es als besonders verhängnisvoll an, daß viele Gruppen der Nicht-SPD-Linken allzu einfach über die Notwendigkeit umfassender Eingriffe in die Organisation der materiellen Reichtumsproduktion und ihrer bewußt gesteuerten Steigerung hinwegsehen. Doch gerade weil in der bundesrepublikanischen Linken – sicherlich auch bei den Linken in der SPD, wie Eppler, mehr noch aber bei den Linken außerhalb der SPD – die Interessen der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften an einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik bisher zu wenig Eingang finden, kann die SPD-Rechte sich immer noch zum Vertreter von Arbeitnehmerinteressen küren. Solange es in diesem Punkt eine Linkspartei nicht anders macht als die Linke, aus der sie kommt, wird sie als Ansprechpartner der Gewerkschaften kaum Erfolg haben.

Nicht nur aufgrund der unzureichenden Basis in den Gewerkschaften wird es eine neue Linkspartei von vornherein schwer haben. Darüberhinaus scheint es zum augenblicklichen Zeitpunkt sehr zweifelhaft zu sein, ob sich relevante Teile der in sich ja sehr differenzierten Ökologiebewegung den „Demokratischen Sozialisten" anschließen werden. Der politische Spielraum einer neuer Partei zwischen SPD und Grünen dürfte sehr gering sein.

Zur Entwicklung der SPD

Unsere These ist, daß mit der Zuspitzung der ökonomischen (Arbeitslosigkeit, Stagnation) und der militärischen (Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen) Problemlage eine Öffnung der SPD hin zu linken Alternativen, d.h. zu einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik erfolgen kann. Das heißt: Die SPD ist veränderbar. Insbesondere kann in ihr der linke Flügel, in den die Alternativen der Friedensbewegung und der Gewerkschaften eingehen, gestärkt werden. Diese Perspektive der Arbeit von Sozialisten in der SPD beinhaltet nicht die Illusion, die SPD generell in eine „konsequent sozialistische Partei" umzuwandeln.

Es ist offensichtlich, daß die derzeitige Politik der Bundesregierung in allen Punkten von Schmidt mitgetragen wird, die derzeitige Regierungspolitik also großenteils nicht dem übermächtigen Einfluß der FDP zugeschrieben werden kann. Trotzdem sind der SPD-Politik gerade im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch unverrückbare Ansprüche breiter Teile ihrer Stammwähler Grenzen gesetzt, hinter die sie nicht zurückweichen kann. Wir halten einen Bruch der Koalition und eine Opposition der SPD noch in diesem Jahr für möglich, wobei die Auseinandersetzungen um eine neue Strategie der SPD (Schmidt / Löwenthal vs. Brandt / Glotz) in ihrem Verlauf sicherlich auch von der Organisierungsfähigkeit der Linken in der SPD und ihren Beziehungen zu den Gewerkschaften bestimmt werden dürften; angesichts des kaum zu kalkulierenden Ergebnisses solcher innerparteilichen Konflikte orientieren marxistische Sozialdemokraten nicht auf eine SPD-Opposition im Bundestag. Die gegenüber früheren Auseinandersetzungen um die Friedenspolitik (Bewaffnung der BRD) wesentlich höhere Sensibilität der Bevölkerung für die Bedrohung durch Aufrüstung und der zunehmende Einfluß der Friedensbewegung auf die Diskussion in den traditionellen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung verbessern die innerparteilichen Argumentationsmöglichkeiten und lassen es als keineswegs aussichtslos erscheinen, daß mit dem absehbaren Scheitern der Genfer Verhandlungen die SPD auf ihrem 83er Parteitag eine Abkehr von der Logik des NATO-Doppelbeschlusses beschließt. Die Chancen sind um so höher, je faßbarere und konkretere Alternativen wir in Form einer alternativen Friedens- und Sicherheitspolitik formulieren.

Schlußfolgerung

Langfristig orientieren marxistische Sozialdemokraten hin zu neuen Bündnissen der SPD mit ökosozialistischen Kräften, wo diese nicht borniert technik- und konsumfeindlich sind. Dieser Wunsch nach Zusammenarbeit mit der nichtsektiererischen Linken im Rahmen der Herausbildung eines Neuen Sozialen Blocks gilt natürlich auch für die Teilnehmer des Forums, wenn wir auch erhebliche Zweifel am Erfolg dieses Unternehmens haben. Wir werden diese Kontakte, wie auf den SKen und über zahlreichen inhaltliche Fragen schon seit einiger Zeit, aufrechterhalten; und zwar unabhängig von der Existenz einer neuen Partei. Wir möchten jedoch in aller Solidarität klar sagen, daß wir die Gründung einer neuen Partei zwischen SPD und Grünen zumindest zum jetzigen Zeitpunkt für einen Fehler halten. Die Gefahr eines Scheiterns ist groß, das Risiko der BRD-Linken kalkulierbar. Wir können uns eine fehlgeschlagene Parteigründung nicht leisten.